

Stenographisches Protokoll.

32. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

V. Gesetzgebungsperiode.

Dienstag, 29. Oktober 1946, und Mittwoch, 30. Oktober 1946.

Inhalt.

1. Personalien.

Krankmeldungen (S. 764).

2. Bundesregierung.

- a) Ergänzende schriftliche Beantwortung der dringlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Pittermann, Ing. Raab, Fischer und Genossen vom 24. Juli 1946 an den Bundeskanzler, betreffend die Verhaftung von Abgeordneten (S. 764);
- b) Schriftliche Beantwortung der Anfragen 51/J und 52/J (S. 764);
- c) Erklärung des Bundesministers für Inneres Helmer, betreffend die Verhaftung des Sicherheitsdirektors von Niederösterreich Dr. Franz Baier (S. 764);
- d) Bundesminister für Finanzen Dr. Zimmermann zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1947 (S. 765);
- e) Zuschrift des Bundeskanzlers, betreffend seine Betrauung mit der zeitweiligen Vertretung des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten Dr. Gruber (S. 783);
- f) Erklärung des Bundeskanzlers Ing. Figl (S. 791).

3. Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Migsch und Genossen an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau (S. 752);

Beantwortung durch Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. h. c. Heidl (S. 783);
Redner: Abgeordnete Koplenig (S. 794), Böhm (S. 802), Kristofics-Binder (S. 804), Ing. Waldbrunner (S. 807) und Grubhofer (S. 810).

4. Regierungsvorlagen.

- a) 5. Wirtschaftssäuberungsgesetznovelle (223 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 764);
- b) Bundesgesetz über die Abhaltung einer Kriegsblinden- und Invalidenlotterie (224 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 764);
- c) Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1947 (225 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 764);
- d) Bundesgesetz über Abänderung des Gesetzes vom 17. Dezember 1945, B. G. Bl. Nr. 111/1946, betreffend die Regelung des Außenhandelsverkehrs (226 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 764);
- e) Kunstförderungsbeitragsgesetz (227 d. B.) — Unterrichtsausschuß (S. 764);
- f) Schnellgerichtsgesetz (228 d. B.) — Justizausschuß (S. 764).

5. Verhandlungen.

- a) Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (216 d. B.), betreffend das Suchtgiftgesetz (221 d. B.).

Berichterstatler: Abgeordneter Wölfler (S. 772);

Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 773).

- b) Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses, betreffend die Einkommensteuernovelle 1946 (222 d. B.).

Berichterstatler: Abgeordneter Müllner (S. 773);

Redner: Abgeordnete Ferdinanda Floßmann (S. 774), Honner (S. 776) und Prinke (S. 777);

Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 779).

6. Geheime Sitzung (S. 781).

In der Sitzung

eingebraachte Anträge und Anfragen:

Anträge

der Abgeordneten Ing. Schumy, Gindler, Eichinger, Schweinhammer, Tazreiter, Fink, Reiter und Rupp auf Änderung des § 3 des Strafanwendungsgesetzes vom 29. August 1945 (48/A);

der Abgeordneten Aichhorn, Lakowitzsch, Friedl, Kristofics-Binder, Dr. Margaretha, Ing. Raab, Rupp, Mayrhofer, Tazreiter und Genossen auf Abänderung des Einkommensteuergesetzes (49/A);

der Abgeordneten Böhm, Dr. Pittermann, Proksch, Appel und Genossen auf eine Novellierung des Bedarfsdeckungsstrafgesetzes (50/A);

der Abgeordneten Frieda Mikola, Dr. Gorbach, Dr. Nadine Paunovic und Genossen, betreffend Erhöhung der Unterstützungen und der Einkommensgrenze für die Kleinrentner (51/A);

der Abgeordneten Seidl, Eichinger, Schweinhammer, Gindler, Tazreiter und Genossen, betreffend Zuteilung von Baumaterialien an die Bezirke Laa, Poysdorf und Mistelbach (52/A).

Anfrage

der Abgeordneten Aigner, Wedenig, Eibegger, Forsthuber, Zechtl und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend die Lösung der Frage der versetzten Personen (53/J).

Eingelangt sind die **Antworten**

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Koref und Genossen (30/A. B. zu 51/J);

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Steiner und Genossen (31/A. B. zu 52/J);

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Rainer und Genossen (32/A. B. zu 46/J);

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Rainer und Genossen (33/A. B. zu 47/J);

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Wimberger und Genossen (34/A. B. zu 48/J);

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Häuslmayer und Genossen (35/A. B. zu 49/J).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 30 Minuten.

Präsident **Kunschak** eröffnet die Sitzung.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Ludwig Mayer.

Eine ergänzende schriftliche Beantwortung des Bundeskanzlers der in der 28. Sitzung vom 24. Juli 1946 eingebrachten dringlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Pittermann, Ing. Raab, Fischer und Genossen, betreffend die Verhaftung von Abgeordneten, wurde den anfragenden Mitgliedern des Hauses übermittelt.

Die Anträge 45/A bis 47/A wurden den beantragten Ausschüssen zugewiesen.

Die schriftliche Beantwortung der Anfragen 51/J und 52/J wurde den Mitgliedern des Hauses übermittelt.

Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesverfassungsgesetz, betreffend Abänderung des Wirtschaftssäuberungsgesetzes vom 12. September 1945, St. G. Bl. Nr. 160, in der Fassung der 4. Wirtschaftssäuberungsgesetznovelle vom 25. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 158 (5. Wirtschaftssäuberungsgesetznovelle) (223 d. B.);

Bundesgesetz über die Abhaltung einer Geldlotterie zugunsten bedürftiger Kriegsoffer, Kriegerswitwen und deren Kinder (Kriegsblinden- und Invalidenlotterie) (224 d. B.);

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1947 (225 d. B.);

Bundesgesetz über Abänderung des Gesetzes vom 17. Dezember 1945, B. G. Bl. Nr. 111/1946, betreffend die Regelung des Außenhandelsverkehrs (226 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend eine von den Rundspracheilnehmern zu zahlende Abgabe für Zwecke der Kunstförderung (Kunstförderungsbeitragsgesetz) (227 d. B.);

Bundesgesetz über die beschleunigte Aburteilung von Verbrechen und Vergehen nach dem Bedarfsdeckungsstrafgesetz (Schnellgerichtsgesetz) (228 d. B.).

Von diesen Vorlagen werden zugewiesen: 223 d. B. dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

224 d. B., 225 d. B. und 226 d. B. dem Finanz- und Budgetausschuß;

227 d. B. dem Ausschuß für Unterricht;

228 d. B. dem Justizausschuß.

Präsident: Ich begrüße den zum ersten Mal nach seiner schweren Erkrankung wieder in unserer Mitte erschienenen Herrn Bundesminister Helmer auf das allerherzlichste. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Ich erteile ihm gleichzeitig das Wort.

Bundesminister für Inneres **Helmer:** In der heutigen Tagespresse wird eine Aussendung der sowjetischen Agentur TASS veröffentlicht, aus der zu entnehmen ist, daß der Sicherheitsdirektor von Niederösterreich, Dr. Franz Baier, verhaftet wurde und daß die Angelegenheit dem sowjetischen Militärstaatsanwalt übergeben wurde.

In dieser Aussendung wird auch meine Person genannt. Es wird eine Rede zitiert, die ich in Wiener Neustadt bei einer Bezirkskonferenz gehalten und in der ich betont haben soll, daß in Niederösterreich und im Burgenland Streiks und öffentliche Demonstrationen jeder Art durch eine Verordnung der Besatzungsbehörden ausdrücklich verboten seien.

Dazu stelle ich folgendes fest: Gelegentlich einer Vertrauensmännerversammlung in Wiener Neustadt am Sonntag, den 19. Oktober 1946, wurde an mich mehrfach die Anfrage gestellt, wie sich die sozialistischen Vertrauensmänner gegenüber den kommunistischen Streikparolen verhalten sollen.

Darauf habe ich nach Darlegung der verschiedenen Streikparolen geantwortet, „daß im niederösterreichischen Sowjet-Sektor Streiks und öffentliche Demonstrationen jeder Art durch eine Verordnung der Besatzungsbehörde ausdrücklich verboten sind“.

Ich habe nicht, wie es durch ein Mißverständnis heißt, „von Niederösterreich und vom Burgenland“, sondern vom „nieder-

österreichischen Sowjet-Sektor“ gesprochen. Ich hätte auch mehr sagen und hätte den betreffenden Erlaß zitieren können. Das wollte ich jedoch damals nicht, weil mir nur daran gelegen war, die Arbeiterschaft vor den Folgen von Demonstrationen aller Art — also auch Streiks — zu warnen. Ich habe daher auf den Erlaß nur hingewiesen, worin ausdrücklich angeordnet wird, daß es die Aufgabe der Polizei und Gendarmerie sei, solche Demonstrationen auf jeden Fall zu unterbinden.

Durch die heutige Verlautbarung in der Presse sehe ich mich nun gezwungen, die Mitteilung des Sicherheitsdirektors an das Bundesministerium für Inneres dem Hohen Hause zur Kenntnis zu bringen. Der Sicherheitsdirektor von Niederösterreich teilte mit eingeschriebenem Schreiben vom 17. Oktober 1946 dem Bundesministerium für Inneres folgendes mit (liest):

„Das russische Landeskommando hat heute dem Sicherheitsdirektor für Niederösterreich die Weisung erteilt, Demonstrationen, wie sie in der letzten Zeit wiederholt entstanden sind, nicht zuzulassen.“ (Rufe: Hört! Hört!) „Es sei Aufgabe der Polizei und Gendarmerie, diese Demonstrationen zu unterbinden. Es wurde verlangt, daß eine allgemeine Weisung in diesem Sinne ergehe. Dies beehrt sich die Sicherheitsdirektion mit dem Beifügen zu berichten, daß eine Abschrift des Runderlasses zur geeigneten Kenntnisnahme beiliegt.“

So also lautet die Mitteilung des Sicherheitsdirektors für Niederösterreich an das Bundesministerium für Inneres. Wie vorsichtig der Sicherheitsdirektor in der Abfassung seines Runderlasses an alle Bezirkshauptmannschaften war, geht daraus hervor, daß er im Runderlaß verlangte, daß Demonstrationen in Zukunft nicht mehr zuzulassen, sondern rechtzeitig zu unterbinden seien, und fügte weiter hinzu, zu diesem Zwecke sei das Einvernehmen mit den drei politischen Parteien sogleich herzustellen.

Dr. Baier, der fast seit eineinhalb Jahren seinen schweren Dienst in Niederösterreich versieht, hat mit den sowjetischen Besatzungsbehörden in Niederösterreich stets das beste Einvernehmen gepflogen. Er vermied es, Aktionen ohne Rücksprache mit den sowjetischen Besatzungsbehörden durchzuführen. Er überlegte sich alle seine Handlungen sehr genau, und seine Verfügungen haben bis jetzt keinerlei Anstoß gefunden. Umso überraschender kam seine Verhaftung, die nach einer vorgenommenen Hausdurchsuchung erfolgte. Keine Dienststelle wurde von der Hausdurchsuchung oder von der

Verhaftung in Kenntnis gesetzt. Dr. Baier verbrachte viele Jahre im KZ., hatte strenge Auffassungen von seiner Pflichterfüllung und war daher allseits geschätzt und geachtet. Die Art und Weise, wie nun dieser verdiente Beamte behandelt wird, ist mir unverständlich.

Von einer Zurückziehung der Weisung, die das russische Landeskommando dem Sicherheitsdirektor für Niederösterreich erteilte, wurde dem Innenministerium bis zur Minute nichts bekannt.

Um nun in dieser Angelegenheit vollkommene Klarheit zu schaffen, habe ich heute sofort eine strenge Untersuchung angeordnet, ob seitens der Sicherheitsdirektion von Niederösterreich irgend ein Vergehen oder eine Unterlassung begangen wurde.

Erst wenn das abschließende Resultat dieser Untersuchung vorliegt, kann dem Hohen Hause ein genauer Bericht erstattet werden.

Präsident: Das Hohe Haus nimmt diesen Bericht zur Kenntnis.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Zimmermann:** Hohes Haus! Zum ersten Male seit der Befreiung Österreichs ist es der Bundesregierung trotz der entgegenstehenden, nicht unbeträchtlichen Schwierigkeiten möglich gewesen, den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1947 zum verfassungsgemäßen Zeitpunkt, das ist zehn Wochen vor Ablauf des Budgetjahres, dem Nationalrat zuzuleiten.

Der Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1947 sieht ebenso wie im Vorjahr eine Teilung in eine laufende oder ordentliche, und in eine außerordentliche Gebarung vor. Letztere umfaßt die Aufwendungen des Wiederaufbaues, der Übergangsmaßnahmen und der wertvermehrenden Investitionen.

Diese Gliederung des Bundesvoranschlages ist durch die besonderen Verhältnisse der Nachkriegszeit gerechtfertigt, die uns einerseits zwingen, beträchtliche Ausgaben zur Behebung der Schäden an bundeseigenen Gebäuden, Verkehrsanlagen und sonstigen Einrichtungen zu bestreiten, es andererseits unmöglich machen, bei der so sehr geschwächten Steuerkraft auf dem Wege der normalen Besteuerung Einnahmen sicherzustellen, die auch zur Bestreitung des außerordentlichen Aufwandes ausreichen könnten. Mit der Normalisierung der Verhältnisse wird man allerdings dahin zu wirken haben, daß ein stets steigender Teil des außerordentlichen Aufwandes in den ordentlichen Einnahmen des Bundes seine Deckung findet. Vorerst müssen wir uns allerdings damit abfinden, daß die

außerordentlichen Ausgaben, wie im Vorjahr, durch Kreditoperationen bedeckt werden, soweit es nicht gelingen sollte, wenigstens für einen Teil dieser Ausgaben die Bedeckung in Mehreinnahmen oder Ausgabenersparungen der ordentlichen Gebarung zu finden.

Abgesehen von der selbstverständlichen Forderung an eine ordentliche Führung der budgetären Verwaltung, die Ausgaben und Einnahmen des Bundes mit der gebotenen Vorsicht zu veranschlagen, muß unter den heutigen Verhältnissen ein besonderes Augenmerk dem Umstand zugewendet werden, daß von seiten der öffentlichen Haushalte her jede Gefahr für die Währung vermieden wird. Der heute vorgelegte Entwurf des Bundesvoranschlages 1947 trägt diesen Erfordernissen voll Rechnung.

Wenn ich die budgetären Verhältnisse des laufenden Jahres 1946 auf Grund der bisher vorliegenden Gebarungserfolge aufzeigen soll, kann ich folgendes feststellen:

Die Gebarung des Jahres 1946 bewegt sich fast vollständig im Rahmen des Bundesvoranschlages für das Jahr 1946. Aller Voraussicht nach werden die Einnahmen in ihrer Gesamtheit etwas mehr einbringen, als im Bundesvoranschlag vorgesehen war. Hierbei sind selbstverständlich gewisse Verschiebungen zwischen den Erträgen der einzelnen Abgaben eingetreten; da und dort aufgetretene Mindereinnahmen sind durch Mehrertragnisse bei anderen Abgaben wettgemacht. Ebenso haben sich bei den Ausgaben Mehraufwendungen ergeben. Diesbezüglich verweise ich nur auf die erst im Laufe des Jahres durchgeführten Erhöhungen der Altersrenten, die Beihilfen zu den Kleinrenten und die Erhöhung der Bezüge der öffentlichen Angestellten und Arbeiter. In ihrer Gesamtheit werden die Ausgaben jedoch infolge Minderaufwendungen bei einzelnen anderen Zweigen ebenfalls den Rahmen des Voranschlages nicht allzusehr übersteigen, so daß die ordentliche Gebarung 1946 aller Voraussicht nach ausgeglichen sein wird, wenn nicht außerordentliche Ereignisse in den beiden letzten Monaten des laufenden Jahres zu Mindereinnahmen führen oder Mehraufwendungen erzwingen.

Um die Deckung des außerordentlichen Haushaltes, zu dem auch die Besatzungskosten gehören, ohne Inanspruchnahme der Notenpresse sicherstellen zu können, habe ich mich entschlossen, durch Emission von Schatzscheinen eine kurzfristige Kreditoperation durchzuführen.

Auf dem Gebiete der Währung ist folgendes festzustellen: Die als erste Etappe einer

Währungsregelung gedachte Konversion im Dezember des Vorjahres hat einerseits den Zweck verfolgt, den österreichischen Zahlungsmittelumlauf von der Reichsmarkwährung abzuschalten und die von dieser Seite drohenden Gefahren zu beseitigen. Dieser Zweck ist voll erreicht worden. Der zweite hiemit verfolgte Zweck der Anpassung des inländischen Umlaufes an das Gelderfordernis der Wirtschaft durch die Blockierung konnte deswegen nicht zu einem vollen Erfolg führen, weil durch die laufenden Erfordernisse an Besatzungskosten der Geldumlauf rasch wieder anstieg und die allgemeine Entwicklung die Herbeiführung der zweiten und definitiven Währungsoperation auch derzeit noch unmöglich macht. Aus eben diesen Gründen war es auch nicht möglich, daß die Regierung dauernd an dem System des Preisstops festhielt. Es ist daher seit Frühjahr ein, wenn auch langsames Ansteigen der bewirtschafteten Preise und im Zusammenhang damit der Löhne festzustellen, andererseits sind auch im Zusammenhang hiemit die Preise auf dem Schwarzen Markt rückläufig.

Dies alles zeigt die gebieterische Notwendigkeit, die Entwicklung der Verhältnisse mit größter Aufmerksamkeit ständig zu verfolgen, und soferne sich weitere Maßnahmen als notwendig und zweckmäßig erweisen sollten, dieselben ungesäumt zu treffen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch erwähnen, daß die Regierung schon vor längerer Zeit bei der Reparation Agency Commission in Brüssel die Ansprüche Österreichs auf seinerzeitige Erstattung des uns vom Naziregime entzogenen Goldschatzes der Österreichischen Nationalbank angemeldet hat und daß zu hoffen ist, daß wir bei der Aufteilung des zur Verfügung stehenden Goldbestandes auch tatsächlich mit einem entsprechenden Anteile zum Zuge kommen.

Was den Zahlungsverkehr mit dem Auslande betrifft, so war es unser Bestreben, so bald als möglich von dem primitiven System der Kompensationsgeschäfte, also vom reinen Tauschhandel, abzukommen und zu einem System des Kaufes und Verkaufes gegen Devisen zu gelangen. Diese Bemühungen haben dazu geführt, daß bereits mit einer Anzahl von Staaten, sei es von Regierung zu Regierung, sei es von Notenbank zu Notenbank, Zahlungsübereinkommen abgeschlossen wurden, die sich allerdings vorerst im allgemeinen auf den Warenverkehr beschränken. Staatliche Übereinkommen wurden abgeschlossen mit Großbritannien und der Schweiz. Überdies

hat die Nationalbank einzelne Zahlungsübereinkommen mit einigen anderen Staaten getroffen. Verhandlungen mit weiteren Ländern sind im Zuge oder beabsichtigt.

Mit den Vereinigten Staaten von Amerika stehen wir wegen eines Dollarkredites in Unterhandlungen. Es ist dem Hohen Hause bekannt, daß sich derzeit eine Delegation in Nordamerika befindet, deren Aufgabe es ist, diese Verhandlungen zu führen. Mit den Vereinigten Staaten stehen wir auch in Unterhandlungen wegen der Freigabe der österreichischen Guthaben in Amerika, Verhandlungen, die schon weit vorgeschritten sind und erhoffen lassen, daß auch von dieser Seite her der österreichischen Wirtschaft Mittel zufließen werden, deren sie notwendig bedarf. Wenn auch an das Ergebnis dieser Aktion keine übertriebenen Hoffnungen geknüpft werden dürfen, da Österreich nicht über sehr beträchtliche Guthaben in Amerika verfügt, so ist uns in unserer heutigen Lage doch jeder, auch bescheidene Zufluß an ausländischen Zahlungsmitteln erwünscht.

Auf dem Gebiete der Notenbank habe ich noch anzuführen, daß die Bank nunmehr darangegangen ist, ihre Ausweise wieder regelmäßig zu veröffentlichen. Dadurch wurde mit der von den Deutschen eingeführten Übung gebrochen, die jeweilige Höhe des Notenumlaufes und die Gesamtzirkulation vor der Bevölkerung als Geheimnis zu behandeln. Es kann sich jetzt jedermann durch Einblick in die Bankausweise ein Urteil über die Lage des Noteninstitutes und der heimischen Währung bilden. Auch die bis auf weiteres geltenden Kurse, zu denen die Nationalbank Fremdwährungen kauft und verkauft, werden nunmehr allwöchentlich verlautbart.

Es entspricht dem Geiste der Demokratie, daß jedermann sich über den jeweiligen Stand der eigenen Währung im Klaren ist. Dies kann auch vom Standpunkt der Finanzverwaltung nur auf das wärmste begrüßt werden, weil unserer Zeit die außerordentlich schwierige Aufgabe gestellt ist, von der vom deutschen Regime inflationierten Markwährung allmählich hinüberzufinden zu einer in jeder Hinsicht stabilisierten österreichischen Währung, und diese Aufgabe nur gelöst werden kann, wenn weite Kreise der Bevölkerung bereit sind, die mit diesen Maßnahmen notwendig verbundenen Belastungen auf sich zu nehmen. Die Bevölkerung hat in den seit der Befreiung verflossenen eineinhalb Jahren ein weitgehendes Verständnis an den Tag gelegt und wird dies — wie ich nicht

zweifle — auch in Hinkunft durch die Tat beweisen, da es heute schon allgemeine Überzeugung ist, daß eine ungesunde Währungsentwicklung den breiten Massen die allerschwersten Opfer auferlegen würde.

Zurückkommend zum Bundesvoranschlag 1947 ist festzustellen, daß die Ausgaben und Einnahmen der laufenden Gebarung mit rund je 2.987 Millionen Schilling veranschlagt sind, so daß die laufende Gebarung ausgeglichen ist, beziehungsweise mit einem kleinen Überschuß von rund 300.000 S abschließt.

An außerordentlichen Aufwendungen sind 527'8 Millionen Schilling vorgesehen. Die Gesamtgebarung schließt somit nach dem Voranschlagentwurf für 1947 mit einem Gebarungsabgang von 527'5 Millionen Schilling ab.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag für 1946 sind die Ausgaben und Einnahmen der laufenden Gebarung um rund 460 Millionen Schilling, das ist nahezu eine halbe Milliarde, höher veranschlagt. Diese Steigerung der Ausgaben ergibt sich im wesentlichen aus der Erhöhung des Personalaufwandes um 104 Millionen Schilling und des Sachaufwandes um 357 Millionen Schilling. Die Erhöhung des Personalaufwandes erklärt sich aus der in den letzten Monaten erfolgten Neuregelung der Bezüge der Beamten und Angestellten.

Die gleichzeitig verfügte Gewährung von Teuerungszuschlägen und Haushaltungszuschüssen an die Arbeiter des Bundes brachte ein Mehrerfordernis von 49 Millionen Schilling. Die Erhöhung des Sachaufwandes um 357 Millionen ergibt sich aus der höheren Veranschlagung des Aufwandes für die Kriegsbeschädigtenfürsorge um 99 Millionen, der Mehraufwendungen für die Sozialversicherung von 22 Millionen, einer Erhöhung der land- und forstwirtschaftlichen Förderungsmittel um 23 Millionen, der Erhöhung des Aufwandes für Bauten um 31 Millionen, der Mehrausgaben der Post und Telegraphenanstalt von 29 Millionen und jener der Staatseisenbahnen von 90 Millionen Schilling.

Diese Steigerung der Ausgaben ist Ausdruck des Aufbauwillens der Bundesregierung. Die tiefen Schäden, die das Naziregime und die Kriegsergebnisse in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur unseres Volkskörpers hinterlassen haben, müssen naturgemäß in den Budgets des Wiederaufbaues ihren Ausdruck finden, indem einerseits den sozialen Bedürfnissen, andererseits den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechend Rechnung getragen wird.

Dabei müssen wir uns allerdings darüber im klaren sein, daß die Bedeckung einer rund 3 Milliarden betragenden Ausgaben-summe der laufenden Gebarung unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen zu einer äußerst schweren Belastung der Bevölkerung führen muß. Es ist daher im Verwaltungsaufwand größte Sparsamkeit dringend geboten.

Von den Gesamtausgaben der ordentlichen Gebarung von 2.987 Millionen Schilling entfallen 1.313 Millionen auf den Personalaufwand und 1.674 Millionen auf den Sachaufwand. Der Anteil des Personalaufwandes am Gesamtaufwand der laufenden Gebarung beträgt sohin 44 v. H. gegenüber 48 v. H. im Vorjahr. Der Aufwand für Aktivitätsbezüge bezieht sich auf 872 Millionen und jener für Ruhe- und Versorgungsgelder mit 441 Millionen Schilling. Der Pensionsaufwand beträgt somit 51 v. H. des Aktivitätsaufwandes.

Insgesamt hat der Bund im Jahre 1947 für rund 248.000 aktive Bedienstete, einschließlich Arbeiter, und für rund 194.000 Pensionisten zu sorgen.

Von den aktiven Bediensteten entfallen 110.000 auf die Hoheitsverwaltung, 53.000 auf die Monopole und Bundesbetriebe und rund 85.000 auf die Eisenbahnen. Gegenüber 1946 ergibt sich im veranschlagten Stand der aktiven Bediensteten eine Minderung um fast 44.000. Gegenüber 1938 verbleibt jedoch immer noch ein Mehrstand von über 81.000 Angestellten und Arbeitern.

Von diesem Mehrstand entfallen 46.000 auf die Hoheitsverwaltung. Dieser Mehrstand ist zum großen Teil durch die Übernahme der mittelbaren Bundesverwaltung sowie der Volks- und Hauptschullehrer begründet, für deren Bezüge 1938 die Länder und Gemeinden aufzukommen hatten. Bei der Post- und Telegraphenanstalt ergibt sich gegenüber 1946 eine Minderung des Personalstandes um rund 12.000, gegen 1938 jedoch noch immer eine Vermehrung um rund 18.000 Bedienstete. Die Angestellten und Arbeiter der Staatseisenbahnen sind — wie bereits erwähnt — mit rund 85.000 veranschlagt, das ist gegenüber 1946 weniger um rund 8.000, gegenüber 1938 jedoch mehr um 20.000.

Wenn auch die besonderen Schwierigkeiten der Übergangszeit in verschiedenen Zweigen der Hoheitsverwaltung einen höheren Stand an Angestellten als 1938 erfordern und die in eigener Regie durchgeführten Wiederaufbauarbeiten der Post und namentlich der Eisenbahnen einen höheren Stand an Arbeitern gegenüber 1938 in

einem gewissen Umfang gerechtfertigt erscheinen lassen, so zeigen doch die angeführten Ziffern, welche übermäßige Belastung dem Bund aus der aus der Nazizeit her noch immer bestehenden Hypertrophie der Personalstände erwächst. Ich verkenne keineswegs, daß auf diesem Gebiete seitens einzelner in Betracht kommender Verwaltungen bereits wesentliche Fortschritte erzielt worden sind. Die Höhe des Mehrstandes gegenüber 1938 erfordert jedoch dringend eine energische und rasche Fortsetzung der zum Teil schon im Zuge befindlichen Reformen und des damit unvermeidlich verbundenen Abbaues, und zwar nicht nur im Bereiche der Hoheitsverwaltung, sondern auch bei den Monopolen und Bundesbetrieben.

Der Stand der Pensionsparteien des Bundes von rund 194.000, wovon 80.000 auf die Eisenbahnen entfallen, weist gegenüber 1946 trotz des durchgeführten Abbaues eine geringfügige Steigerung um 436 Personen, gegenüber 1938 jedoch noch immer eine Steigerung um rund 26.000 Pensionisten auf. Diese letztere Steigerung erklärt sich zum größten Teil aus der Übernahme der Pensionisten der mittelbaren Bundesverwaltung und der Volks- und Hauptschullehrer.

Unter den Sachausgaben von zusammen 1.674 Millionen Schilling ist die bedeutendste Ausgabepost der Sachaufwand der sozialen Verwaltung, der mit 501 Millionen nahezu ein Drittel des gesamten Sachaufwandes erreicht. Der Aufwand für die Sozialversicherung ist mit 118 Millionen veranschlagt. Für Arbeitslosenunterstützung und sonstige sozialpolitische Maßnahmen für Arbeiter und Angestellte sind 78 Millionen vorgesehen; der Aufwand für Kriegsbeschädigtenfürsorge ist mit 269 Millionen veranschlagt. Für die übrigen Aufwendungen der sozialen Verwaltung, Wohnungsfürsorge, Kleinrentnerfürsorge, Leistungen nach dem Opferfürsorgegesetz und Volksgesundheit, sind 36 Millionen vorgesehen.

Die zweitgrößte Post ist der Sachaufwand der Eisenbahnen, der mit rund 330 Millionen veranschlagt ist. Hievon entfallen rund 97 Millionen auf den Zugförderungsdienst, rund 78 Millionen auf die Erhaltung, Umgestaltung und Ergänzung der Bahnanlagen und rund 50 Millionen auf die Erhaltung und Erneuerung des Fahrparks.

Der Finanzausgleich mit den Ländern und Gemeinden ist auf der Grundlage des noch in parlamentarischer Beratung stehenden Entwurfs eines Finanzausgleichs-Übergangsgesetzes mit 196 Millionen veranschlagt.

Für das Kapitel Staatsschuld ist — wie im Vorjahr — ein Pauschalbetrag von 150 Millionen vorgesehen.

Der Sachaufwand der Post- und Telegraphenanstalt erfordert rund 91 Millionen. In diesem Aufwand ist insbesondere auch für die Automatisierung des Fernsprechnetzes Vorsorge getroffen.

Für Land- und Forstwirtschaft sind Sachaufwendungen von rund 67 Millionen hauptsächlich für Förderungsmaßnahmen vorgesehen, die es der Landwirtschaft ermöglichen sollen, den durch die Kriegsergebnisse bedingten Tiefstand der Produktion möglichst rasch zu überwinden.

Für Bauten sind rund 83 Millionen Schilling veranschlagt, wovon 43 Millionen auf Straßen- und Brückenbauten entfallen.

Angeichts der Notwendigkeit, unsere Verbindung mit dem Ausland zu vertiefen und zu verbreitern, wurde der Aufwand für die auswärtigen Angelegenheiten im Finanzgesetz 1947 wesentlich höher eingesetzt, als dies im Jahre 1946 der Fall war. Dadurch ist für eine beträchtliche Vermehrung unserer Vertretungen im Ausland vorgesorgt, die im Laufe des Jahres 1947 nach Maßgabe der gegebenen Möglichkeiten allmählich den Stand von 25 Gesandtschaften und 8 Konsulaten erreichen sollen, gegenüber einem derzeitigen Stand von bloß 8 politischen Vertretungen.

Im Kapitel Kassenverwaltung ist für die Verzinsung von zur Kassenstärkung gegebenen Bundeschatzscheinen ein Betrag von 30 Millionen Schilling veranschlagt. Durch die Schatzscheinbegebungen muß für die Bedeckung der außerordentlichen Aufwendungen in den Jahren 1946 und 1947 vorgesorgt werden. Bei Beurteilung dieser Ausgabepost darf nicht außer Betracht bleiben, daß die Wiedererstarkung unserer Volkswirtschaft zu einem wesentlichen Teile auch von der Wiederbelebung des Kreditmarktes abhängig ist. Die sorgsame Pflege aller damit zusammenhängenden Fragen wird daher der ständigen Aufmerksamkeit der Finanzverwaltung bedürfen.

Der außerordentliche Haushalt umfaßt Ausgaben von insgesamt 528 Millionen Schilling. Hievon entfallen auf die Hoheitsverwaltung 285 Millionen und auf die Monopole und Betriebe 243 Millionen Schilling. Die außerordentlichen Aufwendungen gliedern sich ihrem Wesen nach in zwei Gruppen. Sie umfassen einerseits Übergangsmaßnahmen, anderseits Wiederaufbauerfordernisse und wertvermehrnde Investitionen. An Übergangsmaßnahmen sind bei Kapitel 26 rund 75 Millionen vorgesehen, wovon 39 Millionen auf Ausländerbetreuung, 4 Millionen auf Heimkehrerfürsorge und 15 Millionen auf Abfindungsbeträge entfallen. Wei-

ters sind im Bundesvoranschlag 1947 die Ausgaben der sozialen Verwaltung für den Unterhalt der Familien der noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft Zurückgekehrten in den außerordentlichen Haushalt überstellt worden. Mit Rücksicht auf die lange, seit der Befreiung Österreichs verstrichene Zeit kann wohl mit einer baldigen Rückkehr der Kriegsgefangenen gerechnet werden, zumal die Bundesregierung unablässig bemüht ist, die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen nach Möglichkeit zu beschleunigen. Abgesehen von menschlichen Rücksichten, die für eine möglichst baldige Rücksendung der Kriegsgefangenen sprechen, ist deren Rückkehr auch vom staatsfinanziellen Standpunkte von großer Bedeutung, weil dadurch einerseits unserer Wirtschaft die für den Wiederaufbau so dringend benötigten Arbeitskräfte zugeführt werden, anderseits die Belastung des Bundeshaushaltes durch den Familienunterhalt in Wegfall kommt, wobei zu beachten ist, daß die Aufwendungen für den Familienunterhalt nach den vorliegenden Schätzungen im laufenden Jahr voraussichtlich über 80 Millionen Schilling betragen werden.

Die sonstigen außerordentlichen Aufwendungen der Hoheitsverwaltung umfassen: Wiederaufbauarbeiten an Bundesgebäuden, an Straßen und Brücken, sowie Wasserbauten mit einem Aufwand von zusammen 60 Millionen Schilling. Hier ist insbesondere auch für die Fortführung, beziehungsweise Aufnahme der Arbeiten am Gebäude der Staatsoper, des Burgtheaters, des ehemaligen Kriegsministeriums am Stubenring, der Innsbrucker medizinischen Klinik und zahlreicher anderer Baulichkeiten vorgesorgt.

Für Wiederaufbaumaßnahmen auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft sind insgesamt 39 Millionen vorgesehen, wovon ein großer Teil für die Aufstockung der Viehbestände bestimmt ist. Für den Bau von Wasserkraftanlagen, insbesondere Glockner-Kaprun und Ybbs-Persenbeug, sowie für den Ausbau der Kraftstromleitung Kaprun-Wien sind Kredite von zusammen 47 Millionen bereitgestellt. An Wiederaufbauerfordernissen für Gesandtschafts- und Konsulatsgebäude, Schulen und wissenschaftliche Anstalten ist mit dem Gesamtbetrage von 10 Millionen Schilling vorgesorgt. Schließlich sind Kredite von rund 21 Millionen Schilling für die Neuausrüstung der Polizei, Gendarmerie und Zollwache vorgesehen.

Das außerordentliche Erfordernis der Post- und Telegraphenanstalt ist mit 25 Millionen beziffert, die insbesondere für den Wiederaufbau zerstörter Postgebäude und Außenanlagen Verwendung finden sollen. Jenes

der Eisenbahnen ist mit 211 Millionen Schilling veranschlagt, wovon 161 Millionen Schilling auf Strecken- und Brückenbauten sowie auf Wiederherstellungsarbeiten an Bahnhöfen, Wiederinstandsetzungsarbeiten am Fahrpark und 50 Millionen auf die Fortsetzung der Elektrifizierungsarbeiten entfallen.

Im Jahre 1946 wurde die Fahrleitungsausrüstung der Streckenabschnitte Attnang-Puchheim—Linz, Spittal—Villach und Bischofshofen—Eben begonnen und der Bau des Unterwerkes Attnang in Angriff genommen.

Für das Jahr 1947 ist die Fortführung dieser Arbeiten und die Aufnahme der Arbeiten auf den Strecken Linz—Amstetten, Villach—Tarvis und Eben—Schladming sowie die bauliche Inangriffnahme der Unterwerke Asten, Linz und Villach in Aussicht genommen. Ebenso ist die Fortführung der Arbeiten an den Kraftwerksanlagen im Stubachtal sowie in Braz in Vorarlberg beabsichtigt. Schließlich soll der Bau von elektrischen Triebfahrzeugen im Jahre 1947 möglichst vorgetrieben werden.

Von den Einnahmen von zusammen 2.987 Millionen Schilling entfallen

1.712 Millionen auf die öffentlichen Abgaben,

117 Millionen auf die Einnahmen der sozialen Verwaltung,

82 Millionen auf die Einnahmen der Monopole,

272 Millionen auf jene der Post- und Telegraphenanstalt und

560 Millionen auf die Einnahmen der Eisenbahnen.

Unter den öffentlichen Abgaben sind die Tabaksteuern mit 579 Millionen, also um 55 Millionen höher veranschlagt als für 1946. Bisher konnte die österreichische Tabakregie im wesentlichen mit ihren Tabakvorräten das Auslangen finden. Hiezu war es notwendig, bei den aus der Nazizeit übernommenen niedrigen Zuteilungsmengen zu verbleiben. Erst in dem Zeitpunkt, in dem es möglich geworden war, die ersten, wenn auch bescheidenen Rohstoffeinfuhren zu tätigen, konnte eine Erweiterung der Zuteilungsmenge in der Weise erfolgen, daß die bis dahin bestandene Altersbegrenzung für die weiblichen Raucher beseitigt wurde. Sogleich nach der Befreiung Österreichs haben die Bemühungen eingesetzt, mit den Tabakausfuhrländern wieder in Verbindung zu treten. Diese Bemühungen haben vor wenigen Monaten zu dem ersten größeren Erfolg geführt, indem es gelang, mit Griechen-

land einen Kompensationsvertrag abzuschließen, auf Grund dessen bereits die ersten Lieferungen unterwegs sind. Weitere Verhandlungen wegen Rohstoffbezügen sind eingeleitet.

Es ist selbstverständlich, daß die Einfuhr von Rohtabak sich vorerst in bescheidenen Grenzen halten müssen, da wir Tabak nur gegen entsprechende Ausfuhr Güter beziehen können und die wertvolle Kompensationsware nicht dringenderen Einfuhrbedürfnissen entzogen werden soll. Es wird daher unvermeidlich sein, an den bescheidenen Zuteilungssätzen auch weiterhin festzuhalten. Die Finanzverwaltung strebt jedoch an, die Zuteilungsmenge für Männer und Frauen in gleicher Höhe festzusetzen, sobald die Sicherheit geboten sein wird, daß der Rohtabak auf Grund der getroffenen und noch zu treffenden Abkommen in hinreichender Menge zur Verfügung steht.

Bei Veranschlagung der öffentlichen Abgaben wurde von den derzeit vorliegenden Erfolgsziffern des Jahres 1946 ausgegangen. Unter Bedachtnahme auf die bisher zu Tage getretene und für das kommende Jahr zu gewärtigende weitere Belebung der Wirtschaft konnte bei vorsichtiger Schätzung der voraussichtliche Ertrag der öffentlichen Abgaben für 1947 entsprechend erhöht werden.

Den besten Gradmesser für die wirtschaftliche Entwicklung stellt wohl die Umsatzsteuer dar, deren Ertrag im Monat Jänner 1946 11 Millionen und im September 1946 19 Millionen Schilling betragen hat. Wenn auch infolge der bestehenden weitgehenden Unsicherheit unserer wirtschaftlichen Lage bei Beurteilung der Erfolgsziffern einzelner Monate mit größter Vorsicht vorgegangen werden muß, kann doch wohl angenommen werden, daß sich die Umsätze im Laufe des Jahres 1946 um ungefähr ein Drittel erhöht haben. Ist doch auch im allgemeinen für die österreichische Wirtschaft feststellbar, daß im Laufe des Jahres 1946 eine gewisse erfreuliche Besserung der Verhältnisse eingetreten ist. Die Anzahl der Beschäftigten in der Industrie hat nicht unbeträchtlich zugenommen, die Erzeugung steigt an und es zeigen sich günstige Ansätze für eine Ausweitung des Exportes, der uns ermöglichen soll, auch jene Roh- und Hilfsstoffe aus dem Auslande zu beziehen, die zur Deckung des dringenden Bedarfs der heimischen Bevölkerung zu dienen bestimmt sind.

Die direkten Steuern sind mit 756 Millionen Schilling gegenüber 620 Millionen Schilling im Vorjahr, also um 136 Millionen höher veranschlagt. Hiebei ist die auf Grund des vom Nationalrat bereits beschlossenen National-

sozialistengesetzes einzuhebende laufende Sühneabgabe mit 30 Millionen Schilling veranschlagt worden. Für die auf Grund des gleichen Gesetzes zu leistende einmalige Sühneabgabe ist ein Verrechnungsansatz vorgesehen. Dem bei diesem Ansatz zu verrechnenden tatsächlich eingehenden Betrag wird eine gleich hohe Ausgabe beim Ausgabenkapitel Staatsschuld gegenüberstehen, da diese Abgabe für Zwecke der Währungssicherheit bestimmt ist und somit zur Abdeckung eines Teiles der Notenschuld des Bundes bei der Nationalbank zu verwenden sein wird.

Die Umsatzsteuer ist für 1947 mit 265 Millionen gegenüber 200 Millionen Schilling im Jahre 1946, sohin um ein Drittel höher veranschlagt.

Der Zollertrag ist mit 206 Millionen gegenüber 10 Millionen Schilling im Jahre 1946 geschätzt. Bei dem Umstand, daß unsere Einfuhr sich auch im kommenden Jahr fast ausschließlich auf notwendigste Bedarfsgüter beschränken wird und im Zoll-Überleitungsgesetz weitgehende Zollbefreiungen und Zollermäßigungen vorgesehen sind, kann auf keinen höheren Zollertrag gerechnet werden. Gegenüber dem Jahre 1938, in dem die Eingänge an Zöllen mit rund 200 Millionen Schilling vorgesehen waren, ergibt sich daher ein Ausfall von rund 180 Millionen Schilling.

Die Verbrauchssteuern sollen abzüglich der bereits besprochenen Tabaksteuer 76 Millionen gegen 61 Millionen Schilling im Jahre 1946 einbringen. Hievon entfallen 35 Millionen auf die Biersteuer, 18 Millionen auf die Weinsteuern und 10 Millionen auf die Mineralölsteuer. Wegen Neuregelung der Mineralölsteuer sind im Bundesministerium für Finanzen Vorarbeiten im Gange. Durch die in Ausarbeitung begriffene Novelle zum Mineralölsteuergesetz soll der Ertrag dieser Steuer eine entsprechende Steigerung erfahren.

Die Gebühren und Verkehrssteuern sind mit rund 98 Millionen gegen 70 Millionen im Jahre 1946 veranschlagt. Hierbei ist das erst vor kurzem in Kraft getretene Bundesgesetz über Stempel- und Rechtsgebühren sowie die Novelle zum Erbschaftsteuer- und jene zum Grunderwerbsteuergesetz entsprechend berücksichtigt.

Von dem Gesamtertrag an öffentlichen Abgaben ist im vorgelegten Budgetentwurf das Aufkommen der Gewerbesteuer, die mit 85 Millionen gegen 70 Millionen im Jahre 1946 veranschlagt ist, in Abzug gebracht, da die Gewerbesteuer an die Gemeinden zu überweisen ist.

Von den Einnahmen der Post- und Telegraphenanstalt von 272 Millionen Schilling entfallen 117 Millionen auf die Post, 25 Millionen auf Telegraph, 68 Millionen auf Fernsprecher, 22 Millionen auf den Rundspruch und 26 Millionen auf die Reisenden- und Sachbeförderungen mit Postkraftwagen.

Die Einnahmen der Staatseisenbahnen von zusammen 560 Millionen verteilen sich mit 347 Millionen Schilling auf den Personen- und mit 198 Millionen auf den Güterverkehr.

Der Entwurf des Finanzgesetzes selbst schließt sich in seinen Bestimmungen vollständig an die Fassung der früheren österreichischen Finanzgesetze an und weicht gegenüber dem Finanzgesetz 1946 nur hinsichtlich der Ermächtigung zum Verkauf von beweglichem Bundeseigentum insofern ab, als er die für 1946 verfügten Einschränkungen und Bindungen nicht übernommen hat, weil sich hieraus für die Verwaltung Erschwernisse ergeben, die den Wert dieser Einschränkungen illusorisch machen. Insbesondere muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß durch die Aufnahme von Warenkrediten im Ausland vielfach durch den Bund Waren erworben werden, die nicht bestimmt sind, im Bundeseigentum zu verbleiben, sondern an andere österreichische Stellen — Gebietskörperschaften, Unternehmungen oder dergleichen — weitergegeben werden sollen. Der raschen Weitergabe der so beschafften Waren dürfen daher keine Hindernisse in den Weg gelegt werden.

In das Finanzgesetz 1947 wurde ein neuer Artikel 7 eingefügt, demzufolge die Anzahl der Dienstposten für das Jahr 1947 wieder durch den Dienstpostenplan festgesetzt wird, der einen Bestandteil des Finanzgesetzes 1947 bildet. Damit ist ein weiterer Schritt zu den altbewährten österreichischen Grundsätzen der Budgetierung vollzogen.

Für Besatzungskosten ist im Bundesvoranschlag für das Jahr 1947 eine Vorsorge nicht getroffen. Bei Kapitel 26 „Übergangsmaßnahmen“ wurde lediglich eine Verrechnungspost vorgesehen. Im Voranschlag für das Jahr 1946 waren für Besatzungskosten 250 Millionen Schilling veranschlagt, die für die sogenannten zivilen Besatzungskosten vorgesehen waren, das sind jene Zahlungen, die seitens österreichischer Behörden für Requisitionen der Besatzungsmächte, beziehungsweise seitens der Staatseisenbahnen für militärische Transportleistungen aufgewendet werden mußten und über deren endgültige Abrechnung im Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlages 1946 noch keine Vereinbarung vorlag. Im Laufe des Jahres 1946 ist seitens

des Finanzministeriums an die Besatzungsmächte wegen Refundierung dieser Besatzungskosten aus den den Besatzungsmächten vierteljährlich zur Verfügung gestellten Schillingbeträgen herangetreten worden. Nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen ist zu hoffen, daß der Gesamtbetrag der mit 250 Millionen Schilling veranschlagt gewesen sogenannten zivilen Besatzungskosten aus den den Besatzungsmächten ausgefolgten Schillingbeträgen dem Bund erstattet werden wird.

Anläßlich der Verhandlungen über die Konversion im Dezember 1945 wurde festgestellt, daß wir den Besatzungsmächten zum Umtausch der in ihren Händen befindlichen Reichsmark- und Alliierten-Militärschilling-Noten an militärischen Besatzungskosten den Betrag von 1.980 Millionen Schilling bis 12. Februar 1946 zu übergeben hatten. Dieser Betrag von 1.980 Millionen wurde seitens der Nationalbank zu Lasten der Notenschuld des Bundes den Besatzungsmächten zur Verfügung gestellt, seitens des Bundes somit in der Anlehensgebarung verrechnet.

Für die Zeit vom 12. Februar bis 30. Juni 1946 wurde ein Betrag von 400 Millionen und für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1946 ein weiterer Betrag von 225 Millionen an militärischen Besatzungskosten aufgewendet. Den außerordentlichen Haushalt des Jahres 1946 belasten sohin bis Ende September 1946 zusammen Besatzungskosten in der Höhe von 625 Millionen. Insgesamt sind an Besatzungskosten bisher 2.605 Millionen Schilling den Besatzungsmächten ausgefolgt worden.

Entsprechend der Übung der Besatzungsmächte wird die Höhe der Besatzungskosten durch Beschluß des Alliierten Rates vierteljährlich festgesetzt. Eine solche Festsetzung für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1946 ist bisher noch nicht erfolgt. Der auf diese Zeit entfallende Betrag wird nach dessen Festsetzung ebenfalls zu Lasten des außerordentlichen Aufwandes 1946 zu verrechnen sein.

Anläßlich der Konversion im Dezember 1945 sind bei der Nationalbank auch Alliierte-Militärschilling-Noten im Werte von rund 1 Milliarde eingeflossen. Diese Noten sind seitens der Besatzungstruppen in der Zeit zwischen der Befreiung Österreichs und dem Tage der Konversion in Umlauf gesetzt worden und daher anläßlich der Konversion gegen österreichische Schillinge umgetauscht worden und sind daher den oben ausgewiesenen Besatzungskosten hinzuzurechnen, wenn der Gesamtbetrag dieser Kosten vom Zeitpunkte der Befreiung an erfaßt werden

soll. Für den ganzen Zeitraum betragen somit die Besatzungskosten, soweit sie geldmäßig in Erscheinung treten und das Bundesbudget belasten, rund 36 Milliarden Schilling. Die Gesamtbelastung der Wirtschaft aus der Besatzung ist natürlich wesentlich höher.

Die Besatzungskosten stellen sohin eine sehr schwere Belastung des Bundeshaushaltes dar. Sie trifft uns umso härter, als angesichts der geschwächten Steuerkraft unserer Volkswirtschaft die Einnahmen des Bundes unmöglich ausreichen können, diese Kosten zu bedecken.

Durch die Vergewaltigung Österreichs durch das nationalsozialistische Regime wurden unserer Volkswirtschaft so tiefe Wunden geschlagen, daß es aller Anstrengungen bedarf und auch weiterhin bedürfen wird, um neben den laufenden Erfordernissen auch nur einen bescheidenen Teil der Wiederaufbaukosten aus laufenden Einnahmen zu decken.

Da Österreich als das erste Opfer des Nazismus dank des heldenmütigen Ringens der alliierten Mächte seit eineinhalb Jahren zu den befreiten Staaten zählt, wirft sich von selbst die Frage auf, ob eine weitere Belastung Österreichs mit Besatzungskosten gerechtfertigt ist. Es wird Sache der Bundesregierung sein, alles daranzusetzen, daß eine derartige, für die österreichische Wirtschaft untragbare Belastung sobald als möglich beseitigt wird.

Ich bitte das Hohe Haus, den dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesenen Bundesvoranschlag für das Jahr 1947 durch eine möglichst rasche Behandlung so zeitgerecht zum Gesetz werden zu lassen, daß wir mit 1. Jänner 1947 tatsächlich schon die finanzgesetzliche Grundlage für die Gebarung besitzen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Böhm (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat):

Wir gelangen zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (216 d. B.): Bundesgesetz über den Verkehr und die Gebarung mit Suchtgiften (Suchtgiftgesetz) (221 d. B.).

Berichterstatler Wölfler: Hohes Haus! Der heute vorliegende Gesetzentwurf reiht sich in jene Gesetze ein, die in höchstem Maße der Volksgesundheit dienen. Wer von Ihnen, meine Damen und Herren, einmal Einblick gewonnen hat in eine Familie, in der sich ein Morphinist oder ein anderer Giftsüchtiger befindet, der weiß, welch ein Unglück dies für den Kranken selbst, aber auch für

die Familie ist. Mit allen Mitteln und mit dem größten Raffinement versuchen die Süchtigen, sich das Gift zu beschaffen, und sie scheuen dabei nicht einmal vor Verbrechen zurück.

Es ist also völlig verständlich, daß die gesetzgebenden Körperschaften seit vielen Jahren bemüht sind, durch entsprechende Maßnahmen diese Sucht zu bekämpfen, und so entstanden in Österreich das Rauschgiftgesetz und in Deutschland das Betäubungsmittelgesetz, welches letzteres sich bisher bei uns in Kraft befindet.

Das vorliegende Gesetz stellt nicht nur das alte österreichische Recht wieder her, sondern enthält eine Reihe von Verbesserungen, die auch in der Durchführung des Gesetzes entsprechende Berücksichtigung finden werden. Dazu gehören auch einige Abänderungsvorschläge des Ministeriums für soziale Verwaltung und Wünsche der Apotheker, resultierend aus nun jahrelanger Erfahrung. Daß dieses Gesetz auch den Handel und den Verkehr mit Suchtgiften erschöpfend regelt und die Illegalität unter schwerste Strafen stellt, ist wohl verständlich.

Dieses Gesetz wurde im Ausschuss für soziale Verwaltung beraten und fand einstimmige Genehmigung. Ich stelle daher den Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.“

*

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Es folgt der 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses, betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes über Änderungen auf dem Gebiete der Einkommensteuer (**Einkommensteuernovelle 1946**) (222 d. B.).

Berichterstatte **Müllner**: Hohes Haus! Am 25. Juli 1946 hat das Hohe Haus eine Steuernovelle beschlossen, die das einkommensteuerfreie Einkommen neu festsetzt und den Aufbauszuschlag für Monatseinkommen bis zu 300 S aufhebt und von 300 bis 400 S im Durchschnitt auf die Hälfte heruntersetzt.

Seit dem 25. Juli 1946 sind nun einschneidende Veränderungen in den Lohnzahlungen eingetreten. Durch die Erhöhung der Löhne sind manche Arbeitnehmer in eine höhere Progression gekommen, so daß die Teuerungszulagen oder die Gehaltserhöhungen durch die Einkommensteuer in einem höheren Maße weggesteuert werden.

Deshalb hat sich der Finanzausschuß mit verschiedenen Vorschlägen zu einer Reform der Einkommensteuer beschäftigt. Nach eingehenden Beratungen und nach Überantwortung der Vorschläge an einen Unterausschuß haben die drei Parteien in diesem Unterausschuß einhellig den Antrag gestellt, der Ihnen heute vorliegt. Er enthält einschneidende Bestimmungen. Ich darf die Bestimmungen in vier Teile zerlegen.

Der erste Teil, der im § 1 angeführt ist, beinhaltet die Aufhebung der Steuergruppe I und den Ersatz dieser Steuergruppe durch die ehemalige Steuergruppe II, die mit der Steueränderungsnovelle vom 25. Juli 1946 aufgehoben wurde.

Wenn Sie eine alte Steuerliste zur Hand nehmen und die Steuergruppe I durch die alte Steuergruppe II ersetzen, ist dabei zu bedenken, daß mit der ersten Steueränderungsnovelle auch der Aufbauszuschlag ermäßigt wurde. Sie können also nicht die alte Steuergruppe II einfach herauschneiden und in die Lohnsteuertabelle einkleben, sondern müssen auch berücksichtigen — zur Freude unserer unverheirateten Leute —, daß der Aufbauszuschlag aufgehoben wurde, und zwar bis zu einem Monatsbezug von 300 S gänzlich und von 300 bis 400 S zur Hälfte. Über Auftrag des Finanzministeriums hat ja die Staatsdruckerei inzwischen gummierte Streifen herausgegeben, die alle Unternehmer und Lohnempfänger in ihre Steuertabellen einkleben können. Diese Änderung stellt eine besondere Ermäßigung und eine große Wohltat für die unverheirateten Leute dar, die damit von der großen Steuerleistung der Gruppe I entlastet werden und in die alte Gruppe II kommen, die am 25. Juli 1946 aufgehoben wurde.

§ 2 behandelt eine Ermäßigung aller Lohnsteuern in der Hinsicht, daß die Teuerungszuschläge nicht zum Großteil weggesteuert werden sollen. Wir sind dabei von dem Gedanken ausgegangen, daß niemand infolge der Erhöhung des Lohnes in eine höhere Steuerprogression kommen soll, sondern denselben Prozentsatz bezahlt, den er vor der Lohnerhöhung bezahlen mußte. Das ist natürlich gedanklich leichter gesagt als praktisch durchgeführt. Bei der praktischen Durchführung hat man nun folgenden Weg gefunden: Bei der Besteuerung werden von einem Monatslohn 52 S in Abzug gebracht. Der restliche Betrag kann dann von der Steuertabelle abgelesen werden. Dieser Abschlag von 52 S monatlich reduziert sich bei einem Wochenlohn auf 12 S und bei einem Tageslohn auf 2 S.

Der § 2 sagt im Absatz b): bis zu einem Tageslohn von 24'60 S sind 2 S abzuziehen. In dem Ergänzungsblatt, das durch die Staatsdruckerei im Auftrag des Finanzministeriums herausgegeben wurde, werden entsprechend der Position 216 in der Lohnsteuertabelle die Beträge für Wochenlohn mit 12 S und für Monatslohn mit 52 S festgesetzt. Von Position 216 an fällt dieser Abschlag progressiv, und zwar aufgeteilt auf 10 Positionen je zu einem Zehntel, und erreicht bei Position 226 Null. Von Position 226 an fällt also die Steuerermäßigung weg, das heißt von einem Monatslohn von 686'41 S an.

An Hand des Ergänzungsblattes wird es jedem leicht sein, sich in der Steuertabelle die Positionen herauszusuchen und bei Position 216 die nötigen Vormerkungen zu machen, so daß auch in Zukunft an Hand der Steuertabelle unschwer der betreffende Steuerbetrag gefunden werden kann.

§ 2, Abs. (1), gibt diese Steuerbeträge oder diese Abschläge von der Steuer für einen Jahresbezug an, und zwar dann, wenn ein Lohn veranschlagungspflichtig ist. Von einem solchen veranschlagungspflichtigen Bezug sind bis zu 7199 S Jahresbezug 624 S abzuziehen. In § 2, Abs. (3), ist eine besondere Erleichterung für unsere Rentenbezieher vorgesehen. Das ist also die zweite Erleichterung.

Die dritte Erleichterung ist in § 3 angeführt; sie betrifft die Steuerfreiheit für Überstunden, und zwar sollen Überstunden in Zukunft bis zu einem prozentuellen Bezug von 25 Prozent oder bis zu einem Höchstbezug von 50 S in der Woche oder 200 S im Monat steuerfrei sein. Diese Bestimmung ist aufgenommen worden, damit die Bereitwilligkeit zur Mehrarbeit eine neue Belohnung und einen Ansporn erhält. Diese Bestimmung ist aber im Gegensatz zu den anderen Bestimmungen mit dem 31. Dezember 1947 befristet. Gegen diese Steuererleichterung sind begründete Bedenken aufgetreten. Wir haben uns aber doch entschlossen, diese Bestimmung hineinzunehmen, weil es in dieser Zeit der wirtschaftlichen Schwierigkeiten jedenfalls zu begrüßen ist, wenn Mehrarbeit besonders belohnt wird. Am 31. Dezember 1947 wird man sich dann zu entscheiden haben, ob man diese Bestimmung weiter beläßt oder in anderer Form fortführt oder überhaupt aufläßt.

§ 4 handelt dann von den Abfertigungen, die in der Zukunft in der Weise behandelt werden sollen, daß sie nicht als Ganzes sondern als ein Mehrfaches eines Monatsbezuges versteuert werden sollen, so daß der monatliche Steuerbetrag auch für das Ganze als Mehrfaches gerechnet wird.

Im § 7 sind dann die Schlußbestimmungen enthalten, die vom Inkrafttreten des Gesetzes handeln.

Ich darf vielleicht hier noch erwähnen, daß im § 7 die Bestimmung enthalten ist, daß das Gesetz mit 1. November in Kraft treten soll. Da der 1. November ein Feiertag ist, werden die meisten Monatsbezüge am 31. Oktober ausbezahlt, so daß es zweckmäßig erscheint, hier eine kleine Änderung vorzunehmen. Es liegt neben dem Bericht des Ausschusses auch ein Antrag der Abgeordneten **Prinke**, **Floßmann** und **Honner**, also ein Einvernehmen aller drei Parteien vor, die vorschlagen, diesen Paragraphen wie folgt abzuändern (liest): „§ 7, Abs. (1), hat zu lauten: ‚Die Bestimmungen der §§ 2 bis 6 treten mit 31. Oktober 1946 in Kraft.‘ In Punkt 2 wird sinngemäß der 31. Oktober durch den 30. Oktober ersetzt.“

Ich glaube, diesen Abänderungsantrag nicht näher begründen zu müssen, da ohne diese Änderung die Novemberbezüge außerhalb dieser Steueränderungsnovelle liegen würden.

Ich darf zum Schluß noch einen Gedanken aussprechen: Es ist erfreulich, daß diese Steueränderungsnovelle im Einvernehmen mit den drei Parteien einheitlich erstellt wurde, in der Überzeugung, daß wir für die Staatsnotwendigkeiten alle gemeinsam verpflichtet sind und in dieser Überzeugung auch immer bedenken müssen, daß dem Staate vor allem anderen zu geben ist, was er braucht. Ich glaube auch, im Sinne aller zu sprechen, wenn ich diese einheitliche Entschließung als ein gutes Omen für die kommenden Arbeiten der beginnenden Herbstsession hinstellen darf. Ich bitte daher um die Annahme dieses Antrages. (Lebhafter Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. Ferdinanda Floßmann: Hohes Haus! Die Abänderung der Einkommensteuer, also jene Gesetzesnovelle, welche heute hier beschlossen werden soll, bedurfte wohl reiflicher Überlegung und sorgsamer Beratung. Aus diesem Grund war es auch für den Finanzausschuß klar, daß er sich entschloß, einen Unterausschuß einzusetzen. Dieser hat nun in vier Sitzungen seine Aufgabe in der Form gelöst, daß wir am 18. Oktober in der Lage waren, dem Finanzausschuß einen von allen drei Parteien genehmigten Entwurf vorzulegen. Wir können an der Verwirklichung dieser Einkommensteuernovelle nur eines bedauern, nämlich daß sie in diese Zeit fällt und daß der tatsächliche Erfolg heute leider nicht mehr den vollen

Widerhall in den breiten Schichten des Volkes finden kann, den dieser Entwurf verdient.

Die Sozialistische Partei Österreichs hat im Juli dieses Jahres einen Antrag auf Abänderung des Einkommen- beziehungsweise Lohnsteuergesetzes gestellt. Dies war in der Zeit, als der Reallohn jedes einzelnen seinen tiefsten Stand erreicht hat, so daß er mit den steigenden Preisen wirklich in krassem Widerspruch stand. Unser Antrag hat auch jene Vorschläge vorgesehen, welche dazu gedient hätten, den finanziellen Entgang durch die Verbesserung der Steuerberechnungen bei anderen Stellen wettzumachen. Aber unser Antrag war von einem Mißgeschick begleitet. Er war der einer Partei in seinen Forderungen zu gering, von der Regierung aber war er als undurchführbar und untragbar bezeichnet worden. Daher konnte er nicht verwirklicht werden. Als wir dann im Juli eine Steueränderung beschlossen, wurde von unserer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß die Steueränderung nur für ganz kurze Zeit eine befriedigende Lösung darstellen könne, und wir haben schon damals die Gelegenheit benützt, um vorausschauend die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft aufzuzeigen. Leider aber müssen wir heute feststellen, daß die Voraussagen weit übertroffen wurden. Die endlich erfolgten Lohnerhöhungen für die Arbeiter und Angestellten wurden vielfach durch die starke Progression in der Lohnsteuer oft bis zu 50 Prozent weggesteuert. Die Hoffnung auf eine Verbesserung der Ernährungslage nach Einbringung der Ernte konnte nicht erfüllt werden. Dazu gesellt sich in dieser Jahreszeit die Stromkrise, der katastrophale Kohlenmangel, die damit drohenden Betriebssperren, und so können wir heute sagen, daß sich vor uns fast schon das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit für manche Schichten der arbeitenden Bevölkerung zeigt.

Jetzt kommt die Regulierung des Steuersystems, und hier wie vielleicht nicht bald wo anders wird sichtbar, wie richtig das alte Sprichwort ist: Rasche Hilfe, doppelte Hilfe! Um wieviel mehr hätte die Steuerregulierung bedeutet, wenn sie um einige Monate früher hätte durchgeführt werden können! Die Hilfe, welche jetzt durch diese Regulierung gegeben wird, wird wahrlich vielfach durch die steigende Not des Alltags erdrückt. Die Arbeiter und Angestellten müssen wirklich politisch geschult sein, sie müssen tatsächlich wirtschaftlich denken gelernt haben, um den Erfolg des Gesetzes anerkennen zu können.

Vorher wurde der Härteausgleich gewährt, der aber — und dies wurde schon vom Berichterstatter heute hier vorgetragen — vielfach wieder weggesteuert wurde. Heute können wir feststellen, daß sich durch die Neueregulierung des Steuersystems für manche Stufen eine Ersparnis bis zu 64 Prozent ergeben wird. Somit können wir feststellen, daß der Härteausgleich für manchen Arbeiter zugleich eine tatsächliche Erhöhung seines Reallohnes darstellt. Durch diesen Gesetzentwurf wird ein seinerzeit im Finanzausschuß eingebrachter Antrag, welcher ebenfalls zurückgezogen werden mußte, und zwar das Verlangen nach Auflassung der Steuerklasse I, endlich erfüllt. Der Herr Berichterstatter hat heute wiederholt darauf hingewiesen, daß eine Anzahl unverheirateter Personen dadurch endlich eine wirkliche Begünstigung erfährt. Ich möchte im Rahmen meiner kurzen Ausführungen nur auf eines hinweisen, daß Tausende von Frauen nun endlich auch eine praktische Anerkennung ihrer Leistung auf wirtschaftlichem Gebiet, aber auch im Rahmen des Wiederaufbaues finden. Diese praktische Anerkennung wird für viele Frauen aber auch ein Grund sein, daß sie wieder daran glauben, daß endlich einmal auch die volle Gleichberechtigung entsprechend unserer geltenden Bundesverfassung in Österreich eine Verwirklichung finden kann. Wenn dieses Gesetz in den weitesten Kreisen der Arbeiter und Angestellten doch noch als der gute Wille und als ein Verständnis für die Not der arbeitenden Bevölkerung von seiten der Regierung angesehen wird, so wirklich nur deshalb, weil durch dieses Gesetz das berüchtigte Nazisteuergesetz zu Fall gebracht wird; denn diesem Nazisteuergesetz werden durch diese neue Gesetzesnovelle die beiden Hauptpfeiler genommen, und zwar die Steuergruppe I und die starke Progression, die nun für die niedersten Einkommen wegfallen. Die Lohnsteuergruppe I soll nun durch die Gruppe II ersetzt werden, und zwar bei Aufhebung des Aufbauzuschlages bei einem monatlichen Einkommen bis zu 300 S und bei Reduzierung dieses Aufbauzuschlages bei einem Einkommen von 300 bis 400 S um 50 Prozent. Es soll also demnach in Wirklichkeit dieser Teuerungszuschuß oder Härteausgleich nicht weggesteuert, sondern dem Lohnempfänger für seine eigentlichen Zwecke erhalten bleiben. Der Herr Berichterstatter hat die Abschlagssummen, die in Abrechnung gebracht werden sollen, ehe die Lohnsteuer berechnet wird, genau aufgezählt, und zwar den Abschlag von 52 Schilling monatlich, der sich bei Wochenlohn auf 12 Schilling und bei Tages-

lohn auf 2 Schilling reduziert. Und tatsächlich wird durch diesen Abschlag das erreicht, was ursprünglich beabsichtigt war, daß nämlich die untersten Einkommenstufen nicht um die volle Auswirkung ihres Härteausgleiches kommen und daß man sie endlich von der Ungerechtigkeit befreit, da sie in unserem Steuersystem die Hauptlasten zu tragen haben.

Wenn wir nun sagen, daß dieses Gesetz endlich heute einmal beschlossen werden soll, möchte ich ganz kurz noch einmal wiederholen, daß dieses Gesetz doch teilweise dem gerechten Volksempfinden Rechnung trägt und man jetzt auch sagen kann, daß dadurch die ärgsten Härten des Nazigesetzes verlorengegangen sind. Und so wollen wir dieses Gesetz, das heute hier beschlossen und in Wirksamkeit treten wird, als Übergang vom berückichtigten Nazigesetz bezeichnen und als einen Vorläufer für ein gerechtes Steuersystem, das einmal in Wirksamkeit treten wird und das dann wirklich dem österreichischen Volksempfinden voll und ganz gerecht wird.

So wollen wir diese Steuergesetzänderung begrüßen, in diesem Geiste für sie stimmen und hoffen, daß trotz ihrer verspäteten Verwirklichung dieser Erfolg draußen von den österreichischen Arbeitern und Angestellten doch so gewürdigt wird, wie es dieses Gesetz verdient. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Honner: Hohes Haus! Der vorliegende Gesetzentwurf bedeutet einen ersten Schritt zur Erleichterung der Steuerlasten der Arbeiter und Angestellten in Österreich. Er ist das erste Ergebnis längerer Auseinandersetzungen und Kämpfe im Finanz- und Budgetausschuß sowie in dem von ihm eingesetzten Unterausschuß und nicht zuletzt der beharrlichen, weil berechtigten Forderung der Arbeiter und Angestellten. Die nazistische Lohnsteuer mit dem Kriegszuschlag, der später in „Aufbauzuschlag“ umbenannt worden ist, ist so ziemlich die unpopulärste Steuer in Österreich, und die Forderung nach einer Rückkehr zum Steuersystem der österreichischen Republik ist dringlich.

Ihre Erfüllung darf durch die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes nicht länger hinausgeschoben werden. Wir verlangten daher im Finanzausschuß, wie schon viel früher bei den Beratungen über das Budget, daß das Finanzministerium unverzüglich mit den Vorarbeiten für diese Rückkehr zum österreichischen Lohnsteuersystem beginne und daß der Finanzausschuß selbst diesbezügliche Beratungen einleite. In den

letzten Sitzungen des Finanzausschusses wurde demnach ein Unterausschuß eingesetzt, der sich mit der Neuregelung der Lohn- und Einkommensteuergesetzgebung beschäftigen und entsprechende Vorschläge ausarbeiten soll. Um eine solche Neuregelung werden wir schon deshalb nicht herumkommen, weil die inzwischen eingetretene Teuerung eine sehr empfindliche Entwertung des Reallohnes der Arbeiter und der Angestellten zur Folge hat. Daher wird notwendigerweise eine neue Lohnerhöhung einsetzen müssen, und damit in Verbindung wird sich wieder eine Neuregelung der Lohnsteuer als erforderlich erweisen. Wir Kommunisten behalten uns vor, im Rahmen der demnächst beginnenden Budgetberatungen entsprechende Vorschläge für eine Neufassung des Einkommensteuergesetzes einzubringen.

Im Verlaufe der Auseinandersetzungen über diesen Gesetzentwurf, der heute zur Abstimmung vorliegt, hat sich gezeigt, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger die einzigen Steuerzahler Österreichs sind, die nicht nur ihre Steuer pünktlich entrichten, sondern auch einen größeren Beitrag zum Staatshaushalt leisten, als selbst das Budget von ihnen fordert. Im Budget war der Ertrag der Lohnsteuer mit 170 Millionen Schilling präliminiert, eingenommen wurden aber bis einschließlich September rund 240 Millionen Schilling. Dennoch kostete es nicht wenig Mühe, das Finanzministerium und die Mehrheit im Finanzausschuß dazu zu bewegen, selbst diese im vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehenen Steuerermäßigungen zu bewilligen. Die Tatsache aber, daß nur die Einnahmen aus dem Titel der Lohnsteuer ohne Schwierigkeiten einfließen, ist ein Beweis dafür, daß unser ganzes übriges Steuersystem äußerst mangelhaft ist. Wenn man von der Steuer auf die Tabakerzeugnisse absieht, kann man sagen, daß in den abgelaufenen Monaten nichts geschehen ist, um entweder neue Steuerquellen zu erschließen oder zumindest die Steuerpflichtigen voll zu ihrer Steuerleistung heranzuziehen.

Die Forderung nach einer gründlichen Reform des Steuerwesens mit der Verlagerung der Lasten auf die Besitzenden, vor allem auf die Kriegsgewinner und die Nutznießer des Naziregimes, bleibt daher nach wie vor eine unserer dringendsten Forderungen.

Namens der Kommunistischen Fraktion habe ich im Finanz- und Budgetausschuß eine einfache Neuregelung der Lohnsteuer vorgeschlagen. Ich habe vorgeschlagen:

1. Einkommen bis zu 200 S monatlich, also bis zu einem Betrag von jährlich 2.400 S,

einem Taglohn bis zu 750 S und einem Wochenlohn bis zu 45 S überhaupt als steuerfrei zu erklären.

2. Bei Monatseinkommen von 200 S bis 800 S, also bei einem Jahreseinkommen von 2.400 S bis 9.600 S und den entsprechenden Tages- und Wochenlöhnen wird der geltende Steuersatz um 50 Prozent ermäßigt.

3. Die Entlohnung für Überstunden sowie Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit über die gesetzlich oder kollektivvertraglich festgelegte oder ortsübliche Arbeitszeit hinaus ist steuerfrei, wenn das Ausmaß der Überstundenentlohnung wöchentlich 50 Schilling nicht übersteigt.

Diese Forderung, deren volle Erfüllung ohne Zweifel möglich gewesen wäre, könnte im Finanzausschuß nicht restlos durchgesetzt werden. Wenn auch durch die Auflassung der bisherigen Steuergruppe I und ihre Ersetzung durch die alte Steuergruppe II eine Entlastung der Ledigen und auch der kinderlosen Ehepaare erfolgt, so bleibt dennoch die steuerliche Belastung dieser Kategorie von Steuerträgern, besonders jener mit einem Einkommen von 400 S aufwärts, noch immer sehr beträchtlich. Auch nach der Neuregelung und der Einführung der neuen Steuerstufe I zahlen die Gehaltsempfänger mit Bezügen von 200 S bis 800 S noch immer sehr beträchtliche Steuern. Bei einem monatlichen Einkommen von 400 S beträgt die Steuer des Gehaltsempfängers 54'30 S = 13'5 Prozent;

bei 500 S: 81'30 S = 16'3 Prozent;

bei 600 S: 117 — S = 18'6 Prozent;

bei 700 S: 150'20 S = 21'4 Prozent;

bei 800 S: 180'70 S = 22'5 Prozent.

Man könnte dagegen einwenden: nun, hier handelt es sich um Gehälter, die schon eine beträchtliche Höhe aufweisen, hier kann man es sich leisten, höhere Steuersätze abzuschöpfen. Ich möchte da darauf hinweisen, daß die inzwischen eingetretene Teuerung auch eine beträchtliche Entwertung der Gehälter von 400 bis 800 S mit sich gebracht hat.

Zu diesen Steuersätzen und Steuerabzügen kommen auch noch die Abzüge, beziehungsweise Beiträge, die für die Sozialversicherung und die verschiedenen Organisationen entrichtet werden sollen, so daß man sagen kann, daß nahezu ein Drittel des Lohnes oder Gehaltes für Steuern sowie für Sozialversicherungs- und Organisationsbeiträge in Wegfall kommt. Daraus allein ergibt sich schon die Notwendigkeit, weitere Ermäßigungen der Lohnsteuer ins Auge zu fassen und auch ehebaldigst durchzuführen. Für den

Steuerausfall, der dem Fiskus dadurch entsteht, lassen sich bei gutem Willen unschwer andere Steuerquellen ausfindig machen.

Von den Vertretern der Mehrheit in diesem Hause wurde während der Beratungen dieser Vorlage im Finanzausschuß der Versuch gemacht, aus der Frage der Reform der Lohnsteuer eine Kabinettsfrage zu machen, was davon zeugt, daß der gute Wille noch immer nicht vorhanden ist, berechnete Wünsche der Arbeiter und Angestellten zu erfüllen. Wie oft schon wurde den Arbeitern und Angestellten, weil sie sich ja in einer sehr schwierigen Lage befinden und beim Wiederaufbau die größten Opfer tragen, das Versprechen auf Hilfe und Erleichterung gegeben. Aber bei der Einlösung solcher Versprechen mangelt es immer wieder an der nötigen Einsicht und es bedarf nicht selten erst des Druckes und der Anwendung äußerster Kampfmittel der Arbeiter, um die Erfüllung selbst bescheidener Wünsche durchzusetzen.

Wir sehen in dem vorliegenden Gesetz einen Erfolg der Kampftentschlossenheit der Arbeiter und Angestellten, aber gleichzeitig auch nur einen ersten bescheidenen Anfang für weitere Verbesserungen und Erleichterungen in dieser Beziehung.

Wir stimmen und stimmten diesem Gesetzentwurf zu unter Aufrechterhaltung der in meinen Ausführungen gemachten Vorbehalte. Wir stimmen zu, weil wir es nicht verzögern wollten, daß diese Ermäßigungen den Arbeitern und Angestellten noch in diesem Jahr zugutekommen, und weil man uns sagte, daß der Mehrerlös aus der Lohnsteuer für soziale Zwecke, zum Beispiel zur Bekämpfung der Tuberkulose und anderer Volkskrankheiten und teils auch zur Verbesserung der traurigen Lage unserer Sozialrentner Verwendung finden wird.

(Während vorstehender Ausführungen hat Präsident Dr. Gorbach den Vorsitz übernommen.)

Abg. Prinke: Hohes Haus! Der heutige Bericht des Herrn Finanzministers zum Voranschlag 1947 hat uns in erschreckender Eindringlichkeit das furchtbare Erbe aufgezeigt, das wir, die Republik Österreich, von den Nationalsozialisten übernommen haben. Regierung und Parlament haben nicht allein für den Aufbau der zerstörten Betriebsstätten, der zerstörten Wohnhäuser zu sorgen, sondern es fällt ihnen auch die Verpflichtung zu, für den Neuaufbau der Sozialversicherung, die bekanntlich auf allen Gebieten passiv ist, zu sorgen. Sie haben Vorsorge zu treffen für eine ausreichende wirklich soziale Fürsorge. Not und Elend sind in

den Kreisen der österreichischen Arbeiterschaft besonders groß, auch die Krankheiten haben stark zugenommen. Dafür ausreichend vorzusorgen, daß Not und Elend gemildert werden, sind Regierung und Parlament verantwortlich. Das Erbe, das wir von den Nationalsozialisten übernommen haben, brachte uns leere Kassen und eine ungeheure Schuldenlast.

Aber nicht genug damit, wir entnehmen den heutigen Ausführungen des Herrn Finanzministers, daß Österreich bisher eine Last von 3'6 Milliarden an Besatzungskosten getragen hat, also mehr als das Budget für das Jahr 1947 in seinen Gesamtausgaben vorsieht. Wenn wir diese Dinge berücksichtigen und uns sagen, daß bis heute kein Mensch sagen kann, wie die Entwicklung weitergehen wird, dann muß auch bedacht werden, daß wir alle Anstrengungen machen müssen, um unsere Wirtschaft wieder aufzubauen. Neben der ungeheuren Belastung, die dem Staate erwuchs, ist auf der anderen Seite eine starke Verarmung im österreichischen Volke eingetreten, die nicht nur durch die Wertfestsetzung Mark auf Schilling 1 : 1'5 und später wieder die Festsetzung 1 : 1, sondern hauptsächlich durch die Ernährungsverhältnisse ihre Begründung findet. Die Krise in unserer Ernährung zwang doch viele, ihr letztes Besitztum, ihren letzten Schmuck und ihre letzten Kleidungsstücke zu veräußern, um sich einige Lebensmittel im Schwarzhandel einzuhandeln, um leben zu können. Alles das ist an dieser Verarmung mit schuld.

Wir haben Vorsorge zu treffen, weil im Zusammenhang mit dieser Not auch eine Angleichung der Preise und Löhne an die Weltmarktpreise erfolgen muß. Wir befinden uns jetzt in einem solchen Entwicklungsstadium, wo eine allgemeine Anpassung der Gehälter und Löhne durchgeführt wird; wir müssen daher dafür sorgen, daß zum Beispiel eine Ausgabe, die durch Gewährung von Teuerungszulagen bei den Staatsbediensteten, für die Arbeiter und Angestellten des Bundes entstanden ist und die allein einen Betrag von rund 250 Millionen Schilling beansprucht hat, auch eine Bedeckung im Haushalt des Staates findet. Wir dürfen bei allen Finanzmaßnahmen, die wir treffen, nicht vergessen, daß wir unser Hauptaugenmerk darauf lenken müssen, eine wirkliche Stabilität der Währung zu erzielen. Alle sind wir uns wohl klar darüber, daß, wenn durch irgendwelche Finanzmaßnahmen die Währung in Gefahr kommt und wir in eine Inflation hineinschlittern, in erster Linie der kleine Mann, der Arbeiter und Angestellte, der kleine Gewerbetreibende der Leidtragende sein wird. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Aus dieser Erwägung heraus müssen wir alle uns gestellten Aufgaben auch betrachten, und muß auch das Gesetz, das heute hier zur Beratung steht, nach diesem Gesichtspunkt geprüft werden. Wir tragen nicht nur die Verantwortung dafür, daß der Staatshaushalt nicht gefährdet wird, sondern wir haben auch, soweit dies im Rahmen des Menschenmöglichen liegt, Vorsorge zu treffen, daß wir alle sozialen Einrichtungen erhalten und weiter ausbauen, die notwendig sind, um die Kraft des arbeitenden Volkes von Österreich zu erhalten. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Kein Mensch kann, wie schon gesagt, voraussehen, wie sich die Dinge in der nächsten Zeit entwickeln werden, und es handelt sich jetzt daher auch nicht darum, daß die einzelnen Parteien in einem Lizitationsverfahren ihre Forderungen in die Welt hinausschreien, sondern es geht in erster Linie darum, daß wir uns darüber klar sind, daß hier in diesem Hause nicht eine Partei, sondern alle drei Parteien, so wie sie in der Regierung vertreten sind, die Verantwortung für dieses Österreich zu tragen haben. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

Wenn heute der Abgeordnete Honner davon gesprochen hat, daß die Lösung der Frage der Lohnsteuerermäßigungen im Finanzausschuß zu einer Frage des Kabinetts gemacht wurde, ja sogar mit einer Kabinettskrise gedroht wurde, dann stehen wir als Österreichische Volkspartei auf dem Standpunkt, daß auch wir Forderungen stellen, und wenn Sie wollen, auch die Aufhebung der Einkommen- und der Lohnsteuer fordern können. Wenn Sie in der Lage sind, die Verantwortung dafür zu tragen, daß dadurch nicht der Staat in Gefahr gebracht wird und ein Zusammenbruch vermieden wird, wenn Sie andere Einnahmen zu nennen in der Lage sind, die imstande wären, diesen Fehlbetrag wirklich abzudecken — wir sind bereit, allem die Zustimmung zu geben.

Die Ermäßigungen erfordern beiläufig den Betrag von rund 70 Millionen Schilling vom österreichischen Staatshaushalt. Dies sind natürlich nur ganz rohe Schätzungen, die hier angestellt werden können. Es wurde heute schon darauf hingewiesen, daß die derzeitige Energiekrise und die Kohlenknappheit viele Betriebe zu Betriebsstillegungen zwingen. Dadurch entfallen natürlich dem Staatshaushalt wesentliche Einnahmen, denn wenn die Arbeiter keinen Lohn empfangen, kann keine Lohnsteuer abgezogen werden; ebenso entfällt auch für diese Zeit die Zahlung der Einkommensteuer von den selbständig Erwerbenden. Der Staatshaushalt muß natürlich mit allen solchen Dingen rechnen.

Bei der Unsicherheit der heutigen Verhältnisse mußte daher im Finanzausschuß und im Unterausschuß ein Weg gesucht werden, der als gangbar oder tragbar bezeichnet werden kann, der aber auch den gerechten Forderungen der arbeitenden Menschen Rechnung trägt. Unserer Verantwortung, die wir als Österreichische Volkspartei in diesem Staate tragen, bewußt, haben wir uns im ehrlichen Bestreben, uns mit den anderen Parteien zu finden, an die Arbeit gemacht. Wir wissen, daß es keine ideale Lösung ist, die wir gefunden haben. Wir sind uns bewußt, daß dieses Gesetz nur eine Teillösung ist und daß es weiterer eingehender Beratungen bedürfen wird, um wirklich die Ideallösung für die Zukunft zu finden. Es ist uns aber auch klar, daß eine andere Lösung im augenblicklichen Zeitpunkt nicht möglich war. Wenn wir die Erleichterungen, die durch diese Novelle gebracht werden, einer eingehenden Betrachtung unterziehen, dann können wir sagen — dies ist heute hier schon geschehen und ich kann es mir daher ersparen, diese Dinge zu wiederholen —, daß diese Novelle den arbeitenden Menschen eine fühlbare, starke Erleichterung bringen wird.

Wenn ich in diesem Zusammenhang darauf verweise, daß die Österreichische Volkspartei für dieses Gesetz stimmen wird, dann betone ich, daß wir auch in Zukunft bereit sind, weitere Wege zu suchen und zu finden, die den arbeitenden Menschen auch weiterhin Erleichterungen bringen. Voraussetzung jedoch ist, daß auch alle anderen die gleiche Verantwortung übernehmen wie wir, damit der Staatshaushalt nicht durch irgendwelche Finanzmaßnahmen einer Gefährdung ausgesetzt wird.

Wir haben uns in erster Linie auch dagegen gewehrt, daß im Prinzip die Familienerhalter in den höheren Gehaltsstufen für den Ausfall irgendwie herangezogen werden oder daß eine Streichung der Familienbeihilfen erfolgen soll. Wir wehrten uns deshalb, weil es gerade in der heutigen Zeit, wo die Erziehung der Kinder besondere Mittel beansprucht, ganz abwegig ist, an dem Prinzip der Familienerhalter und der Kinderbeihilfen irgendwie zu rütteln. Im Gegenteil, wir denken daran, gerade den Gedanken der Familienerhalter in unserer Sozialgesetzgebung einer stärkeren Würdigung zu unterziehen. Es wäre daher ungerecht, im Zusammenhang mit der Lohnsteuerermäßigung diesen Grundsatz irgend-

wie aufzugeben. (Zwischenruf bei den Sozialisten: Das hat niemand verlangt!) Es wurde verlangt; in den einzelnen Vorschlägen ist dieser Gedanke wiederholt aufgeworfen worden. Wir sind, wie ich schon sagte, bereit, auch über weitere Ermäßigungen zu sprechen, wir sind aber nicht bereit, uns dazu herzugeben, uns mit Argumenten, die hingeworfen werden in der Absicht, irgendwie Verwirrung zu stiften und den Staatshaushalt und damit unser Vaterland Österreich in Gefahr zu bringen, herumzuschlagen. Wenn Sie mit uns bereit sind, jederzeit auch die Verantwortung zu tragen, nicht nur wenn es sich darum handelt, diese Verantwortung in einem Ausschuß zu übernehmen, sondern wenn Sie auch in der Öffentlichkeit und Presse dokumentieren, daß Sie gleich uns bereit sind, mit aller Kraft für Österreich, unser Vaterland, einzutreten, werden Sie auch immer die Österreichische Volkspartei bereit finden, für alle berechtigten Wünsche und Forderungen aller Schichten des Volkes einzutreten. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

*

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf mit der vom Berichterstatter vorgeschlagenen Änderung in zweiter und dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Präsident Dr. Gorbach unterbricht die Sitzung um 13 Uhr 15 Minuten. — Nach Wiederaufnahme um 15 Uhr 35 Minuten:)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Im Einvernehmen mit den Parteien schlage ich vor, gemäß § 31 der Geschäftsordnung und Artikel 32 des Bundes-Verfassungsgesetzes einen Bericht der Bundesregierung in geheimer Sitzung entgegenzunehmen. Die Abstimmung über einen derartigen Antrag hat bereits unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattzufinden.

Ich ersuche daher die Herren Ordner des Hauses, mit Unterstützung der Beamten und Angestellten des Hauses die Räumung der Galerien vorzunehmen.

Zu diesem Zweck unterbreche ich die Sitzung auf 10 Minuten.

(Die Sitzung wird um 15 Uhr 40 Minuten unterbrochen.)

*

Protokoll

über die geheime Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich
am Dienstag, dem 29., und Mittwoch, dem 30. Oktober 1946.

V. Gesetzgebungsperiode.

Vorsitzende:

Präsident Leopold Kunschak,
Präsident Johann Böhm,
Präsident Dr. Alfons Gorbach.

Protokollführer:

Parlamentsdirektor Sektionschef Dr. Josef Pultar.

Auf der Ministerbank:

Bundeskanzler Ing. Leopold Figl,
Vizekanzler Dr. Adolf Schärf,
Bundesminister für Inneres Oskar Helmer,
Bundesminister für Justiz Dr. Josef Gerö,
Bundesminister für Unterricht Dr. Felix Hurdes,
Bundesminister für soziale Verwaltung Karl Maisel,
Bundesminister für Finanzen Dr. Georg Zimmermann,
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Josef Kraus,
Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. h. c. Eduard Heinel,
Bundesminister für Volksernährung Dr. Hans Frenzel,
Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung Dr. Peter Krauland,
Bundesminister für Verkehr Vinzenz Übeleis,
Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung Dr. Karl Altmann,
Bundesminister ohne Portefeuille Alois Weinberger,
Staatssekretär im Bundesministerium für Inneres Ferdinand Graf,
Staatssekretär im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung Franz Rauscher.

Auf der Bank der Regierungsvertreter:

Sektionschef Dr. Josef Sommer des Bundeskanzleramtes.

Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Karl Gruber befand sich auf einer Vortragsreise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Beginn der Sitzung am 29. Oktober 1946 um 15 Uhr 45 Minuten.

Nach Entfernung der Zuhörer beschließt das Haus einstimmig, zur Entgegennahme eines Berichtes der Bundesregierung die Öffentlichkeit auszuschließen.

Präsident **Kunschak** erteilt sodann dem Bundeskanzler Ing. Figl das Wort.

Hernach sprechen Bundesminister für Justiz Dr. Gerö, Bundesminister für Volks-

ernährung Dr. Frenzel und Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Kraus.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die geheime Sitzung um 17 Uhr 45 Minuten unterbrochen und die Fortsetzung auf Mittwoch, den 30. Oktober 1946, 14 Uhr, anberaumt.

*

Fortsetzung am 30. Oktober 1946.

Präsident Dr. **Gorbach** eröffnet die Sitzung um 14 Uhr 5 Minuten und erteilt dem Bundesminister für Inneres **Helmer** das Wort.

Hierauf sprechen Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. **Heinl** und Bundesminister für Verkehr **Übeleis**.

Die Abgeordneten Ing. **Raab**, **Scharf** und **Fischer** bringen folgenden

Resolutionsantrag

ein:

„Der Nationalrat nimmt die aufschlußreichen Eröffnungen des Herrn Bundeskanzlers und der übrigen Mitglieder der Bundesregierung über die Lage Österreichs zur Kenntnis und anerkennt die Arbeit der Regierung, die unter den größten Schwierigkeiten geleistet wird.

Der Nationalrat erwartet von der Regierung eine außenpolitische Orientierung, die durch gleicherweise freundliche Beziehungen mit allen Alliierten uns der vollen Souveränität näherbringt.

Der Nationalrat fordert die Bundesregierung auf, ihre Bemühungen insbesondere im Hinblick auf folgende Ziele fortzusetzen:

1. Die Herstellung der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs im Sinne der Moskauer Deklaration sowie die Sicherung der Einheit unseres Landes.

2. Beendigung der militärischen Besetzung.

3. Schutz der Demokratie mit allen daraus entspringenden Rechten.

4. Sicherung der heimischen Produktion für den inländischen Bedarf und Aufhebung aller wirtschaftlichen Beschränkungen für den in- und ausländischen Warenaustausch.

5. Überführung der von den Besatzungsmächten besetzten Betriebe und Produktionsstätten in die Verfügungsgewalt der österreichischen Bundesregierung.

6. Zur wirtschaftlichen Existenzsicherung ist für die Anerkennung des österreichischen Eigentums der Stand vom 12. März 1938 durchzusetzen.

7. Rückführung des gesamten österreichischen Gold- und Devisenschatzes zur Deckung unserer Währung.

8. Ermöglichung der Wiederherstellung der Währungsbasis 1938.

9. Die eheste und vollständige Rückführung der österreichischen Kriegsgefangenen aus allen Ländern.

10. Die Repatriierung der versetzten Personen; bis dahin Unterstellung derselben unter die österreichische Gerichtsbarkeit.

11. Die Aufnahme Österreichs in die internationale Organisation der Vereinten Nationen.

Die Freiheit, Lebensfähigkeit und Sicherheit Österreichs ist ein Beitrag auf dem Wege zum allgemeinen Frieden. Der Nationalrat appelliert an alle freien Völker sowie an die Regierungen und Parlamente der Welt, Österreich die Freiheit zu geben und die Voraussetzungen für die Sicherung der Existenz und des Unterhaltes des Volkes zu schaffen. Helft, Österreich wieder frei und lebensfähig zu gestalten!“

*

Es sprechen die Abgeordneten **Fischer**, **Scharf** und **Rainer**.

Sodann wird der Resolutionsantrag einstimmig angenommen.

Nach Verlesung durch den Schriftführer Abg. **Grubhofer** und Genehmigung wird auf Vorschlag des Präsidenten **Kunschak** die Veröffentlichung dieses Protokolls beschlossen.

Der Präsident schließt die geheime Sitzung um 17 Uhr 15 Minuten und teilt mit, daß er nach 10 Minuten die unterbrochene öffentliche Sitzung wieder aufnehmen wird.

Schluß der Sitzung am 30. Oktober 1946 um 17 Uhr 15 Minuten.

Kunschak

Präsident

Dr. Pultar

Protokollführer.

Fortsetzung der öffentlichen Sitzung am 30. Oktober 1946.

Präsident **Kunschak** nimmt die unterbrochene öffentliche Sitzung um 17 Uhr 30 Minuten wieder auf und erklärt die Protokolle der letzten Sitzungen als genehmigt.

Eingelangt ist folgendes Schreiben des Bundeskanzlers Ing. Figl vom 22. Oktober 1946:

„Der Herr Bundespräsident hat mit Entschließung vom 21. Oktober 1946 über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Karl Gruber, mich mit dessen Vertretung beauftragt.“

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.“

Präsident: Zur Beantwortung der dringlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Migsch und Genossen hat der Herr Bundesminister Dr. Heindl das Wort.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. h. c. Heindl: Hohes Haus! Ich möchte vorerst um die Erlaubnis bitten, daß ich eine Angelegenheit, die im Zusammenhang mit der dringlichen Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Migsch steht, hier erörtere. Es betrifft den Artikel „Der Ausverkauf Österreichs“ in der gestrigen Nummer der „Österreichischen Volksstimme“, der sich mit dem Handelsverkehr Österreichs mit der Schweiz befaßt und der in Bern erschienenen Monatsstatistik des Außenhandels der Schweiz entnommen sein soll. Danach hätte Österreich 247 Tonnen Garne und Gewebe aus Wolle und Baumwolle exportiert und nur 49 Tonnen Rohmaterial aus der Schweiz importiert. Ich habe daher das zuständige Warenverkehrsbüro, beziehungsweise dessen Kontrollabteilung ersucht, mir auf kurzem Weg einen Bericht über die Angelegenheit zu geben.

An Hand der dem Österreichischen Warenverkehrsbüro zur Verfügung stehenden Unterlagen wurde festgestellt, daß bis Ende September 1946 folgende Mengen und Werte in Wolle, Baum- und Zellwolle, Garnen und Geweben nach der Schweiz exportiert wurden: Baumwoll- und Zellwollgarne aus dem Veredlungsverkehr 90'3 t im Wert von 877.900 S, Kammgarnstoffe 3'1 t im Wert von 158.190 S, Havelockstoffe 3'8 t im Wert von 136.758 S, Filze 0'2 t im Wert von 12.294 S — zusammen 97'4 t im Wert von 1.185.142 S. Davon entfallen auf den Lohnveredlungsverkehr Zellwolle, Woll- und Baumwollgarne sowie sonstige Textilien im Wert von 904.000 S. Dem-

gegenüber beträgt der Einfuhrwert aus Veredlungsgeschäften 2.597.000 S, das heißt, wir haben aus der Schweiz Wolle und Baumwolle um zirka 2'6 Millionen Schilling bezogen und daraus im Inland Garne und Stoffe im Lohn erzeugt. Von diesem Endprodukt haben wir die veredelte Ware im Wert von rund 1'2 Millionen Schilling in die Schweiz reexportiert. Aus dem Gesagten ergibt sich also per Saldo ein Einfuhrüberschuß zugunsten Österreichs im Wert von 1.411.858 S.

Es wird angenommen, daß die in der „Volksstimme“ mitgeteilten Ziffern überwiegend aus Lohnveredlungsgeschäften des Landes Vorarlberg stammen, welche nach Mitteilung des Österreichischen Warenverkehrsbüros direkt über die Vorarlberger Warenverkehrsstelle abgewickelt worden sind und im Augenblick nicht überprüft werden können, da diese Stelle erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit der Kontrolle des österreichischen Warenverkehrsbüros unterstellt wurde. Die verhältnismäßig niederen Einfuhrziffern der Schweizer Statistik dürften nur die Lohnquote betreffen, die im Inland verbleibt und die überdies kaum voll erfaßt worden sein kann, da sie meist im nachhinein abgerechnet wird.

Zum Exportüberschuß nach der Schweiz im allgemeinen ist zu bemerken, daß der volle Einfuhrgegenwert im Hinblick auf die langen Lieferfristen, insbesondere bei Fertigerzeugnissen, Maschinen und Apparaten, naturgemäß erst in einem viel späteren Zeitpunkt statistisch zum Ausdruck kommen kann.

Ich möchte dazu folgendes sagen: Derartige Artikel, wie sie in der „Volksstimme“ des öfteren erschienen sind, bringen naturgemäß eine kolossale Unruhe in die Bevölkerung. Ich würde daher bitten — und stelle mein Amt voll und ganz zur Verfügung —, daß man sich vorher über die Dinge informiert und daß die Artikel erst dann losgelassen werden, wenn wirklich etwas zu kritisieren ist. Aber nicht von vornherein nur Kritik loslassen, und dann stellt sich heraus, daß an der ganzen Geschichte wenig oder gar nichts wahr ist. Das ist in der heutigen Zeit so gefährlich, daß ich alle drei Parteien bitte, davon Abstand zu nehmen.

Nun komme ich zur Beantwortung der Interpellation.

Präsident: Ich habe dem Herrn Minister die Zustimmung gegeben, daß er auf diesen Artikel Bezug nehme, obwohl er sich nur zur Beantwortung der dringlichen Anfrage des Abgeordneten Dr. Migsch zum Wort gemeldet hat. Ich möchte feststellen, daß es

nicht ein Präzedenzfall ist, daß der Minister hier gegen Zeitungen polemisiert. Wenn aber solche Dinge aufscheinen und die Notwendigkeit besteht, eine Richtigstellung vorzunehmen, so steht den Herren Abgeordneten das Interpellationsrecht zu und die Herren Minister haben die Möglichkeit, durch Interpellationsbeantwortung im Sinne der Geschäftsordnung die Angelegenheit zu klären.

Ich bitte den Herrn Minister Dr. Heindl fortzusetzen.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. h. c. Heindl: Die Herren Abgeordneten Dr. Alfred Misch und Genossen haben in der Sitzung des Nationalrates vom 9. Oktober dieses Jahres eine Interpellation über den Versorgungsstand mit gewerblichen Bedarfsgegenständen und über das Bewirtschaftungssystem eingebracht.

In Beantwortung dieser Interpellation muß ich zunächst mein Ressort gegen den Vorwurf verteidigen, als hätte es sich mit der Schaffung legislativer Grundlagen für die Warenbewirtschaftung übermäßig viel Zeit gelassen. Ich selbst war es, der bereits im Mai 1945 einen entsprechenden Gesetzentwurf der damaligen Provisorischen Staatsregierung vorlegte, ohne allerdings damals deren Zustimmung gefunden zu haben. Ich habe bereits im November vorigen Jahres einen neuen Entwurf eines Warenverkehrsgesetzes ausarbeiten lassen, der die Billigung der Provisorischen Staatsregierung gefunden hat. Dieser Entwurf wurde an die Alliierten geleitet und im Februar dieses Jahres mit einigen Abänderungswünschen an die Regierung zurückgestellt. Wegen dieser Abänderungsanträge der Alliierten mußte der Entwurf neuerlich der Behandlung durch die gesetzgebenden Körperschaften zugeführt werden, was eine weitere Verzögerung des Inkrafttretens mit sich brachte; so konnte der genannte Gesetzentwurf erst am 24. Juli dieses Jahres verabschiedet werden. Infolge der heute bestehenden Vorschriften konnte er erst am 24. September im Bundesgesetzblatt kundgemacht werden und damit in Kraft treten. Obwohl bis zum letztgenannten Datum noch immer die Möglichkeit von Umänderungen über Initiative der Alliierten bestand, habe ich gleichwohl die Ausarbeitung von Texten für die Verordnungsentwürfe zum Warenverkehrsgesetz veranlaßt. Solche Entwürfe bestehen bereits für die Bewirtschaftung von Leder, Textilien, Eisen, Metallen und Papier. Weiter ist in Vorbereitung ein Gesetz über Altstoffbewirtschaftung und eine Bewirtschaftungsverordnung für Haushaltsartikel. Außerdem sind in Vorbereitung eine Industrieanmeldungs-Verordnung, eine Verordnung über die Auskunftspflicht und ein Gesetz über den

Maschinenausgleich. Über eines allerdings müssen wir uns dabei im klaren sein: Ein Bewirtschaftungssystem mit allen seinen Kosten und Hemmnissen ist nur zu verantworten für lebenswichtige Artikel; bei Luxusartikeln können wir uns eine Bewirtschaftung ersparen.

Wenn nun weiter die Herren Interpellanten behaupten, daß die einschlägigen legislativen Arbeiten über die Bewirtschaftung mit Ausschluß der Öffentlichkeit und vor allem auch der gesetzlichen Vertreter der Arbeitnehmer vor sich gehen, muß ich das zurückweisen; wiederholt wurde die große Öffentlichkeit in Pressekonferenzen über diese Arbeiten informiert; außerdem war bei allen Stadien der Vorbereitung der einschlägigen legislativen Arbeiten, also auch schon bei der ersten Lesung der Verordnungsentwürfe, ein Vertreter der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte namens des Kammertages zugegen und hatte Gelegenheit, sich im weitesten Ausmaß in die Textierung der Entwürfe einzuschalten.

Was dann die legislative Regelung selbst anlangt, so wird eine Vertretung der Arbeiterkammern nicht nur den gemäß den einzelnen Durchführungsverordnungen zu errichtenden Beiräten zugezogen; ich habe auch festgelegt, daß bei den Bewirtschaftungsstellen, wenn diese durch Unternehmerverbände repräsentiert werden, Vertreter der Arbeitnehmerschaft in paritätischer Stärke zur Kontrolle zugezogen werden.

Außerdem habe ich dafür gesorgt, daß im Rahmen der handelspolitischen Arbeitsgemeinschaft für eine Vertretung der Arbeiterkammern sowie des Gewerkschaftsbundes vorgesorgt wurde. Darüber hinaus hat der Ministerrat auf meinen Antrag bereits den Entschluß gefaßt, daß bei der Vorbereitung konkreter Handelsvertragsverhandlungen sämtliche Kammern, also auch die Arbeiterkammern beigezogen werden.

Im übrigen haben über diesen Gegenstand Parteienverhandlungen stattgefunden, in denen über die Details der Angelegenheit Beschluß gefaßt wurde; die Ergebnisse werde ich mir vorlegen lassen.

Was die Frage der beanstandeten Anrechnung von Exportpreisen im Inland anlangt, möchte ich zunächst grundsätzlich folgendes feststellen:

Das Verbot von Preiserhöhungen soll nach Sinn und Zweck seiner Entstehung den Inlandsverbraucher, insbesondere also den inländischen Lohn- und Gehaltsempfänger vor ungerechtfertigten Preiserhöhungen schützen. Dieses Verbot erstreckt sich auf alle bewirtschafteten, das heißt, bezugsbe-

schränkten, und nicht bewirtschafteten Waren, mit einzelnen Ausnahmen, zum Beispiel Kunstgegenstände, Antiquitäten, Schmuck und Juwelen, einzelne Gruppen von Luxuswaren und so weiter. Es findet hingegen mangels eines schutzwürdigen Interesses auf den Warenverkehr Ausländern gegenüber selbstverständlich keine Anwendung.

Um nun die Einhaltung der festgesetzten Inlandpreise sicherzustellen und ungesetzliche Preiserhöhungen zu verhindern, habe ich veranlaßt, daß die oberste Preisbehörde, das ist das Bundesministerium für Inneres, Vorkehrungen dafür trifft, daß für Inlandsgeschäfte allein die gesetzlich zulässigen Preise eingehalten werden. Die Preisüberwachungsbehörden wurden dementsprechend angewiesen.

Eine lückenlose Kontrolle der Einhaltung der gesetzlich zulässigen Preise läßt sich naturgemäß, angesichts der sowohl in personeller wie in materieller Hinsicht sehr beschränkten Mittel der staatlichen Überwachungsstellen nicht so ohneweiteres durchführen. Es wird daher unbedingt notwendig sein, daß die Preisüberwachungsbehörden eine Unterstützung seitens der Öffentlichkeit in einem ungleich höheren Ausmaße erfahren, als dies bisher der Fall war, damit gegen die Anrechnung von Exportpreisen gegenüber den preislich zu schützenden inländischen Konsumenten rücksichtslos eingeschritten werden kann.

Zur wirksamen Bekämpfung von Preisüberschreitungen wird sich ferner auch eine Verschärfung der Bestimmungen des Preisstrafrechtes nicht umgehen lassen. Das in Geltung stehende Bedarfsdeckungs-Strafgesetz vom 24. Oktober 1945 ist für eine wirksame Bekämpfung von Preisübertretungen und des Schleichhandels im Verfahren viel zu langsam. Daher habe ich beim Bundesministerium für Justiz eine Novellierung des Bedarfsdeckungsstrafgesetzes nach der Richtung hin angeregt, daß für besonders krasse Fälle der Preistreiberei, der Zurückhaltung lebenswichtiger Waren, des Schleichhandels und so weiter, ein eigenes beschleunigtes Verfahren (Schnellgericht) festgelegt wird und daß auch für die Fälle, in denen versucht wird, lebenswichtige Bedarfsgegenstände einem Bewirtschaftungsregime zu entziehen, immer der Entzug der Gewerbeberechtigung vorgesehen wird. Dieser meiner Anregung hat das Bundesministerium für Justiz durch Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes, der heute der parlamentarischen Behandlung zugeführt worden ist, Rechnung getragen.

Ich verkenne nicht, daß der Erfolg dieser gesetzlichen Maßnahmen wesentlich davon abhängt, ob es gelingt, trotz des bekannten Personalmangels bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften eine entsprechende Anzahl besonders tüchtiger Staatsanwälte und Richter für das beschleunigte Verfahren in Strafsachen wegen Wirtschaftssabotage bereitzustellen. Eine präventive Wirkung verspreche ich mir aber jedenfalls. Denn wirtschaftliche Saboteure werden unbedingt mit einem harten Zugriff der Staatsgewalt, gegebenenfalls mit dem Ausschluß aus dem Wirtschaftsprozeß rechnen müssen. Daß Parasiten an der Wirtschaft und sonstige, nur auf ihren persönlichen Profit bedachte asoziale Elemente aus dem Wirtschaftsleben so rasch als möglich ausgeschaltet werden, ist wohl das dringende Gebot der Stunde, nicht zuletzt auch im Interesse der realen Unternehmerschaft, deren Förderung und Unterstützung den baldigen Wiederaufbau sehr erheischt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch feststellen, daß es auch notwendig sein wird, die seit längerer Zeit erteilten Gewerbeberechtigungen einer Überprüfung zu unterziehen, weil es sich herausgestellt hat, daß speziell in der Zeit vom April bis September vorigen Jahres in allen Ländern Gewerbeberechtigungen ausgestellt worden sind, und zwar an Personen, die eine solche Gewerbeberechtigung absolut nicht verdienen. Ich werde dem Hohen Hause in dieser Beziehung entsprechende Anträge vorlegen.

Eine weitere Voraussetzung für die lückenlose Kontrolle der Einhaltung der Preisvorschriften ist, daß wir hiebei auch von den Alliierten unterstützt werden, damit der freie Einkauf der Angehörigen der Besatzungstruppen und ihrer Familienmitglieder unterbunden wird. Freieinkäufe der Besatzungstruppen müssen nämlich, soll nicht der Entgüterungsprozeß der Wirtschaft beschleunigt werden, unter den gegenwärtigen Verhältnissen als indirekter Export behandelt werden. Daher muß in diesen Fällen den Verkäufern die Warenabgabe zu Exportpreisen zugestanden werden. Dadurch wird natürlich der Anrechnung von Exportpreisen auch in anderen Fällen Vorschub geleistet. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als bei den Alliierten durchzusetzen, daß die Angehörigen der Besatzungstruppen ihren etwaigen persönlichen Bedarf ausschließlich in besonders für sie eingerichteten Warenhäusern decken, die wiederum ihre Warenbezüge nur unter Kontrolle des österreichischen Warenverkehrsbüros zu Weltmarktpreisen tätigen dürfen.

Schließlich möchte ich noch auf folgendes hinweisen: meines Erachtens ist eine vernünftige Preis- und Lohnpolitik geeignet, die Einhaltung der gesetzlich zulässigen Preise wesentlich zu erleichtern.

Es steht wohl außer Diskussion, daß das Preisstopniveau vom April 1945 durch die inzwischen geänderten Verhältnisse als überholt anzusehen ist. Leider, so scheint es mir, werden daraus die zur Herstellung der Preisklarheit und Preisgerechtigkeit notwendigen Konsequenzen noch viel zu zögernd gezogen. Bitte, ich will damit nicht mißverstanden werden, als ob ich einer überstürzten Angleichung der Stoppreise an die heute weit darüber liegenden Weltmarktpreise das Wort reden wollte. Ich weiß sehr wohl, daß höhere Rücksichten, wie insbesondere auf unsere Währung, eine gewisse Zurückhaltung gebieten. Gleichwohl halte ich aber dafür, daß die Annäherung an die auf dem Weltmarkt herrschenden Preis- und Lohnrelationen gerade deshalb, weil Österreich beim Materialbezug auf das Ausland so sehr angewiesen ist, nicht so weit verzögert werden darf, daß hiedurch das Wiederanlaufen der Produktion ungebührlich verhindert würde. Ja, ich gehe so weit, zu sagen, daß die Wiederherstellung richtiger Preis- und Lohnrelationen als eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen für das Wiederanlaufen unserer Produktion anzusehen ist.

Was tut auf dem Preis- und Lohngebiet heute not? Dem Unternehmer ist der Preis zu gewähren, der ihm die Möglichkeit gibt, darin unbedingt eine Deckung seiner Selbstkosten, also der unerläßlichen Aufwendungen für Material, Löhne, Regien und so weiter zu finden, und der ihm gegebenenfalls einen unter den heutigen Verhältnissen vertretbaren bescheidenen Gewinn erübrigen läßt. Keinesfalls soll dem Unternehmer durch den zugestandenen Preis aber der unter normalen Verhältnissen von ihm in Anspruch genommene Gewinn gewährleistet werden. Mit anderen Worten: die gesetzlich zulässigen Preise müssen so erstellt werden, daß dem Unternehmer die Möglichkeit gegeben ist, seine Produktion ohne Gefährdung der Substanz des Unternehmens aufrechterhalten zu können.

Dem Lohn- und Gehaltsempfänger muß wieder das Entgelt zugestanden werden, durch das ihm die reibungslose Deckung der Lebenshaltung ermöglicht wird. Lohnerhöhungen können also nur in dem Ausmaße in Anspruch genommen werden, als dies die infolge von Preiserhöhungen gesteigerten Lebenshaltungskosten unerläßlich erscheinen lassen. Bedauerlicherweise wird hie-

durch, wie zugegeben werden muß, das Leistungsprinzip vorübergehend beeinträchtigt und die gewünschte Hebung des Lebensstandes vorläufig noch gehemmt. Bei allen diesen Überlegungen muß man schließlich auch bedenken, daß die materiellen Vernichtungen des letzten Krieges von uns noch bezahlt werden müssen. Diese Bezahlung, die ihren sinnfälligen Ausdruck in den Wiederaufbauarbeiten findet, kann naturgemäß, wenn man von Auslandskrediten absieht, nur auf Kosten unseres Lebensstandes, und zwar des Lebensstandes aller, sowohl der Arbeiter, wie der Beamten, der Unternehmer und so weiter, erfolgen. Erst allmählich werden wir in der Lage sein, uns an die Verhältnisse des Jahres 1937 anzunähern.

Die aufgezeigten Wechselwirkungen zwischen Preis und Lohn machen es daher notwendig, daß Preis- und Lohnpolitik aufeinander abgestimmt werden. Das erfordert das engste Zusammenarbeiten zwischen den für die Preis- und Lohnfestsetzung zuständigen Behörden, damit verhindert wird, daß im nachhinein bewilligte Preiserhöhungen, die in einer vorhergehenden Lohnerhöhung begründet waren, den Anlaß zu neuerlicher Lohnerhöhung bieten. Es muß daher in Zukunft grundsätzlich vermieden werden, daß Preis-, wie Lohnerhöhungen mit Rückwirkung genehmigt werden.

Um diesen Grundsatz zu verschärfen, ist bereits vor einigen Wochen ein eigenes Büro für die Koordinierung der Preis- und Lohnpolitik beim Stellvertreter des Vorsitzenden des wirtschaftlichen Ministerkomitees im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung gegründet worden. Ich werde es mir besonders angelegen sein lassen, dahin zu wirken, daß dieses Büro auch tatsächlich den ihm übertragenen Aufgaben gerecht wird. Denn nur auf diese Weise wird es möglich sein, daß der derzeit erreichte Reallohn des Arbeiters nicht geschnitten wird und der Unternehmer den Preis erhält, den er braucht, um seine wirtschaftliche Funktion unter Bedachtnahme auf die Bedürfnisse eines raschen Wiederaufbaues zu erfüllen.

Nicht bestreiten kann ich die Behauptung der Herren Interpellanten, daß Teile unserer Bedarfsgüterproduktion von den Besatzungstruppen in Anspruch genommen werden. Es bewegt sich daher tatsächlich ein nicht unerheblicher Warenstrom unserer gewerblichen Güter außerhalb des Bewirtschaftungssystems und durchbricht die Einhaltung der von uns aufgestellten Verteilungsgrundsätze. Wir sind bemüht, durch

unausgesetzte Verhandlungen mit den Alliierten die schwersten Einbrüche in unsere Produktionsplanung und Verteilung abzuschirmen, zumal bei einer Fortdauer dieser Zustände auch unsere Außenhandelspolitik schwer beeinträchtigt werden müßte.

Daß derartige Schwierigkeiten besonders im östlichen Österreich auftauchen, ist nicht in letzter Linie darauf zurückzuführen, daß das russische Element bisher nicht in der Lage war, unserem Ersuchen, das Warenverkehrsgesetz und damit das österreichische Bewirtschaftungssystem überhaupt bei den von ihm verwalteten Betrieben anzuerkennen, nachzukommen. Die Tragweite dieser Einstellung darf nicht unterschätzt werden; denn derzeit werden von der russischen Besatzungsmacht 169 Betriebe verwaltet, davon 47 in der Eisen- und Metallindustrie, 21 in der chemischen Industrie, 17 in der Textilindustrie, 14 Bauunternehmungen, 13 Unternehmungen der Ölindustrie, 12 Unternehmungen der Nahrungsmittelindustrie, 9 Unternehmungen der Elektroindustrie und so weiter. Solange aber das Bewirtschaftungssystem sich nicht restlos durchsetzen kann, sind Kontrollmaßnahmen gegen den illegalen Warenverkehr äußerst erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Ich erhoffe vom Weitblick der Hohen Besatzungsmächte, daß sie uns ehestmöglich in den Stand setzen werden, unser Bewirtschaftungssystem ungeschmälert zur Geltung zu bringen.

Schwierigkeiten in unserem Versorgungssystem ergaben sich seinerzeit auch aus der Tatsache, daß seitens einzelner Landesregierungen eine selbständige Außenhandelspolitik durchgeführt wurde, wobei im Kompensationsverkehr mit den benachbarten Ländern nicht selten Waren ausgeführt wurden, die vielleicht dem betreffenden Bundesland entbehrlich schienen, bei denen aber in anderen Teilen unseres Staatsgebietes ein dringlicher Bedarf bestand, der nicht gedeckt werden konnte. Erst seit August dieses Jahres kann der gesamte Außenhandelsverkehr nach solchen Gesichtspunkten gelenkt werden, die die Bedarfsdeckung des gesamten Staatsgebietes berücksichtigen.

Das Zurückbleiben unseres Außenhandelsvolumens im Vergleich zu den Jahren nach dem ersten Weltkriege ist auf die historischen Tatsachen zurückzuführen, daß der Entgüterungsprozeß im zweiten Weltkrieg ein unvergleichlich schärferer war, daß sich diesmal die Kriegshandlungen bis in das Innere unseres Landes erstreckten und daß daher auch in der Zeit unmittelbar nach der Besetzung ein stärkerer Abfluß von industriellen Rohstoffen und Ausrüstungsgegen-

ständen nicht zu verhindern war. Alle diese Umstände haben dazu geführt, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau und das Anlaufen der Produktion ungemein verzögert wurde, so daß heute nicht genügend Mengen von Erzeugnissen zur Verfügung stehen, um neben der Deckung des dringlichsten Inlandsbedarfes auch noch Güter für den Warenexport freizumachen.

Ich möchte hierzu einige Zahlen angeben: Heute, anderthalb Jahre nach Einstellung der Kampfhandlungen kann man im Durchschnitt der letzten Monate das Produktionsvolumen der wichtigeren Wirtschaftszweige, gemessen in Prozentsätzen des Produktionsvolumens des Jahres 1937, etwa wie folgt veranschlagen: Wasserkraftstrom 118, kalorischer Strom 82, Steinkohlenförderung 41, Braunkohlenförderung 66, Eisenerz 175, Rohstahl 16, Ziegel und Dachziegel 10, Zement 47,2, Papier 39, Chemie 56, Textilien ohne Lohnverarbeitung 12, Textilien mit Lohnverarbeitung 35. Unsere Textilindustrie leidet bekanntlich nicht nur unter dem Mangel an Facharbeitern, sondern insbesondere unter dem Mangel an Rohmaterial; dieses muß zum überwiegenden Teil aus dem Ausland eingeführt und mit dem Export fertiger Textilwaren bezahlt werden. Daraus erklärt sich die verhältnismäßig starke Belebung unserer Textilindustrie mit Lohnverarbeitungsaufträgen aus dem Ausland.

Trotz dieses wenig erfreulichen Bildes konnten immerhin gewisse Mengen dem inländischen Bedarfsgüterkonsum zugeführt werden.

Ab Jänner dieses Jahres wurden für die Versorgung der Angehörigen lebenswichtiger Großbetriebe, für die Heimkehrer und KZ-Angehörigen bereits ausgegeben:

Wollhaltige Stoffe	481.150 m
Zellwoll- und Kunstseiden-	
stoffe	2.425.100 m
Wirkwaren	236.800 Stück
	und 38.700 kg
Strumpfwaren	1.320.000 Paar
Handschuhe	168.000 Paar
Wolldecken	4.100 Stück
UNRRA-Wolldecken	23.000 Stück
Nähmittel im Werte von . . .	1.278.000 S
Nähmittel für Gewerbe im	
Werte von	314.000 S
Schuhmachergarn	2.922 kg
Sattlergarn	3.400 kg

Für den öffentlichen Bedarf, also für die Angestellten der Post, der Eisenbahn, der übrigen Staatsbetriebe, Gemeindebetriebe und so weiter wurden freigegeben:

Wollhaltige Stoffe	140.160 m
Zellwoll- und Kunstseiden- stoffe	349.980 m
Wirkwaren	35.583 Stück
Strumpfwaren	2.860 Paar
Handschuhe	1.880 Paar
Decken	19.112 Stück

An diversen Kleidungsstücken, einschließlich Arbeitskleidung, wurden an die bedürftigsten Gebiete Österreichs ausgegeben:

in Wien	69.806 Stück
Niederösterreich und Burgen- land	44.970 Stück und 26.577 m Stoff
Steiermark	33.541 Stück und 34.916 m Stoff

An Schuhen konnten ausgegeben werden in den Monaten August und September aus der industriellen Erzeugung:

Straßenschuhe, Männer	36.170 Paar
Straßenschuhe, Frauen	73.820 Paar
Straßenschuhe, Burschen	12.750 Paar
Straßenschuhe, Kinder	82.910 Paar
Arbeitsschuhe, Leder, Männer	65.000 Paar
Arbeitsschuhe, Leder, Frauen	14.000 Paar
Gebirgsschuhe, Männer	19.600 Paar
Gebirgsschuhe, Frauen	5.600 Paar
Summe	309.850 Paar
Außerdem Hilfsstraßenschuhe	50.000 Paar
Gesamtsumme	359.850 Paar

Diese Ziffern erhöhen sich bis Ende dieses Monats auf insgesamt 478.610 Paar Schuhe aus der industriellen Erzeugung, hierzu aus der gewerblichen Erzeugung aus den letzten Monaten 40.000 Paar, zusammen auf 518.610 Paar.

Die Ausgabe der Schuhwaren erfolgte bisher an die arbeitende Bevölkerung und Kinder, erstere unter maßgeblicher Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an wichtige Großbetriebe, öffentliche Bedarfsträger, wie Polizei, Gendarmerie, Eisenbahn und so weiter. Trotz der bevorzugten Versorgung der Arbeiterschaft ist ungeachtet dessen auf Anregung der Arbeiterkammer eine Sonderaktion in Vorbereitung, welche für die Monate November, Dezember und Jänner eine noch stärker begünstigte Zuteilung an Straßen- und Arbeitsschuhen an Personen vorsieht, welche Zusatzkartenbesitzer sind. Wohlfahrtsaktionen, wie UNRRA, sind in obiger Ziffer nicht enthalten.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit etwas über die Frage des Schuhexportes sagen.

Mir ist bisher kein Fall bekanntgeworden, daß Gebrauchsschuhe aus Österreich exportiert wurden. Was Luxuschuhe anlangt, so hat sich vor zirka vier Monaten der Fall ergeben, daß eine Wiener Firma Gold- und Silberchevreauschuhe im Wert von etwa 40.000 S exportiert hat. Die Bewilligung wurde vom Warenverkehrsbüro erteilt. Da es sich um ausgesprochenes Luxusschuhwerk handelt, ist dadurch die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Gebrauchsschuhen nicht benachteiligt worden. Ich möchte dazu sagen, daß diese Schuhe alter Bestand waren. Das in einem Artikel einer Wiener Tageszeitung kürzlich behandelte Schuhexportgeschäft mit der Schweiz befindet sich noch im Stadium der Verhandlungen und ist gar kein Exportgeschäft, sondern ein Veredlungsverkehr. Nach dem bisherigen Verhandlungsstand sollen Schweizer Unterhändler 100.000 Quadrattfuß Oberleder und die entsprechende Anzahl Unterleder und Futterleder liefern und dafür an Stelle von Bezahlung zirka 15.000 Paar Lederstraßenschuhe, hauptsächlich Männerschuhe, erhalten. Aus dem Rest des gelieferten Leders würden für den österreichischen Verbrauch ungefähr 30.000 Paar Männerschuhe resultieren. Eine Ausweitung dieses Geschäftes wird angestrebt. Es handelt sich hier also nicht um ein Exportgeschäft, sondern um einen Veredlungsverkehr, der für Österreich Schuhe bringt, die sonst mangels des erforderlichen Materials nicht erzeugt werden könnten. Selbstverständlich unterliegen alle derartigen Geschäfte der Genehmigung des Warenverkehrsbüros, das sich überdies hierbei mit der zuständigen Bewirtschaftungsstelle sowie mit der Außenhandelsabteilung meines Ressorts in Verbindung zu setzen hat.

Ich darf nun im Anschluß daran etwas über das Verhältnis zwischen unserem Versorgungszustand und unserer Exportpolitik sprechen.

Das bereits vor einigen Monaten in Kraft getretene Gesetz über die Regelung des Außenhandelsverkehrs hat ein allgemeines Ein-, Aus- und Durchfuhrverbot aufgestellt, welches allerdings mehr den Zweck verfolgt, den zuständigen staatlichen Dienststellen die Möglichkeit zu bieten, den Warenverkehr über unsere Grenzen zu kontrollieren. Schon vorher hat im Zusammenhange mit der Tätigkeit des Warenverkehrsbüros eine Zensur der Auslandsgeschäfte im Sinne einer Sicherstellung der inländischen Bedarfsdeckung an Konsumgütern Platz gegriffen. Die Ausarbeitung näherer Richtlinien hierfür steht vor dem Abschluß. Es ist beabsichtigt, nachstehende Artikel einem Ausfuhrverbot zu unterwerfen:

Lebens- und Genußmittel einschließlich Speiseessig, Saccharin, Zucker, Tabak und Tabakwaren, ausgenommen Getränke und Salz; Schlacht- und Stechvieh; tierische Rohstoffe, und zwar Haare, Bettfedern, Blasen und Därme; Steinkohle, Braunkohle, Koks; Erze, ausgenommen Eisenerze; Farb- und Gerbstoffe der Tarifklasse XV; Gummen und Harze der Tarifklasse XVI; Erdöle und deren Derivate der Tarifklasse XVII; alle Textilrohstoffe; Garne aller Art; Gewebe aller Art, ausgenommen Samte, Tülle, Spitzen, Stickerien und Kreppgewebe, Krawattenstoffe; Band-, Flecht- und Posamentierwaren; Wirk- und Strickwaren, ausgenommen hochwertige Kleider, Westen, Kostüme, Schwimmanzüge und ähnliches; technische Artikel aus Textilien; Teppiche, ausgenommen Knüpfteppiche; Filze; Konfektion, ausgenommen Luxuskonfektion; Bürstenbinderwaren der Tarifklasse XXXIII, ausgenommen Waren der Tarifnummer 227/a und 228/c; Flechtwaren der Tarifnummer 234/a und b; Papierzeug; Rotationspapier; Papiersäcke; Kautschuk und Kautschukwaren der Tarifklasse XXVI; Wachstuch und Wachstuchwaren der Tarifklasse XXVII; Rohfelle, Rohhäute; Leder; Sattler- und Riemenwaren; Schuhe, ausgenommen Luxuschuhe; Lederwaren der Tarifnummer 290/b; technische Lederwaren der Tarifnummer 291; Rundholz, Brennholz, Telegraphenholz, Schwellen; Möbel und Haushaltartikel aus Holz, ausgenommen mit Luxuscharakter; Drechsler- und Schnitzstoffe der Tarifnummer 306; Kork, Tarifnummer 308—310; Glas, Email- und Glasurmasse der Tarifnummer 314; Tafelglas, un bearbeitet, der Tarifnummer 321; Guß-, Spiegelglas, unbearbeitet, der Tarifnummer 320; Wärmeschutzmassen der Tarifnummer 337; Gips, ausgenommen Dentalgips; Zement; Kalk; Schleif- und Wetzsteine aller Art; Schleifscheiben; Ziegel; Tonröhren; Ofen, Ofenbestandteile; gewöhnliches Töpfergeschirr; Gebrauchssporzellan; hygienische Stein gutwaren; Roheisen und so weiter der Tarifnummer 365; Draht; Rohre; Eisenfässer; Kochgeschirr; Eßbestecke; Haus- und Küchengeräte; Wagenachsen; Hufeisen; Werkzeuge, landwirtschaftliche, ausgenommen Sensen und Sicheln, Grobwerkzeuge, ausgenommen Preßluftwerkzeuge; Nägel und Drahtstifte; Schrauben; Ketten; Drahtseile; Drahtwaren für Textilindustrie; Nadeln; Schlösser; Beschläge; unedle Metalle und Halbfabrikate; Metalltücher, Siebböden; Armaturen für sanitäre Zwecke, auch Wasser- und Gasleitungsarmaturen; Landmaschinen; Werkzeugmaschinen; Textilmaschinen; Baumaschinen; Dynamomaschinen; Elektromotoren; Elektroinstallationsmaterial; Kabel, isolierte Drähte;

Akkumulatoren; elektrische Kohlen; Automobile; Motoren für Kraftfahrzeuge; elektrische Ausrüstungsgegenstände für Kraftfahrzeuge; Lokomotiven; Waggon; Edelmetalle; Büromaschinen; Uhren aller Art; Chemikalien im Sinne des Chemikalienbewirtschaftungsgesetzes, ausgenommen Wasserstoffsuperoxyd, Salizylsäure, Quecksilber-Haarbeizen, kalziniertes Soda und Chlor, Pottasche, Glaubersalz; Arzneiwaren; Kreide der Tarifnummer 520; Farbwaren der Tarifnummer 522—529, ausgenommen Bleifarben; Ölfirnis; Lackfirnis; Kerzen; Seife; Glycerin; Zündhölzchen; Abfälle der Tarifklasse XLVI.

Nun ist die Handhabung einer Ausfuhrverbotsliste nicht so einfach, wie es scheint. Es gibt eine Dringlichkeitsreihung nicht nur für uns, sondern auch für unsere Vertragspartner. Wenn wir beispielsweise Textilien ausführen müssen, so deshalb, weil wir nur mit dieser Ausfuhr die Einfuhr von Textilrohstoffen, die uns das Inland nicht zur Verfügung stellen kann, ermöglichen und bezahlen können. Es kann nun vorkommen, daß wir einen ausländischen Rohstoff dringend benötigen, daß aber der betreffende Handelspartner als Kompensation sich auf einen von uns ebenfalls zur Inlandsbedarfsdeckung dringend benötigten Artikel kapriziert. Wir werden dann die dafür und dagegen sprechenden Interessen gegeneinander abwägen müssen und dann nach der wirtschaftlichen Logik entscheiden, wenn auch die wirtschaftliche Optik dabei zu Schaden kommt. Ich möchte hier zur Illustration auf ein Ereignis aus der jüngsten Zeit hinweisen, nämlich darauf, daß bei der UNRRA-Hilfe der Anteil unserer Industrie zu Gunsten unseres Ernährungsanteiles zunehmend geschmälert wurde, bis in den letzten Tagen selbst der letzte Rest für die industrielle Hilfe im Wert ausmaß von etwa 25 Millionen Schilling, die für die Bezahlung von Kohle und Werkzeugmaschinen gedacht waren, zugunsten des Weizenimportes geopfert werden mußte.

Die wirtschaftliche Logik ohne Rücksicht auf den Eindruck für oberflächliche Beobachter ist auch auf unsere Außenhandelspolitik anzuwenden. Inlandsversorgung und Export stehen zueinander nicht im Gegensatz sondern sind miteinander auf das engste verknüpft. Wir müssen in irgend einem, wenn noch so bescheidenen Ausmaß auf den Export schon aus dem Grunde bedacht sein, da sonst auf den dritten Märkten die Konkurrenz uns zuvorkommt, womit unsere Chancen für alle Zukunft erledigt wären.

In der allgemeinen Wirtschaftslage nicht begründete Gewinne der Exporteure werden durch die auf Grund des Gesetzes über die

Regelung des Außenhandelsverkehrs geschaffene Ausgleichskasse erfaßt und zur Verbillichung der Übernahmepreise der aus dem Auslande einzuführenden Bedarfsartikel verwendet werden. Die Ausgleichskasse wird ihre Tätigkeit schon in den nächsten Tagen beginnen können. Die Höhe der Abschöpfungen wird nach den bei den einzelnen Exportgüterkategorien sich ergebenden Gewinnmargen abgestuft sein.

Auch für uns in Österreich gilt das Wort: *navigare necesse est, vivere non necesse*, was ich in freier Übersetzung in die Worte fassen möchte: Österreich kann nur leben, wenn es Außenhandel treibt! Daß man dabei nicht übers Ziel schießen darf, ist angesichts des Notstandes unserer Inlandversorgung eine Selbstverständlichkeit. Daher wird in diesen Dingen vor allem die Öffentlichkeit, insbesondere unter Mitwirkung der Kammern, also der Handelskammern, der Landwirtschaftskammern und der Arbeiterkammer eingreifen müssen.

Zum Schlusse möchte ich nun auf die einzelnen Anfragepunkte der Interpellation antworten:

Anfrage 1: Ist der Herr Bundesminister bereit, eine Rohstoff- und Warenbewirtschaftungsorganisation zu errichten, an der alle wirtschaftlich interessierten Faktoren, wie Produzenten, Händler, Konsumenten und Arbeitnehmer sachgemäß beteiligt sind, und dadurch die Gewähr für eine rationelle Produktionsplanung und gerechte Warenverteilung zu bieten? Welche Vorkehrungen wurden auf diesem Gebiete bisher getroffen?

Hierauf antworte ich: Eine Rohstoff- und Warenbewirtschaftungsorganisation unter Beteiligung von Arbeitnehmern und Konsumenten zu errichten, bin ich nicht nur grundsätzlich bereit; ich bin auch faktisch daran, bei der Erlassung der Durchführungsverordnungen zum Warenverkehrsgesetz die Errichtung eigener Bewirtschaftungsstellen vorzusehen, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten sind. Diese Stellen werden die Erfassung der zur Herstellung der Waren erforderlichen Roh- und Hilfsstoffe sowie Fertigerzeugnisse und die Verteilung der letzteren durchzuführen haben. Diese Bewirtschaftungsstellen werden bei der Ausübung ihrer Tätigkeit einer Kontrolle durch Fachbeiräte unterliegen, die sich aus Vertretern der Produzenten, Händler und Konsumenten sowie Arbeitnehmer in paritätischer Zahl zusammensetzen. Über die einzelnen Fragen in diesem Zusammenhang laufen noch Verhandlungen mit den Beteiligten, um hier zu einer einverständlichen Lösung zu gelangen.

Anfrage 2: Ist der Herr Bundesminister bereit, langjährige Bedarfsdeckungspläne für die dringlichsten Güter des täglichen Lebens, wie Kleider, Schuhe und Wäsche, raschestens zu erstellen und so die allmähliche Befriedigung des jahrelang angestauten Bedarfes anzubahnen? Welche Maßnahmen wurden bisher getroffen, um den Saboteuren der Warenbewirtschaftung das Handwerk zu legen?

Hierauf antworte ich: Die Aufstellung langjähriger Bedarfsdeckungspläne ist im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsplanung unter Zuziehung von Vertretern der Arbeitnehmerschaft im Gange. Saboteure der Warenbewirtschaftung werden strengstens verfolgt. Ich muß aber wieder darauf verweisen, daß hier die breiteste Mitarbeit der Öffentlichkeit erforderlich ist, soll der Erfolg ein durchschlagender sein. Ich will hier nicht verschweigen, daß eine große Anzahl von Fällen der Warenhinterziehung und Bewirtschaftungssabotage durch Organe meines Ressorts zur Aufdeckung und Verfolgung gebracht wurde. Bei diesem Anfragepunkt muß ich allerdings einen großen Vorbehalt machen, sowohl was die Wirtschaftsplanung, als auch was die Zurückweisung von Sabotageversuchen anlangt: Wir sind nicht Herr unserer Entschlüsse und sehen oft genug den Erfolg unserer Bemühungen durch Sonderbestimmungen der Hohen Besatzungsmächte in Frage gestellt.

Anfrage 3: Ist der Herr Bundesminister bereit, das nicht zu verantwortende System der „inländischen Exportpreise“ endlich zu beseitigen und die gesetzlich bereits vorgesehene Ausgleichskasse für Export- und Importpreise zu schaffen?

Hierauf antworte ich: Ich habe schon früher erwähnt, daß die Unterbindung der Exportpreise im Inlandverkehr durch Maßnahmen, die ich im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres verfolgte, sichergestellt wird. Die auf Grund des Außenhandelsgesetzes errichtete Ausgleichskasse wird bald in Wirksamkeit treten.

Anfrage 4: Ist der Herr Bundesminister bereit, jene Planung im Außenhandel vorzunehmen, die erforderlich ist, um nach einer entsprechenden Rangreihung der Importe nach Dringlichkeitsstufen den volkswirtschaftlich höchsten Nutzen zu erzielen?

Hierauf antworte ich: Selbstverständlich sind wir bestrebt, unserer Außenhandelspolitik jene Dringlichkeitsstufung im Warenverkehr zu Grunde zu legen, die sich aus unserer allgemeinen Wirtschaftsplanung ergibt. Hierbei soll nicht unerwähnt bleiben,

daß wir in diesem Bestreben vielfach behindert sind, weil wir vom Bedarf und von den Liefermöglichkeiten unserer Vertragspartner abhängig und daher ganz besonders bei den Warenkompensationen nicht immer in der Lage sind, unsere Wünsche so durchzusetzen, daß es unseren Bedürfnissen unter Berücksichtigung deren Dringlichkeit entspreche.

Anfrage 5: Ist der Herr Bundesminister bereit, die gesetzliche Vertretung der Arbeitnehmerschaft zur Mitwirkung an allen wirtschaftspolitischen Fragen heranzuziehen sowie das heute bestehende System des Ausschlusses der Öffentlichkeit energisch zu beseitigen?

Hierauf antworte ich: Ich habe schon wiederholt darauf hingewiesen, daß ich bereit bin, die gesetzliche Vertretung sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer bei der Behandlung aller wirtschaftspolitischen Fragen heranzuziehen. Meinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß ich diesen Gedanken bereits in die Tat umgesetzt habe.

Anfrage 6: Ist der Herr Bundesminister bereit, der Volksvertretung Aufschluß über jene Maßnahmen und Aktionen zu geben, die notwendig sind, um die Zonenwirtschaft und die exterritoriale Wirtschaft endgültig zu überwinden, die wirtschaftliche Einheit und die Verfügungsgewalt Österreichs über die wirtschaftlichen Kräfte des Landes wieder herzustellen?

Hierauf antworte ich: Die Hohen Besatzungsmächte haben in einer Ende Juli dieses Jahres der Bundesregierung zugemittelten Zuschrift festgelegt, daß der durch Kontrollstatut vom 28. Juni dieses Jahres in Aussicht gestellte freie Personen- und Güterverkehr innerhalb unseres gesamten Staatsgebietes nur schrittweise in Kraft gesetzt werden wird; insbesondere wurde in diesem Zusammenhange auf das Inkrafttreten des Warenverkehrsgesetzes und der einschlägigen Durchführungsverordnungen verwiesen. Wir werden daher bei jeder gemäß Kontrollstatut erforderlichen Vorlage unserer Durchführungsverordnungen an die Alliierte Kontrollkommission jeweils die Überleitung der Bewirtschaftungsvollmacht auf die österreichische Verwaltung und damit automatisch die allmähliche Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit des gesamten Staatsgebietes zu erwirken trachten.

Ich bitte, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese meine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Ing. Figl: Hohes Haus! Wir sind heute in ernstester Stunde und angesichts der vielleicht schwierigsten Situation, in der Österreich jemals war, zu einer Beratung zusammengetreten, um dem gesamten österreichischen Volk gegenüber, das in banger Sorge auf uns sieht und von uns Entscheidungen erwartet, zu der Frage Stellung zu nehmen: Werden wir Österreicher diesen schweren Winter überstehen? Die Not ist unerhört groß, größer als in allen übrigen Staaten Europas. Wir haben Hunger im Land, denn wir haben die niedrigsten Rationen in ganz Europa, Rationen, mit denen auf die Dauer nicht gearbeitet und gelebt werden kann. Wir haben keine Kohle, wir mußten sogar bereits den Zugverkehr einstellen, wir haben zu wenig Energiequellen, Licht und Gas sind weitestgehend gedrosselt, und vor allem eines: wir haben kein Brot! Unsere Bevölkerung hat mit einer Geduld ohnegleichen, mit einer aufopferungsvollen Hingabe an ihren Glauben an dieses Österreich bisher alle diese Härten und Nöte ertragen und mit unablässigem Fleiß und mit einer Zähigkeit ohnegleichen, mit zusammengebißenen Zähnen weitergearbeitet. Wir sind nun dort, wo es nicht mehr weitergeht, und die Regierung hat volles Verständnis dafür, daß jeder Österreicher nun die Regierung ruft und und fragt: was tust du, Regierung, um uns aus dieser Not zu helfen?

Der Herr Bundesminister Heisl hat Ihnen eben in zusammenfassender Weise eine Darstellung der Möglichkeiten gegeben, die wir selbst noch haben und die bis zum letzten ausgeschöpft werden müssen, um helfend einzugreifen. Ich darf nun als Chef der Regierung grundsätzlich zu diesen Problemen kurz Stellung nehmen. Wie bereits Kollege Heisl sagte, handelt es sich um drei große Fragenkomplexe der Versorgungslage, die ehestens neu geregelt werden müssen, nämlich um die Ernährungsfrage, die Bekleidungsfrage und die Brennstofffrage, Fragen, deren Lösung insbesondere für die arbeitenden Schichten der Bevölkerung gänzlich unzureichend ist und in denen wir derzeit der weiteren Entwicklung mit schwerster Besorgnis entgegensehen müssen. Wir alle wissen, daß die Hauptschuld an dieser Situation die Auswirkungen des von den Nazi verbrecherisch entfesselten Krieges sind. Aber das Wissen darum allein hilft uns nicht über die Krise hinweg, sondern wir müssen alle Erzeugungsgüter der heimischen Produktion nicht nur in ihrer Aufbringung einheitlich und straff erfassen, sondern sie auch einer unbedingt gerechten Verteilung zuführen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wenn ich hiebei das Schwergewicht auf das

Wort „gerecht“ lege, so tue ich es im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß in erster Linie das arbeitende Volk bei der Verteilung der Versorgungsgüter weitestgehend berücksichtigt und dessen vordringlichster Bedarf gedeckt werden muß. (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Wenn ich auf die konkreten Forderungen der Obmännerkonferenz des Österreichischen Gewerkschaftsbundes eingehe, so kann ich dem Hohen Hause mitteilen, daß die Regierung die Wünsche des Gewerkschaftsbundes in vielen Punkten bereits erfüllen konnte. Gestern hat sich das Haus mit der Reform der Lohnsteuer beschäftigt und die Vorlage zum Beschluß erhoben, womit einem berechtigten Wunsch der Arbeiter- und Angestelltenschaft Rechnung getragen wird, und deren Auswirkung sich bereits mit 1. November einstellen wird.

Zur wirksamen Bekämpfung von Saboteuren der Wirtschaft hat der Herr Justizminister gestern einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Schaffung von Schnellgerichten vorsieht. Menschen, die aus der Not des Volkes sich persönlich bereichern wollen, müssen auf kürzestem Wege der härtesten Bestrafung zugeführt werden. (Lebhafter Beifall.)

Zu dem Bedarfsdeckungsstrafgesetz, das sich nicht ganz der gegenwärtigen Zeit anpassen kann, sind Vorschläge zur Reformierung eingebracht worden. Der Herr Justizminister wird eine Novellierung dieses Gesetzes sofort in die Wege leiten, damit sich das Haus schon in seinen nächsten Sitzungen damit beschäftigen kann.

Die Regierung wird alles daransetzen, daß das Kontrollabkommen vom 28. Juni, das die Einheit ganz Österreichs vorsieht, von dem Buchstaben des Übereinkommens in die Tat umgesetzt wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Eine erfolgreiche Lösung ist eine der notwendigsten Voraussetzungen für das einheitliche Wirtschaftsgebiet Österreichs. Uneingeschränkter und ungehinderter Waren- und Personenverkehr, also Wegfall jeder Zoneneinteilung, ist ein absolutes Gebot der Stunde.

Die vom Gewerkschaftsbund geforderte Ausgleichskasse zur Verbilligung der Einfuhr aus den Exporterlösen ist bereits geschaffen, und wie Herr Bundesminister Heinsieben ausgeführt hat, in Wirksamkeit getreten. Die Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterkammer und der übrigen Kammern an der Vorbereitung der Handelsvertragsverhandlungen hat der Ministerrat vor 14 Tagen bereits zum Beschluß erhoben. Ich habe das Außenamt des Bundeskanzleramtes beauf-

tragt, alles vorzubereiten und auf kürzestem Wege durchzuführen, damit die Handelspolitische Kommission wieder ins Leben gerufen wird. Es ist also allen drei Kammern, somit auch der Arbeiterschaft, die Möglichkeit geboten, an den Vorbereitungen der Handelsverträge und allen damit zusammenhängenden Fragen schon im Vorbereitungsstadium teilzunehmen.

In einer gemeinsamen Beratung mit den Vorständen der Gewerkschaftskonferenz haben wir Sofortmaßnahmen ausgearbeitet, die Ihnen zum Teil vorgelegt worden sind und in einigen Punkten noch in den nächsten Sitzungen werden vorgelegt werden. Das dringlichste Problem ist die Regelung der Ernährungsfrage. Bezüglich der Erfassung und Ablieferung heimischer Agrarprodukte sind über Auftrag des Herrn Landwirtschaftsministers seit Montag früh Kommissionen auf dem Lande tätig, um von Dorf zu Dorf die Ablieferung zu kontrollieren. (Allgemeiner Beifall.) Diese Kommissionen bestehen aus Vertretern des Getreidewirtschaftsverbandes, des Viehwirtschaftsverbandes, des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes und des Kartoffelwirtschaftsverbandes, und diese Organe haben in jeder Bezirkshauptmannschaft mit dem Vertreter des Bezirksernährungsamtes unter Beiziehung von Gendarmen systematisch von Dorf zu Dorf die Ablieferung zu kontrollieren. Diese Kommissionen haben Montag früh in drei Bezirken, und zwar in den Bezirken Tulln, Mistelbach und Korneuburg, ihre Tätigkeit aufgenommen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Ich habe mit dem Herrn Landwirtschaftsminister ausdrücklich vereinbart, daß der Bezirk Tulln, dem ich entstamme, und der Bezirk Mistelbach, der Heimatbezirk des Herrn Landwirtschaftsministers, als die ersten kontrolliert werden. Die ersten Ergebnisse der Kontrollberichte sind heute eingelangt, und es konnte festgestellt werden, daß bei all denen, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachgekommen sind, die entsprechenden Quantitäten sofort sichergestellt und zur Ablieferung gebracht wurden. Diese laufenden Kontrollen gehen von Tag zu Tag systematisch weiter, um alle Gemeinden zur Ablieferung zu verhalten.

Im Zusammenhang damit darf ich aber auch mitteilen, daß die Bundesregierung die Herren Landeshauptleute für den 7. November zu einer Besprechung eingeladen hat, um das vorbereitete Lebensmittelaufbringungsgesetz in die Tat umzusetzen. Dieses Gesetz bedarf noch einer verfassungsrechtlichen Klarstellung, die die Frage der Kompetenz der Landeshauptleute berührt, und daher sind die Landeshauptleute zu der erwähnten

Konferenz gebeten worden. Das Haus wird sich bereits in der nächsten Sitzung mit dem Lebensmittelaufbringungsgesetz beschäftigen können.

In der Frage der Ernährung möchte ich noch eines feststellen: Ich habe am 15. August in Donawitz in einer Versammlung anlässlich des Anblasens des ersten Hochofens vor Tausenden von Arbeitern erklärt, ich habe die gute Hoffnung, daß die Regierung sehr bald, und noch vor dem Winter in der Lage sein wird, die Kaloriensätze zu erhöhen. Es ist dann über diese Erklärung viel gesprochen und geschrieben worden, weil sie nicht unmittelbar danach in die Tat umgesetzt werden konnte, was nicht an der Bundesregierung sondern an Momenten lag, deren Behebung nicht von unserer Entscheidung abgehängt hat, wie zum Beispiel an dem Mangel an Schiffen infolge Hafenarbeiterstreiks in Übersee. Ich stelle hierzu ausdrücklich fest, daß ich nach wie vor an dieser Erklärung vom August in Donawitz festhalte; wir haben begründete Hoffnung, daß wir in aller kürzester Zeit die Kaloriensätze auf 1550 werden erhöhen können. (Starker Beifall.) Damit wird sich die Lebensmittelversorgung noch lange nicht ideal gestalten, aber sie wird sich zumindest einigermaßen an den Standard unserer Nachbarländer angleichen.

Neben der Lebensmittelfrage sind es die Fragen der Sicherung unserer Bekleidung, die Sicherung der Verteilung von Leder, Textilien, Möbeln, Haushaltsgeräten und vor allem die Brennstoffversorgung, bei denen dringendste Sofortmaßnahmen erforderlich sind. Für die Bewirtschaftung und Verteilung dieser vorgenannten Waren bestehen bereits Bewirtschaftungsstellen, die dem Handelsminister über seine zuständige Abteilung unterstellt sind und sich bei den Handelskammern befinden. Bei jeder dieser Bewirtschaftungsstellen wird nun ein Beirat eingerichtet, der aus Vertretern der Handelskammern, der Landwirtschaftskammern und der Arbeiterkammern besteht. Die Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird paritätisch sein. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Aufgabe dieses Beirates ist es, sich über alle Maßnahmen zu informieren und sie zu beraten.

Dem Geschäftsführer der die Bewirtschaftung führenden Fachgruppe wird ein Mitglied des Beirates, das von der Arbeiterkammer entsendet ist, derart beigeordnet, daß alle vom Geschäftsführer der Fachgruppe vorgenommenen Verfügungen an seine Zustimmung und Mitzeichnung gebunden sind. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Ferner wird ein Bewirtschaftungszentralbeirat geschaffen, der ebenfalls von Vertretern der drei Kammern beschickt wird. Seine Aufgaben sind, für die nötige Koordinierung der Arbeit der im vorigen Punkt genannten Beiräte, Geschäftsführer und Bewirtschaftungsstellen zu sorgen, sich über die Strafpraxis der im Zusammenhang mit den vorgenannten bewirtschafteten Waren zu Strafverfügungen berufenen Stellen zu informieren und auf generelle und individuelle Maßnahmen Anregungen vorzubringen. Die Geschäftsführung dieses Bewirtschaftungszentralbeirates besorgen zwei Geschäftsführer, von denen einer von der Handelskammer und einer von der Arbeiterkammer bestellt wird. Sie sind an kollektive Handlungsweise gebunden. Der Zentralbeirat, die unteren Beiräte und alle Geschäftsführer sowie der gesamte andere Bewirtschaftungsbeirat unterstehen den Weisungen des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau.

Es ist aber weiter klar, daß neben diesen aufgezeigten fünf Bewirtschaftungskategorien, Leder, Textilien, Haushaltsgegenstände, Möbel und Brennmaterial, noch in einigen anderen Punkten Maßnahmen zu ergreifen sind. Vor allem wird es notwendig sein, in der Holzbewirtschaftung, in den Produktivbetrieben und in der Sicherstellung der Warenvorräte, damit sie nicht eine widersprechende Verwendung finden, Maßnahmen zu ergreifen. Die Bundesregierung wird auch in diesen Fragen mit den zuständigen Stellen die bereits begonnenen Verhandlungen fortführen, um sie raschestens zum Abschluß zu bringen und auch diese Frage einer einheitlichen Lösung zuzuführen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch erwähnen, daß der bereits geschaffene Planungsbeirat vom Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung einberufen werden wird, um an der Lösung dieser Fragen maßgeblich mitzuwirken.

Neben allen diesen Wirtschaftsfragen werden die Landeswirtschaftsämter neu geordnet. Sie werden von Verfügungen im Produktionsprozesse bis zum Endprodukt ausgeschaltet. Ihr Aufgabenkreis wird beschränkt auf die Verteilung der Fertigprodukte an den letzten Verbraucher. Den Landeshauptleuten wird empfohlen werden, bei den Landeswirtschaftsämtern einen Beirat zu schaffen, der bei der Verteilung der Letztprodukte dieselben Aufgaben zu besorgen hätte, die den Zentralbeiräten zugeteilt sind.

Besonders wichtig ist die Neuordnung der Exportquote, die für jene Waren, für die eine Bewirtschaftung auf Grund des Warenverkehrsgesetzes eingerichtet ist, nur durch

die zur Bewirtschaftung zuständigen Stellen festgelegt werden darf.

Aus allen diesen Maßnahmen der Bundesregierung sehen Sie, daß alles daran gesetzt wird, um die Sicherstellung jener Warenvorräte, die für die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung notwendig sind, zu garantieren und deren Verteilung so zu ordnen, daß sowohl die Produzenten wie auch vor allem die werktätige Bevölkerung selbst die Möglichkeit der Kontrolle haben. Heute geht es nicht um Wirtschaftssysteme, heute geht es darum, über diese schwere Krise hinwegzukommen. Und wenn im Rahmen unserer Maßnahmen da und dort Institutionen geschaffen oder Regelungen festgelegt wurden, die im Programm der einen oder anderen Wirtschaftsgruppe grundsätzlich nicht begrüßt werden, so möchte ich von dieser Stelle aus an Sie alle appellieren: Stellen wir gegenwärtig alle diese Fragen zurück, bis wir wieder in der Lage sind, ohne solche einschneidende Maßnahmen Ernährung, Bekleidung und Brennstoffversorgung der Bevölkerung in jenem ausreichenden Maße zur Verfügung zu stellen, daß niemand hungern und frieren muß. Dann können wir ohne weiteres uns wieder theoretisch über Wirtschaftssysteme unterhalten. Und dies ist auch mein Appell an die gesamte Bevölkerung Österreichs.

Ich bitte das Hohe Haus um Genehmigung unserer Vorschläge und ich bitte Sie alle, gleichgültig welcher Partei Sie angehören, sich zu diesem Programm zu bekennen, weil wir hoffen, daß wir damit doch über die schlimmste Krise hinwegkommen werden. Ich sage ausdrücklich: weil wir hoffen. Denn die Voraussetzung dafür, daß dieses Programm Erfolg hat, ist, daß jeder einzelne Österreicher an seiner Verwirklichung mitarbeitet, daß sich jeder einzelne Österreicher seiner ungeheuren Verantwortung für ganz Österreich — und das ist schließlich ja auch sein eigenes Schicksal — bewußt ist und daß jeder einzelne Österreicher rücksichtslos und mit allen Mitteln gemeinsam mit der Regierung und den Behörden alle Durchstechereien dieser gemeinsamen Lebensnotwendigkeiten verhindert und bekämpft. (Zustimmung.) Es darf in diesem Winter nicht vorkommen, daß der eine nichts arbeitet und isst und der andere schwer arbeitet und hungert. (Allgemeiner starker Beifall.) Wir werden rücksichtslos durchgreifen. Die Bevölkerung und vor allem Sie, meine verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, müssen in dieser Frage mit der Regierung gehen. Wir können niemals gegeneinander, sondern immer nur miteinander aus dieser Not herauskommen.

Ich bitte das Hohe Haus, diese meine Erklärung zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

*

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Pittermann beschließt das Haus, über die Erklärung des Bundeskanzlers die Debatte zu eröffnen. Sie wird gemäß dem Vorschlag des Präsidenten mit Zustimmung des Hauses in einem mit der Debatte über die Interpellationsbeantwortung des Bundesministers Dr. h. c. Heinl abgeführt.

Abg. Koplenig: Hohes Haus! Die Beantwortung der Anfrage der sozialistischen Abgeordneten Migsch und Genossen durch den Herrn Bundesminister Heinl und die anschließende Erklärung des Herrn Bundeskanzlers berühren wohl die wichtigsten Fragen, die gegenwärtig vor Österreich und damit auch vor dem Nationalrat stehen. Die Arbeiterschaft und weiteste Kreise unserer Bevölkerung haben erwartet, daß aus diesem Anlaß eine umfassende Erklärung der Regierung erfolgen würde, in der die Ursachen der gegenwärtigen Lage und die Maßnahmen aufgezeigt werden, die vorgesehen sind, um den bevorstehenden schweren Winter zu überwinden. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß beide Erklärungen in keiner Weise die Erwartungen befriedigen, mit denen heute die breiten Massen erfüllt waren. Diese Erklärungen sind vielmehr der Ausdruck dafür, daß man weiter eine Politik des Fortwurstelns betreiben will und nicht entschlossen ist, energische Schritte zur Linderung der Not der Bevölkerung, der Städte und der Industrieorte zu tun.

Die Forderungen der Arbeiter nach ausreichenden Löhnen, nach einer Sicherung der Versorgung mit Kohle für Industrie und Hausbrand, nach Schuhen, Kleidern, Strümpfen und schließlich vor allem nach einer halbwegs ausreichenden Ernährung sind dringende Forderungen, mit denen sich die Regierung und das Parlament zu beschäftigen haben. Die beiden Erklärungen, die wir soeben gehört haben, haben zur Befriedigung gerade dieser Forderungen keine genügenden Anhaltspunkte ergeben. (Zwischenrufe.)

Meine Partei steht auf dem Standpunkt, daß sofort rasche und energische Maßnahmen zur Linderung der Not der städtischen Bevölkerung notwendig sind (Ruf bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei: Siehe die 17.000 Paar Schuhe!), daß aber die Voraussetzung zu diesen Maßnahmen ein Abgehen von der gegenwärtigen Politik des Abwartens und des Fortwurstelns ist (Zwischenrufe), daß somit eine grundlegende

Änderung der Politik notwendig ist, wie wir sie jetzt seit beinahe einem Jahr in Österreich beobachten.

Vor einem Jahre wurde eine Lebensmittelration von 1500 Kalorien zur Verteilung gebracht, heute sind es nur mehr 1200, und von einer zur anderen Versorgungsperiode wartet man mit Bangen darauf, ob auch diese weit unter dem zum Leben unbedingt notwendigen liegende Menge verfügbar sein wird. Vor einem Jahre konnte sich der Arbeiter um seinen Lohn noch das nötigste kaufen; heute ist der Reallohn durch die unaufhörlichen Preissteigerungen so weit gesunken, daß ein Teil der Arbeiter nicht einmal mehr die aufgerufenen Lebensmittel für sich und seine Familie erstehen kann. Dies sind Tatsachen, die beweisen, daß sich die Lage in diesem Jahr verschlechtert hat. (Abg. Altenburger: Laßt unser Öl da!) Vor einem Jahr verkehrten die Eisenbahnen, es gab Kohle für die Industrie, heute aber haben wir weder einen Eisenbahnverkehr noch Brennstoff für die Industrie, und vom Hausbrand ist so gut wie keine Rede. (Rufe: Auch viele Maschinen sind weggeführt worden! Auch die Lokomotiven sind weg!) Mit dieser einzigen Argumentation werden Sie auf die Dauer nicht auskommen, denn schließlich wird das Volk sagen: dazu, daß man nur sagt, man kann nichts machen, dazu haben wir euch nicht gewählt! (Rufe: Wenn es mit Worten allein geht, dann sind Sie sehr tüchtig! Man müßte halt Ihre Zeitung abonnieren!)

Zu dieser bedeutenden Verschlechterung der Wirtschaft Österreichs haben weder die Herren Minister noch der Herr Bundeskanzler etwas Wesentliches gesagt. Vor allem fehlt jede Klarheit über die Absichten der Regierung zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung. Es geht nicht an, daß man nur Telegramme schickt und auf Schiffe wartet, es muß auch das wirklich Notwendige getan werden, um die Erzeugnisse dieses Landes selbst den Verbrauchern zur Verfügung zu stellen! Nach Einbringung der Ernte ist keine Besserung der Lebensmittellage eingetreten, obwohl es an der Zeit gewesen wäre, daß sie erträglicher wird. Im Gegenteil, die Lage verschlechtert sich, ohne daß dafür eine Rechtfertigung vorhanden wäre.

Der Herr Bundeskanzler hat in einer Arbeiterversammlung in Donawitz eine Erhöhung der Rationen nach der Ernte versprochen. Heute wurde wieder versprochen. (Ruf von Seite der Österreichischen Volkspartei: Ist nicht wahr! — Ruf bei den Kommunisten: Also war das kein Versprechen heute?! — Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Nein, das ist ganz deutlich ge-

sagt worden! — Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Ing. Raab: Sie leben nur von der Hetze! — Der Präsident gibt neuerlich das Glockenzeichen. — Ruf bei den Kommunisten: Wozu dann diese Erklärungen, wenn sie kein Versprechen bedeuten? — Andauernde Zwischenrufe.)

Präsident: Das Wort hat nur der Herr Abgeordnete Koplenig!

Abg. Koplenig (fortsetzend): Es wurde damals ganz sicher versprochen und dieses Versprechen wurde mit der neuen Ernte in Zusammenhang gebracht (Ruf: Wer hat die Kartoffel erfrieren lassen?), aber diejenigen, die damals diesen Versprechungen Glauben schenkten, sind schwer enttäuscht worden. Über die Aufbringung der Ernte wissen wir heute nichts, denn wenn der Herr Bundeskanzler vor einiger Zeit erklärt hat, daß 60 Prozent der ablieferungspflichtigen Mengen abgeliefert wurden, so wissen wir heute noch nicht, wie diese 60 Prozent eigentlich errechnet wurden, wer abgeliefert hat, was abgeliefert wurde und wie viele Tonnen diese 60 Prozent eigentlich sind. Und das ist das Entscheidende, was die Bevölkerung wissen will.

Das System der Geheimniskrämerei in der Ernährung ist außerordentlich schädlich, und solange es besteht, wird man sich immer über den Mangel an Ablieferungsfreudigkeit der Bauern und über die Unruhe der Bevölkerung beschweren, die ein Recht hat, zu wissen, was eigentlich im Land erzeugt wird. Wir sind der Meinung, daß es notwendig ist, öffentlich in den Gemeinden, Bezirken, Ländern und im ganzen Bundesgebiet bekanntzugeben, was der Ernteertrag ist, wieviel vorgeschrieben und wieviel abgeliefert wurde. (Zwischenrufe.) Das muß jeder Bauer auf der Anschlagtafel der Gemeinde lesen können, das muß jeder Österreicher aus der Presse und im Rundfunk erfahren können. (Zwischenruf bei der Österreichischen Volkspartei: Ja, wieviel weggeführt wurde! Dann werden Sie nicht mehr so einfach argumentieren können!) Diese Kontrolle ist notwendig. (Ruf: Sehr richtig, aber auch über das, was hinausgeht! — Erregte Zwischenrufe. — Große Unruhe. Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Es ist nicht einzusehen, warum dieses einfache System bis heute nicht angewendet wird, denn es würde ja die Möglichkeit geben, daß die Bevölkerung selbst die Richtigkeit der Angaben und die Ablieferung überwachen kann. Eine solche Teilnahme der Bevölkerung an der Sicherung der Ernährung ist aber offenbar jenen unerwünscht, die aus der Sabotage der Ernährung Profite ziehen und

unsere Wirtschaft dadurch desorganisieren. Der Krebschaden unseres Versorgungswesens ist, daß der eigene Ertrag der Wirtschaft überhaupt nicht in Betracht gezogen wird, daß kein Plan besteht, um die Lebensmittelversorgung im Lande zu sichern. Die Publizität ist aber in diesen Dingen ausschlaggebend. Geheimniskrämerei, wie wir sie bis jetzt haben, fördert nur den Schleichhandel und hemmt die Ablieferung.

Für jedermann ist es klar, daß die gegenwärtig bestehenden Normen der Lebensmittelzuteilung erhöht werden müssen. Das gilt nicht nur für die Industriegebiete Wien und Niederösterreich, sondern das gilt auch für alle Städte in Österreich. Wir haben ja heute einen solchen Zustand, daß die Bevölkerung auch in Tirol und Vorarlberg keine Butter zu Gesicht bekommt, obwohl der Viehstand in diesen Ländern heute höher ist als vor dem Kriege. Es handelt sich nicht einfach darum, daß nichts vorhanden ist, sondern darum, daß das System der Erfassung und Verteilung der Lebensmittel absolut unzureichend ist und weder Ernährungsdirektorium noch Ernährungsinspektoren eine wesentliche Besserung herbeiführen können.

Es wird gegenwärtig davon gesprochen, Beiräte bei den Körperschaften zu schaffen, Vertreter der Arbeiterkammer in einzelne Wirtschaftsstellen zu setzen oder selbst aus ihren Reihen neue Beamte zu ernennen. Es genügt aber nicht, den bürokratischen Apparat weiter zu ergänzen oder auszubauen, neue Vorschriften zu erlassen, sondern heute heißt es, die Bevölkerung zur Mitarbeit bei der Aufbringung der Lebensmittel heranzuziehen und offen gesagt, eine Kontrolle auszuüben, die nicht durch die Wirtschaftsverbände durchgeführt werden soll, die bisher versagt haben, deren Versagen heute in der Öffentlichkeit allgemein bekannt ist, deren Versagen selbst in Ihrem Organ „Die Wirtschaft“ wiederholt aufgezeigt wurde. Eine solche Kontrolle durchzuführen, das ist doch eine Verhöhnung der Forderungen der Bevölkerung und der Arbeiter nach Kontrolle! (Zahlreiche Zwischenrufe.) Dort, wo, wie in Teilen der Steiermark, in Bezirken und Gemeinden Versorgungsausschüsse geschaffen wurden, haben diese Versorgungsausschüsse wesentlich zur Verbesserung der Lebensmittellage beigetragen. (Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Bei Eurer Partei, da wird es besser sein!) Ja, Sie wollen Ihre Wirtschaftsverbände, das verstehen wir. Sie wollen Ihre Wirtschaftsverbände als Kontrolle! Da würden wir den Bock zum Gärtner machen! (Andauernde Zwischenrufe. — Lärm. — Ruf: Was ist mit den Erdäpfeln?)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe!

Abg. Koplenig (fortsetzend): In den Bezirken Leoben und Donawitz wurden bei 65 Kaufleuten 100.000 Kilogramm Lebensmittel, die nicht angemeldet waren, darunter 16.000 Kilogramm Weizenmehl, 9000 Kilogramm Mais, 1 Tonne Fett und Öl ausfindig gemacht. Vierzehn Tage lang konnten die Kinder aller Schulen von Leoben, Göß und Donawitz, sowie die Insassen der Altersheime mit den so vorgefundenen Lebensmitteln versorgt werden. In einer einzigen Bäckerei hat der Bezirksversorgungsausschuß Leibnitz 8000 Kilogramm unangemeldetes Mehl gefunden, während die Inhaberin des Geschäftes das Brotbacken wegen angeblichem Mehlmangel verweigert hatte. Dank der Tätigkeit der Versorgungsausschüsse in Obersteiermark haben verschiedene Kaufleute nicht weniger als 14 Waggons Mehl den Behörden angemeldet. Ich könnte noch viele derartige Ziffern anführen — wieder Beweise, daß es in Österreich Mittel und Wege gibt, um die Lebensmittelversorgung zu verbessern, wenn man an die Bevölkerung appelliert und sie zur Mitarbeit heranzieht. (Zwischenrufe.) Wir möchten mit allem Nachdruck betonen, daß die Vertreter der Bauernschaft an den Versorgungsausschüssen aktiven Anteil haben sollen, damit der Erfolg ihrer Arbeit wirklich gesichert ist. Diese Versorgungsausschüsse können Ungerechtigkeiten korrigieren, und sie haben in vielen Fällen dazu beigetragen, vor allem die Ungerechtigkeit gegenüber den Kleinbauern im Gegensatz zu den Großbauern bei den Lebensmittelablieferungen . . . (Zwischenrufe.)

Hören wir auf mit den leeren Versprechungen, mit dem Jonglieren mit Prozenten, mit tatenlosen Worten. Wir haben in Österreich Mittel und Wege, um die Lebensmittellage zu verbessern, wenn wir eine grundlegende Änderung in der politischen Einstellung zu diesem Problem erreichen. Wir können bei uns in Österreich eine Reihe von Maßnahmen treffen, um die eigenen Mittel in Anwendung zu bringen. Es steht außer Zweifel, daß wir auf eine viel stärkere Hilfe vom Ausland rechnen könnten, wenn wir darauf hinweisen könnten, was wir im Lande selbst bereits Konkretes getan haben. Sicher ist es notwendig, daß wir Lebensmittel nach Österreich einführen, um bis zur nächsten Ernte existieren zu können, aber die gesamte internationale Lage und die Situation, in der sich Österreich befindet, machen es notwendig, daß zur Sicherung der Lebensmitteleinfuhr ernsthafte und weittragende Handelsverträge mit den Staaten abgeschlossen werden, die

Lebensmittel liefern können und bereit sind, unsere Waren jetzt oder später als Gegenwert entgegenzunehmen. Wir warnen vor der Illusion, daß uns irgendeine ausländische Macht aus reinem Wohltätigkeitsgefühl Millionen Tonnen Lebensmittel schenken wird, und wir wollen hoffen, daß diesmal unsere Warnung mehr Gehör findet, als es bisher leider der Fall war.

Damit kommen wir zum Problem des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft überhaupt. In jedem Land, wo ernstlich am Wiederaufbau gearbeitet wird, war das erste Problem, mit dem man sich beschäftigt hat, die Kohlenversorgung. So war es in allen Ländern, in Frankreich, in Polen und in der Tschechoslowakei, denn dort hat man verstanden, daß es ohne Kohlenproduktion keinen industriellen Wiederaufbau gibt, keine industrielle Produktion, keine Energie, und ohne industrielle Produktion gibt es auf die Dauer auch kein Brot für die Bevölkerung. (Ruf: Das ist kein befreites Land!) Österreich war stets ein Land mit großen Brennstoffschwierigkeiten, aber immerhin haben wir im Jahre 1937 250.000 Tonnen Steinkohle und 3 Millionen Tonnen Braunkohle produziert. Heute erreicht die Kohlenproduktion in Österreich nicht einmal 60 Prozent dieses Standes, und das bei wirklich übermenschlichen Leistungen der österreichischen Bergarbeiter, die bei miserabler Verpflegung und Bezahlung ohne entsprechende Arbeitskleidung und oft ohne Schuhe ihre schwere und gefährliche Arbeit leisten. Die Umstände, unter denen in Österreich heute Kohle produziert wird, sind eine erschütternde Anklage gegen die verantwortlichen Leiter unserer Wirtschaft. Aber selbst bei vollständiger Ausnützung der Kohlenschätze im eigenen Land können wir selbstverständlich nicht ausreichend versorgt werden. (Ruf von Seiten der Österreichischen Volkspartei: Grünbach ist ja nicht weit!) Wir brauchen die Einfuhr von Steinkohle für unsere Industrie und für die Eisenbahn, wir brauchen Braunkohle für eine Reihe von sonstigen Betrieben unserer Wirtschaft. Gegenwärtig erhält Österreich Steinkohle aus dem Ruhrgebiet, wo die Produktion im ständigen Sinken begriffen ist und infolgedessen auch die Kohlenzuteilung an Österreich ständig sinkt. Wie aber steht es mit der Kohlenzufuhr aus Polen, der Tschechoslowakei und Ländern, die auch früher die stärksten Kohlenlieferanten für Österreich waren? Bis zum Eintritt der kalten Jahreszeit wurde der Abschluß des Handelsvertrages mit Polen verschleppt, des Handelsvertrages, der uns den Steinkohlenbedarf decken könnte (Zwischenrufe), und bis heute sind die Lieferungsver-

träge, die den Handelsvertrag ergänzen müssen, nicht abgeschlossen worden. Der Bundesminister Dr. Heintl erklärt, daß die Schwierigkeiten des Abschlusses darin bestehen, daß es uns an Kompensationswaren fehle. Aber warum fehlt es uns an Kompensationswaren? (Zwischenruf: Weil wir keine haben!) Weil für diese Kompensationswaren vielleicht Weintrauben aus Italien eingetauscht werden oder weil sie in die Schweiz wandern, wo sich die Herren Industriellen ausländische Bankkontos anlegen, von denen Österreich nichts hat! (Lebhafte Zwischenrufe und Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Die Statistiken geben genau Auskunft — nicht die österreichischen, denn dort hat man verschiedenes zu verschleiern und zu vertuschen.

Gestatten Sie mir, einige Einzelheiten über die Umstände anzuführen, wie der Abschluß des Handelsvertrages mit Polen verschleppt wurde. Im Mai wurde bereits über den Handelsvertrag mit Polen verhandelt, aber es kam damals zu keinem Abschluß, weil zu jener Zeit die Kohle in Österreich noch durch das frühere ostmärkische Kohlensyndikat verteilt werden sollte, in dem die Riesenkonzerne der Ruhrindustrie und die Firma Schoeller maßgebenden Einfluß hatten. Erst während der Verhandlungen mit Polen wurde auf Grund der Einwände, die von polnischer Seite gegen diese einzigartige Organisation erhoben wurden, die Umbildung der österreichischen Kohleneinfuhrsgesellschaft eingeleitet. Schließlich kam es zum Abschluß eines Handelsvertrages über eine Summe von 75 Millionen Schilling, der im besten Fall als ein kleiner Kompensationsvertrag angesehen werden kann, aber nicht als der Handelsvertrag, den wir mit diesem Kohlenlieferanten brauchen. Es wurde auch wiederholt öffentlich darauf hingewiesen, daß keine Liefertermine festgesetzt worden sind und daß die nötigen Kompensationswaren von österreichischer Seite nicht sichergestellt wurden. Man kann schließlich von den ausländischen Kohlenlieferanten nicht verlangen, daß sie Österreich Kohle liefern, ohne in der nächsten Zeit oder in der weiteren Zukunft eine Zusage für irgendwelche Gegenlieferungen zu bekommen.

Mit der Tschechoslowakei, dem zweiten Kohlenlieferanten, haben wir noch keinen Handelsvertrag. Dort fehlen wahrscheinlich auch die Kompensationswaren. (Zwischenruf: Die haben ja selber zu wenig Kohle!)

Am 22. Oktober veröffentlicht das tschechoslowakische Korrespondenzbüro den Wochenbericht über die tschechoslowakische Einfuhr. Dort heißt es, daß in der Berichtswoche

142 Waggon Salz in einem Gesamtgewicht von 2.272 Tonnen aus der Sowjetunion eingeführt werden sollen. Für diese 2.272 Tonnen Salz, die dieser Wochenbericht erwähnt, könnten wir 10.000 Tonnen Braunkohle bekommen. Tausende Tonnen Salz warten in Oberösterreich auf den Verkauf, und unser natürlicher Absatzmarkt in der Tschechoslowakei geht unterdessen verloren. Schlagendere Beweise einer katastrophalen Handelspolitik, die Ursachen der riesigen Kohlen-schwierigkeiten sind, brauche ich nicht anzuführen. Für österreichisches Salz kann man nicht nur tschechische Kohle sondern auch andere Produkte bekommen. Was ist das Hindernis eines solchen Abschlusses? (Zwischenrufe: Das wissen wir!) Darüber habe ich nichts gehört. Darüber reden Sie nichts. Darüber haben Sie auch heute nichts geredet. (Zwischenruf: Weil das jeder weiß! — Andauernde Zwischenrufe.) Weil das jeder weiß? Andere Dinge weiß man auch und trotzdem wird es immer und immer wiederholt. Von solchen Dingen redet man eben nicht gerne, von solchen Dingen schweigt man lieber. (Zwischenruf: Dafür reden Sie! Erzählen Sie!) Ein großer Teil unserer Waren geht in Länder, wie in die Schweiz, nach Italien und Schweden, sowie in die Vereinigten Staaten, ohne daß wir jedoch Kompensationsgüter von dort bekommen. Vor allem könnten wir von dort noch Leder, Kohle und andere Rohstoffe erhalten, die wir für unsere Industrie so dringend brauchen. Der Herr Minister Heidl hat Ziffern angegeben, wonach aus der Schweiz angeblich mehr importiert wird, als Österreich in die Schweiz exportiert. In diesem Zusammenhang muß ich nun nochmals auf die Monatsstatistik des Außenhandels der Schweiz im Monat September hinweisen, eine Statistik, die, wie auch in den „Vorarlberger Nachrichten“ vom 25. Oktober veröffentlicht wurde, ausweist, daß Österreich allein im September 15.868 Tonnen Waren im Werte von 4.642.700 Schweizer Franken in die Schweiz ausgeführt hat. Ausgeführt wurden Baumaterialien, Bretter, 150.000 Kilogramm Garn, 48.000 Kilogramm Gewebe, 29.000 Kilogramm Kammgarn und anderes. Allein der Wert dieser Waren betrug 700.000 Schweizer Franken. Im gleichen Monat hat die Schweiz nach Österreich, sage und schreibe, 1.480 Tonnen Waren geliefert, also nicht einmal den zehnten Teil der von uns gelieferten Warenmenge. Der Wert der Schweizer Lieferungen betrug knapp über 2 Millionen Schweizer Franken, so daß Österreich in einem Monat um 25 Millionen Schweizer Franken mehr Waren in die Schweiz ausgeführt hat, als von dort eingeführt wurde. Sonderbar ist der

Widerspruch zwischen den Zahlen des Herrn Bundesministers Heidl und den Angaben der Schweizer Außenhandelsstatistik. (Ruf: In Ihrem Konzept ist ein Widerspruch! — Heiterkeit.) Man kann dies wohl nur so erklären, daß unser Handelsministerium dieser Frage bisher entweder überhaupt sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat oder daß unser Handelsministerium nicht weiß, was in Österreich geschieht, was ins Ausland exportiert wird, oder aber es weiß es und unsere Statistik gibt nicht die Wahrheit wieder, was in Wirklichkeit geschehen wird. (Ruf: Darum fragt den Haslinger! — Heiterkeit. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Wir verfügen über keine Angaben über Italien, Holland, Schweden, die Vereinigten Staaten und andere Länder, wohin der Export in der gleichen Art betrieben wird; aber man geht gewiß nicht fehl, wenn man annimmt, daß es überall das gleiche ist wie bei unserem Warenaustausch mit der Schweiz: erstens, daß nur ein kleiner Teil unseres Exportes durch die österreichische Statistik erfaßt wird, und zweitens, daß unvergleichlich mehr Waren ausgeführt werden, als wir aus dem Auslande erhalten.

Der Massenexport nach dem Westen ohne jede Kompensation kommt faktisch einem wirtschaftlichen Ausverkauf gleich und ist keineswegs eine zufällige Erscheinung. Dieser Ausverkauf tritt noch klarer in Erscheinung, wenn man bedenkt, daß die österreichischen Waren zum angenommenen Dollarkurs von 10 S gleich 1 Dollar abgegeben werden. Dieser Kurs ist auch eine der Hauptursachen, warum man uns immer wieder von der Notwendigkeit der Angleichung an die Weltmarktpreise spricht. Hätten wir aber die gleiche Dollarparität wie vor der Annexion Österreichs, nämlich 1 Dollar gleich 3'60 S, dann wäre dieser angenommene Kurs für unsere Wirtschaft unvergleichlich günstiger. (Zwischenrufe.)

Der Massenexport nach dem Westen ist ein Ausdruck jener Wirtschaftspolitik, die als eine würdige Ergänzung der Außenpolitik der Westorientierung alles tut, um Österreich von seinen natürlichen Wirtschaftspartnern im Donaubecken und im Südosten Europas abzuschneiden. (Ruf: Sie sollen uns nicht abschließen!)

Wir betreiben keine Aufbaupolitik des Außenhandels, sondern es herrscht eine völlige Anarchie auf dem Gebiete des Außenhandels, und nur ein geringer Teil der ausländischen Geschäfte wird vom Warenverkehrsbüro erfaßt.

Was wir brauchen, ist eine österreichische Wirtschaftspolitik, die planmäßig österreichi-

sche Interessen vertritt und nicht die machtpolitischen Interessen ausländischer Kapitalistengruppen und die egoistischen Interessen der mit ihnen verbundenen österreichischen Großunternehmer. (Ruf: Und keine politischen Erpressungen!)

Der Planlosigkeit und der Fehlorientierung im Außenhandel entspricht die Planlosigkeit der industriellen Produktion im Lande. Rohstoffe werden exportiert statt verarbeitet, und dort, wo Rohstoffe verarbeitet werden, werden Dinge daraus gemacht, die wir nicht brauchen können. Holz, das wir dringend benötigen, wird für alle möglichen unnützen Dinge verwendet. (Zwischenrufe.) Statt Haushaltsgegenstände erzeugt man Kerzenleuchter; Holzhäuser werden für den Export fabriziert und aufgestapelt, aber in Österreich wohnen Arbeiter in Erdlöchern. Obwohl die Verwendung elektrischer Heizkörper verboten ist, werden sie in einer Massenproduktion auf den Markt geworfen. Mehr Beispiele brauche ich wohl nicht anzuführen.

Ohne eine Planung der Wirtschaft, ohne eine Lenkung der Produktion können wir weder den inneren Markt noch den Außenhandel entsprechend in die Wege leiten. Aber in der österreichischen Wirtschaft gibt es keinen Plan, und der größte Teil der in Österreich produzierten Waren wird überhaupt nicht erfaßt. Niemand kann uns genau Auskunft geben, wieviel in Österreich wirklich produziert wird.

Aber wir haben bestimmte Anhaltspunkte, aus denen wir Schlüsse ziehen können, welche Mengen an Waren in Österreich wirklich erzeugt werden. Nach einer Mitteilung des Finanzministers sind in den ersten neun Monaten dieses Jahres etwa 240 Millionen Schilling an Lohnsteuer eingegangen. Wenn man annimmt, daß diese Summe nur 10 Prozent der in Österreich ausbezahlten Löhne und Gehälter darstellt, bedeutet dies, daß in neun Monaten dieses Jahres 2,400 Millionen Schilling an Löhnen und Gehältern ausgezahlt wurden. Ziehen wir davon die Personalausgaben der Staatsbeamten mit 900 Millionen Schilling und sonstige Löhne und Gehälter für nicht im Produktionsprozeß Beschäftigte mit 400 Millionen Schilling ab, so verbleibt eine Summe von 1,100 Millionen Schilling, die an die in der Produktion tätigen Arbeiter und Angestellten ausbezahlt worden sind. Die gesamte Warenproduktion in Österreich muß natürlich weit höher sein als die Summe der ausgezahlten Löhne, da im Preis der Waren ja auch der Wert der Rohstoffe und die Gewinnspanne des Unternehmers enthalten sind.

Von dieser Riesensumme wissen wir nur, wohin Waren für 100 Millionen Schilling ge-

gangen sind: das ist die ungefähre Summe der österreichischen Ausfuhr. 50 Millionen Schilling nach den Angaben des Warenverkehrsbüros und etwa die gleiche Summe für die Ausfuhr in die Länder, die hinter dem Rücken des Warenverkehrsbüros vor sich gegangen ist.

Niemand kann behaupten, daß die auf den Markt gelangten Waren auch nur annähernd die Riesensumme erreichten, die in die österreichische Produktion hineingesteckt würde. Es sind Waren für mindestens eine Milliarde Schilling in Österreich erzeugt worden, und niemand weiß, was es für Waren sind, wohin sie geraten und für wen sie bestimmt sind.

Das Blatt des Arbeiter- und Angestelltenbundes der Österreichischen Volkspartei „Die Freiheit“ schätzt den Wert der Gesamtproduktion Österreichs auf ein Drittel der Friedensproduktion, das ist auf 2 Milliarden Schilling. Da aber von verantwortlicher Stelle immer wieder betont wird, daß unsere Industrie bereits angelaufen ist, und die Industriekapazität Österreichs — wie der Energieverbrauch zeigt — höher ist als im Jahre 1937, dürfte auch diese Summe noch zu niedrig angesetzt sein, und man geht wohl nicht fehl, die österreichische Gesamtproduktion heute auf 3 Milliarden Schilling zu schätzen.

Wo kommen die Waren hin, die erzeugt werden? Auf diese Frage hätte der Herr Bundesminister Heini antworten müssen, er hat es aber unterlassen. Milliardenwerte werden in Österreich produziert und verschwinden spurlos, werden weder dem notwendigen Kompensationsverkehr mit dem Ausland noch dem Inlandsmarkt zugeführt. Dabei habe ich noch nicht berücksichtigt, daß ein Teil der ausgeführten Waren aus alten Lagerbeständen stammt, die schon im vorigen Jahr produziert wurden.

Die „Arbeiter-Zeitung“ hat für das gegenwärtige Regime unserer Wirtschaft den Ausdruck „Hintenherum-Wirtschaft“ geprägt und hat darauf hingewiesen, wie die Bekleidungs- und Textilwaren vom bewirtschafteten Markt verschwinden, um irgendwo zu Exportpreisen wieder aufzutauchen.

Aber auch von anderer Seite wurde nicht wenig Kritik an den Zuständen des Wirtschaftslebens geübt, so zum Beispiel im bereits genannten Organ des Arbeiter- und Angestelltenbundes der Österreichischen Volkspartei und darüber hinaus in allen Massenversammlungen der Sozialistischen Partei und auch der Österreichischen Volkspartei.

Mit dieser Wirtschaft muß Schluß gemacht werden! Und das ist nur möglich durch öffentliche Kontrolle oder die Heranziehung der Vertreter aller Volkskreise, durch die Schaffung von Kontrollausschüssen, die wirklich zugreifen und die Schieber und Schleihändler der verdienten Gerechtigkeit zuführen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Migsch hat vor drei Wochen in einer sozialistischen Konferenz versprochen, die Österreichische Volkspartei solange herumzubeuteln, bis sie das Notwendige und Unvermeidliche durchzuführen bereit ist. Mein Freund Fischer hat schon darauf hingewiesen, daß sich die politischen Verhältnisse in Österreich etwas verändert haben. Ich bin überzeugt, wenn die Sozialistische Partei, auf diese Tatsache pochend, diese Worte ernst nehmen und Ernst machen will mit diesen Worten, dann kann man in Österreich sehr vieles durchsetzen und sicher vieles ändern. Es geht nicht darum, daß man eine Partei beutelt, nicht das ist die Frage, sondern daß man die reaktionären Kräfte, die heute der Wirtschaft ihren Willen aufzwingen, nicht nur beutelt, sondern durch demokratische Kontrolle des Volkes ausschaltet. Vielleicht sind die Mittel dazu nicht in der Verfassung von 1929 vorgesehen, aber eine Notzeit erfordert Notmaßnahmen. Solche Notmaßnahmen sind die Versorgungsausschüsse, die Produktionsausschüsse, die hier Großes leisten können! (Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Unter der Führung der KPÖ! — Abg. Fischer: Aber Ihre Landeshauptleute sind ja dafür, in Steiermark und in Oberösterreich! — Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Da sind Sie schlecht orientiert! — Abg. Fischer: Ich bin sehr gut orientiert.)

An anderer Stelle habe ich schon darauf hingewiesen, wie wichtig für uns der Abschluß langdauernder Handelsverträge ist. Der Herr Bundesminister Heini hat vor kurzem die Wichtigkeit der Herstellung von engen Handelsbeziehungen zur Sowjetunion festgestellt. Derartige Erklärungen haben wir schon sehr oft gehört, aber solange keine konkreten Maßnahmen getroffen werden, (Bundesminister Dr. h. c. Heini: Seit Oktober ersuchen wir darum!), um diese Beziehungen herzustellen, bleiben solche Erklärungen (Bundesminister Dr. h. c. Heini: Seit Oktober haben wir die Sowjetunion ersucht!) nichts anderes als leere Worte. Ja, der erste Schritt dazu wäre, Schluß zu machen mit dieser Hetze, die seit mehr als einem Jahr betrieben wird und die unserem Land schon so viel geschadet hat und so viel schadet! (Erregte Zwischenrufe bei der Öster-

reichischen Volkspartei. — Große Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Heute versteht schon ein immer breiterer Kreis unseres Volkes, daß diese Hetze sich letzten Endes nur gegen Österreich wendet (erregte Zwischenrufe bei der Österreichischen Volkspartei), auch wenn sie von ihren Inspiratoren zum Großteil in die Presse der westlichen Zone verlegt wird. (Abg. Altenburger: Ihr hetzt ja! — Fortdauernde Zwischenrufe. — Abg. Honner: Kollege Altenburger, Sie müssen eine besondere Belohnung für ausgezeichnete Zwischenrufe bekommen!)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Abg. **Koplenig** (fortsetzend): Diese Hetze wird sich letzten Endes gegen Sie selbst kehren! (Ironische Heiterkeit bei der Österreichischen Volkspartei.) Glauben Sie ja nicht, daß man das Volk dauernd damit beschwichtigen kann, daß man einfach sagt: wir können nichts machen! Das Entscheidende dafür, ob eine Politik richtig war oder nicht, sind nicht Reden und Erklärungen, sondern Tatsachen! (Rufe bei der Österreichischen Volkspartei: Sehr richtig! — Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Rufe bei der Österreichischen Volkspartei: Der 25. November hat Euch die Tatsachen gezeigt! — Ihr glaubt, Ihr könnt hetzen! — Das ist nicht Demokratie sondern Diktatur! Das österreichische Volk hat Euch schon satt!)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

(Andauernde, erregte Zwischenrufe bei der Österreichischen Volkspartei. — Abg. Honner: Entscheiden werden andere! — Ruf: Ausgerechnet Sie haben es notwendig, davon zu reden. Sind Sie lieber still! — Abg. Honner: Sie sollen still sein! — Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Ich bitte sehr um Ruhe!

Abg. **Koplenig** (fortsetzend): Die Gesundung unserer Währung steht zweifellos im engsten Zusammenhang mit der Gesundung unserer gesamten Wirtschaft. Es wird uns immer wieder gesagt, daß die Sicherung der Währung unmöglich ist, solange die Frage der Besatzungskosten nicht gelöst ist und Ansprüche auf deutsches Eigentum bestehen. Man hat aber doch gesehen, daß in einem Lande wie Ungarn die Währungsfrage gelöst worden ist (Ruf: Aber wie! Mit einem blauen Auge! — Heiterkeit), obwohl es ein besetztes Land ist und sogar Reparationen zu zahlen hat. (Ruf: Bettler sind sie geworden!) Dort ist es allerdings gelungen, den Goldschatz, den die Deutschen geraubt haben, nach Ungarn zurückzubringen, während von österreichischer Seite, soweit in der Öffent-

lichkeit bekannt ist, nichts Ernsthaftes geschehen ist, um den Gold- und Devisenschatz Österreichs zurückzubekommen, der die Hauptgrundlage für die Sicherung unserer Währung ist. Dabei ist ja bekannt, daß ein großer Teil des österreichischen Gold- und Devisenschatzes im Jahre 1938 nicht in den Kellern der Nationalbank sondern im Ausland lag, wo er dem Zugriff der Deutschen nicht zugänglich war. Eine gesicherte Währung erfordert vor allem eine entsprechende Deckung, die bei uns möglich ist, wenn erstens die Nationalbank, die faktisch Staats-eigentum ist, verstaatlicht wird und wenn dann neben dem österreichischen Goldschatz unsere Wasserkräfte, die verstaatlichten Betriebe und der Staatsbesitz, wie die Staatsforste, zur Währungsdeckung herangezogen werden, wie das früher in anderen Ländern gleichfalls geschehen ist. Aber statt dessen wiegt man sich in Träumen von der Festigkeit unserer Währung, die gegenwärtig noch keine Probe des internationalen Austausches zu bestehen hat. Es fehlt auch an laufenden Maßnahmen zur Herabsetzung des Geldumlaufes. Meine Fraktion hat beantragt, die Sperrkonten über 20.000 S einzuziehen. Das wurde nicht angenommen. Aber es ist bekannt, daß diese Sperrkonten ständig einschrumpfen, weil unter den verschiedensten Vorwänden Abhebungen vorgenommen werden. Wir forderten bereits die Besteuerung der Kriegsgewinne, und zwar nicht nur der in Geld-, sondern auch der in Sachwerten, denn wir sind der Meinung, daß es nicht wieder so sein darf, daß die kleinen Leute, die unter den Folgen des Krieges maßlos gelitten haben, jetzt auch noch die Lasten der Kriegsfolgen tragen müssen. (Zwischenrufe.)

Im engsten Zusammenhang mit der Währungsfrage steht die Lohn- und Preispolitik der Regierung. Von der scharfen Preiskontrolle, von der immer wieder gesprochen wird, ist nichts zu spüren. Es werden keine Maßnahmen getroffen, um den Umfang des Verkaufes von Waren zu sogenannten Exportpreisen im Inland zu unterbinden. Wir hätten gern aus dem Munde des Herrn Bundeskanzlers hier im Parlament eine Wiederholung der Erklärung, die er in einer Massenversammlung abgegeben hat, gehört, daß es keine Preiserhöhungen mehr geben wird. Das vollkommene Fehlen einer Wirtschaftsplanung wirkt sich auch in der Planung — in der Planlosigkeit der Preisentwicklung aus. Die Löhne müssen den bereits gestiegenen Preisen angeglichen werden. Es geht nicht an, daß es in Österreich Löhne gibt, für die die Arbeiter nicht einmal die kargen Lebensmittel, die aufgerufen sind, für sich und ihre Familien erstehen können. Die Erhal-

tung und die Erhöhung des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerung muß eine der vornehmsten Aufgaben der Regierung sein. Die Schwierigkeiten, mit denen Österreich heute zu kämpfen hat, versucht man oft auf die einfachste Art zu erklären: man sagt, an allem sind die Alliierten schuld. Gewiß, es ist nicht leicht für unser Land, die vierfache Besetzung zu tragen, und viele Schwierigkeiten sind auf die Tatsache der Besetzung zurückzuführen. Viele Dinge, die die Dauer und die Stärke der Besetzung bestimmen, hängen nicht von uns ab. Sie hängen davon ab, wann es gelingen wird, bestehende internationale Meinungsverschiedenheiten beizulegen, die heute durch endlose Intrigen von gewisser Seite nicht abgeschwächt sondern nur verstärkt werden.

Aber, meine Damen und Herren, das österreichische Volk kann nicht warten. Es hat am 25. November vorigen Jahres dieses Parlament im vollen Bewußtsein der Tatsache der Besetzung gewählt, und die Regierung, die aus diesem Parlament hervorgegangen ist, hat den bindenden Auftrag bekommen, die Lage des Volkes zu erleichtern, seine Wirtschaft in Gang zu bringen, und nicht, sich nur über Zustände zu beschweren, deren Vorhandensein schon zur Zeit der Regierungsbildung bekannt war. Das Programm, das sich die Regierung gegeben hat, war ein Programm auf der Grundlage der bestehenden Zustände. Es ging aus von der Tatsache der Besetzung und von der Tatsache der bestehenden Schwierigkeiten. Wenn heute immer und immer wieder erklärt wird, daß die Tatsache der Besetzung nicht die Möglichkeit einer fruchtbringenden Tätigkeit der Regierung gibt, dann ist das nichts anderes als ein Armutszeugnis, das sich die ausschlaggebenden Kräfte der gegenwärtigen parlamentarischen Konstellation selbst ausstellen. (Zwischenrufe.) Es ist keine große Kunst, ein Land zu verwalten, wenn gewissermaßen alles in Ordnung ist, die Wirtschaft blüht und andere bereits die schwere Arbeit geleistet haben. (Zwischenrufe.) Die Kunst der Regierung zeigt sich dort, wo es sich um die Überwindung von Schwierigkeiten handelt, wo es sich darum handelt, das Leben des Volkes zu sichern, die Kräfte des Volkes zum gemeinsamen Aufbau zusammenzuschließen. (Neuerliche Zwischenrufe.) Die Meisterung der Schwierigkeiten — das war und ist die Aufgabe der Regierung und nicht die Klage über die Schwierigkeiten. Ich betone nochmals: Wie das Volk die Politik beurteilt, ob eine Politik richtig oder falsch ist, läßt sich nur an den Resultaten dieser Politik und nicht an Worten und Erklärungen messen. Man sage nicht, in Österreich wird nicht gearbeitet und

nicht produziert! Milliardenwerte werden hergestellt! Die Männer und Frauen, die die Wirtschaft wieder aufbauen, ohne Schuhe und geeignete Kleidung aufopfernd arbeiten, haben das Recht, von der Regierung zu fordern, die Wirtschaft planmäßig zu gestalten und mit dieser Fortwursterei aufzuhören. In der Masse der Arbeiter und weit über sie hinaus lebt der Wille, für eine bessere Lebensgestaltung zu kämpfen. Wenn Arbeiter heute streiken, so ist es die nackte Not, die sie dazu zwingt, und nicht irgendwelche geheimnisvolle Agitatoren.

Als Vertreter des Volkes dürfen wir die Stimme des Volkes nicht überhören und müssen von der Regierung fordern, angesichts des drohenden Hungerwinters alles Menschenmögliche zu unternehmen und ohne Rücksicht auf Sonderinteressen einzelner Schichten Maßnahmen zu treffen, die eine Katastrophe für die Volksmassen verhindern. Nur in diesem Sinne verstehen wir den Zweck und die Aufgabe einer Konzentrationsregierung. (Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. Böhm: Hohes Haus! Aus den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers habe ich entnommen, daß die Forderungen des Gewerkschaftsbundes zum Teil heute erfüllt worden sind, zum andern Teil unmittelbar vor der Verwirklichung stehen, während ein anderer Teil in der nächsten Zukunft der Verwirklichung zugeführt werden soll.

Ich möchte freilich sagen: so befriedigend die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers sind, so muß mit einem Urteil darüber doch zugewartet werden, bis die Verwirklichung jenes Teiles der Forderungen, dessen Erfüllung zugesagt worden ist, erfolgt ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß ich fest überzeugt bin, daß die Verabschiedung des Lohnsteuergesetzes, die einem so brennenden Wunsch der Arbeiterschaft entspricht, zweifellos in weiten Kreisen der Arbeiter und Angestelltenschaft beruhigend wirken wird, einfach aus dem Grunde, weil sich ja die Lohnsteuer wirklich exzessiv und ungerecht ausgewirkt hat; ebenso auch die Zusage, daß es nun endlich dazu kommen wird, daß gegen die Wirtschaftssaboteure mit Schnellgerichten eingeschritten werden soll. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiterschaft über nichts so verbittert gewesen ist als darüber, daß Schleichhändler großen Formats und Wirtschaftssaboteure anderer Art Monate und Monate völlig ungestraft bleiben konnten, obwohl sie der Wirtschaft unendlichen Schaden zugefügt haben. Wenn es nun durch die rasche Einführung der Schnellgerichte anders werden soll, wenn jeder dieser Verbrecher sofort gefaßt und der

verdienten Strafe zugeführt wird, so zweifle ich nicht daran, daß dies der Arbeiterschaft unseres Landes den Beweis geben wird, daß ihre berechtigten Forderungen der Erfüllung zugeführt werden.

Eine ebenso dringende Forderung der Arbeiterschaft ist die Schaffung eines Lebensmittelaufbringungsgesetzes, die Einführung der Ausgleichskasse, natürlich auch die Erhöhung der Ernährungsbasis und die Wirtschaftsstellen. Auch in diesen Fällen wurde vom Herrn Kanzler zugesagt, daß die Wünsche der Arbeiterschaft erfüllt werden sollen. Wenn es gelingt, die 1550-Kalorien-Basis noch in diesem Monat zu verwirklichen, dann wird damit der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes zweifellos eine große Erleichterung geschaffen. Ich meine selbstverständlich im November, denn wir stehen ja am Ende des Oktobers. Man wird freilich auch nicht sagen können, daß damit jeder Not gesteuert werden wird. Immerhin wird die Bevölkerung unseres Landes den Beweis dafür haben, daß der gute Wille, wirklich zu helfen, vorhanden ist.

Auch die Wirtschaftsstellen sind eine äußerst dringliche Sache, weil hier dafür gesorgt werden soll, daß den Wirtschaftssaboteuren auf dem Gebiete des Warenverkehrs das Handwerk gelegt wird. Hier muß ich freilich die dringende Bitte aussprechen, daß diese Wirtschaftsstellen so rasch als möglich geschaffen werden, um mit der Arbeit beginnen zu können. Wenn dies auf allen Gebieten geschieht, wenn die arbeitende Bevölkerung unseres Staates die Überzeugung gewinnt, daß die Regierung alles vorkehrt, was in ihrer Kraft steht, um zu helfen, wo zu helfen ist, dann, ich zweifle nicht daran, werden die österreichischen Arbeiter und Angestellten, so schwer es ihnen unter den gegebenen Verhältnissen auch fällt, alles daransetzen, um unsere so schwer getroffene Wirtschaft aus den Niederungen herauszu ziehen und wiederum in Gang zu bringen.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß auch ich, so wie es Kollege Koplenig erwähnt hat, das Hauptgewicht auf rasche Maßnahmen legen muß. Hier stimme ich also vollkommen mit ihm überein, wenn ich auch sagen muß, daß ich sonst nicht in allem seiner Meinung zustimmen kann.

Der Kollege Koplenig meint, vor einem Jahr sei es besser gewesen als heute, damals seien mehr Kalorien verabreicht worden, als es heute der Fall ist. Auf das Datum zugeschnitten kann dies vielleicht der Fall sein. Wir wissen aber auch, daß wir Zeiten gehabt haben, in denen wir leider weniger, viel, viel weniger als 1200 Kalorien für die Bevöl-

kerung unseres Staates hatten (Ruf: 600!), und daß wir im vergangenen Jahr Not und Elend in einem Ausmaß durchgemacht haben, das wohl nicht mehr zu überbieten ist. (Zustimmung.) Eben weil wir dieses Elend schon so lange Zeit ertragen haben, eben deshalb ist ja die österreichische Arbeiterschaft heute am Ende ihrer Kräfte. Sie ist von dem Hunger so vieler, vieler Monate völlig ausgesogen, sie ist nun ohne Schuhe und ohne Kleider schutzlos den Unbilden des Winters ausgesetzt. Weil es so ist und weil ringsherum kein Hoffnungsstrahl zu sehen ist, der eine Besserung angezeigt hätte, eben deshalb ist es in den letzten Wochen so häufig und immer häufiger zu den Verzweiflungsausbrüchen der arbeitenden Menschen dieses Landes gekommen und hat ein Streik den anderen gejagt. Nun glaube ich freilich, es wäre verfehlt, und da möchte ich mich wieder an die Adresse des Kollegen Koplenig wenden, wenn wir den österreichischen Arbeitern und Angestellten, ja der österreichischen Bevölkerung überhaupt, den Glauben beibringen wollten, daß es im Belieben der österreichischen Regierung liege, die Zustände in unserem Lande so zu wenden, daß unser Volk ein auskömmliches Leben führen kann.

Ich zweifle nicht daran, daß in der letzten Zeit, sagen wir, so manches versäumt worden ist, und ich freue mich darüber, daß ich heute die Zusage des Herrn Kanzlers gehört habe, daß er und seine Regierung alles daran setzen werden, um das Versäumte so rasch als möglich nachzuholen. Aber, meine Herren, wir dürfen uns darüber nicht täuschen: wenn die österreichische Regierung das letzte Stück Kohle, die letzten Kartoffeln, die wir im Lande haben, und den letzten Faden an Textilien zusammenkratzt, dann reichen auch alle diese Mengen nicht hin, um die Not der österreichischen Bevölkerung zu bannen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten und den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

Das, glaube ich, sind wir verpflichtet, der österreichischen Arbeiterschaft zu sagen, wenn wir von unserer Regierung verlangen, daß sie bis zum letzten durchgreift und daß sie dafür sorgen muß, daß die Wirtschaftssaboteure mit den härtesten Händen angefaßt werden, die es gibt. Wenn wir von der österreichischen Regierung verlangen, daß sie sich auch zu unpopulären Maßnahmen gegen jene bekennt, die das Volksganze schädigen, so müssen wir auch den Mut haben, der österreichischen Arbeiterschaft zu sagen, daß unser Volk von seinen eigenen wirtschaftlichen Hilfsquellen allein heute überhaupt nicht leben kann, weil diese Hilfsquellen erst entwickelt werden müssen. (Zustimmung.)

Wie waren denn die Verhältnisse in normalen Zeiten, da die österreichische Landwirtschaft nicht unter dem Mangel an Düngemitteln, nicht unter Raubbau und nicht unter Verwüstungen gelitten hat? Auch damals konnte die österreichische Bevölkerung nicht aus dem Ertrag ihrer eigenen Landwirtschaft ernährt werden. Wir mußten ja immer unsere Industrieerzeugnisse an das Ausland verkaufen, um dafür Nahrungsmittel einzuführen.

Heute ist der Ertrag unserer Landwirtschaft aus ganz natürlichen Gründen viel geringer als in normalen Zeiten. Es ist unser Unglück, daß unsere industrielle Erzeugung erst im Anlaufen begriffen ist, so daß wir nicht imstande sind, so viel zu exportieren, um aus dem Ausland die notwendigen Lebensmittel einzukaufen.

Daß sich aus dieser Spanne ein unerhörter Notstand ergeben muß, ist für jeden Menschen, der die Verhältnisse kennt, vollkommen klar, ja, dieser Notstand hätte sich auch ergeben müssen, wenn wir nicht auch noch unter ganz außerordentlichen Verhältnissen leben würden.

Wie liegen die Dinge aber heute? Wir können weder den Ertrag unserer Landwirtschaft noch den Ertrag unserer Industrie hundertprozentig zur Befriedigung der Bedürfnisse unserer eigenen Bevölkerung verwenden. Aus verschiedenen Mitteilungen wissen wir, daß die vier Besatzungsmächte unsere Volkswirtschaft in einem ganz erheblichen Maße für sich in Anspruch nehmen, und wenn man da nur eine einzige Ziffer nennt, wenn man daran erinnert, daß die Besatzungskosten seit der Einführung der Schillingwährung 2,6 Milliarden Schilling betragen, dann, Kollege Koplenig, können wir schon ungefähr wissen, wohin die industrielle Erzeugung unseres Landes kommt, die mit drei Milliarden beziffert worden ist. Die 2,6 Milliarden Schilling legen sich die Besatzungsmächte ja nicht aufs Eis, sie werden sie dazu verwenden, um bei uns Güter einzukaufen, und wenn man der österreichischen Wirtschaft Güter um 2,6 Milliarden Schilling entzieht, dann frage ich: Was soll dann noch für das österreichische Volk übrigbleiben? (Starker Beifall bei der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei.)

Ich möchte deshalb die Gelegenheit nicht verfehlen, um von dieser Stelle aus den alliierten Besatzungsbehörden zu sagen, daß der Zustand, in den uns Krieg und Besetzung und Besatzungskosten gebracht haben, das österreichische Volk zum Ruin führen muß, wenn es auch noch so genügsam und wenn es

auch noch so fleißig wäre. (Zustimmung.) Wir müssen den alliierten Besatzungsbehörden klar und deutlich sagen: so sehr wir Euch dankbar sind für die Befreiung, die Ihr uns gebracht habt, Ihr könnt uns doch nicht nur zu dem Zweck befreit haben, um uns nachher völlig zugrunde zu richten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten und den Mitgliedern der Österreichischen Volkspartei.) Nehmt deshalb wenigstens die Last der Besatzung so weit von uns, daß wir atmen und arbeiten können. (Neuerlicher Beifall.)

Das, meine sehr Verehrten, glaube ich, muß man den Alliierten sagen und man muß der österreichischen Bevölkerung sagen, daß die Verhältnisse so liegen, wie ich sie hier geschildert habe. Man muß der österreichischen Bevölkerung sagen: Du wirst noch auf lange, lange Jahre hinaus ein Leben führen müssen voll harter Arbeit, voll Kümernissen und Not. Du wirst dich nur langsam und mühevoll hinaufarbeiten können. Aber die Voraussetzung dafür ist freilich, daß auch die alliierten Mächte einsehen, daß sie uns wenigstens soweit entgegenkommen müssen, daß wir leben können.

Freilich will ich dabei nicht übersehen, auch die österreichische Regierung hat ihre Verpflichtungen, sie hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß in Österreich alles in Ordnung gebracht wird, was nicht in Ordnung ist. Sie hat dafür zu sorgen, daß das letzte Korn, die letzte Kartoffel und das letzte Kilogramm Gemüse aufgebracht werden, genau so wie der letzte Schuh und das letzte Kleidungsstück dem Verbraucher zugeteilt werden muß, der sie am notwendigsten braucht.

Wenn wir aber das tun, meine sehr Verehrten, dann bin ich davon überzeugt, daß das österreichische Volk, die österreichische Arbeiter- und Angestelltenschaft, die Situation versteht, wenn wir sie ihr auch erklären. Doch ich glaube nicht, Kollege K o p l e n i g, daß die Not des österreichischen Volkes eine Gelegenheit dazu ist, um Parteiagitation zu betreiben! (Beifall bei der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei.) Ich bin auch Parteimann und verschmähe es natürlich auch nicht, gegebenenorts für meine Partei zu werben. Es muß aber auch die gegebene Gelegenheit sein. (Zustimmung.)

Die Not des Volkes, die Not, unter der unser Volk heute leidet, ist etwas so Furchtbares, etwas so Grauenhaftes, etwas so Entsetzliches, daß wir sie auf keiner Seite dazu benützen sollen, um mit ihr für die eigene Partei zu werben. (Neuerliche Zustimmung.) Hier, glaube ich, gibt es nur eines: dieser Not abhelfen! Und da möchte ich sagen, Herr

Kollege Koplenig, manches in Ihrer Rede hat mir nicht ganz gefallen und ich könnte mit manchem Hinweis darauf erwidern, wenn es nicht zu weit führen würde. Aber eines möchte ich doch herausheben. Wie wäre es, wenn man fragte: Wie schaut es mit dem Strom aus? (Heiterkeit bei den Sozialisten und den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei. — Rufe: Schlecht!) Wir leiden Mangel an elektrischem Strom, und ich bin trotzdem überzeugt, daß der Herr Minister Dr. A l t m a n n nichts dafür kann. (Rufe: Sehr richtig!) Ich lehne es ab, ihn dafür verantwortlich zu machen, aber ich bitte auch, andere, die unter den gleichen Umständen leiden wie Minister Dr. Altmann, ebenfalls nicht verantwortlich zu machen! (Lebhafte Rufe und Gegenrufe.) Letzten Endes können wir diese Agitation alle leicht entbehren, wenn wir die Interessen der Arbeiter und Angestellten auf der einen Seite und wenn die Österreichische Volkspartei auf der anderen Seite die Interessen ihrer Wähler richtig vertreten. Dann braucht uns allen um unsere Wähler nicht bange zu sein.

Als ich auf die Rednertribüne heraufgestiegen bin, habe ich einen Zettel in die Hand gedrückt bekommen, und ich kann mich nicht enthalten, Ihnen die paar Ziffern zur Kenntnis zu bringen.

In Linz sind die Personalvertretungswahlen bei den Bundesbahnen abgeschlossen worden und da haben sich folgende Stimmenzahlen ergeben: Österreichische Volkspartei 603, Kommunistische Partei Österreichs 798 und Sozialistische Partei Österreichs 7546 Stimmen! (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Meine Damen und Herren! Ich bin über dieses Abstimmungsergebnis außerordentlich erfreut und ich freue mich umso mehr darüber, als auch die Personalvertretungswahlen bei den Eisenbahnern ohne Demagogie durchgeführt worden sind. Ich möchte diese Ziffern als Beweis dafür bringen, daß man der Demagogie nicht bedarf, sondern daß es nur der notwendigen Geschicklichkeit, der notwendigen Beharrlichkeit, der notwendigen Energie bedarf, die Interessen seiner Wähler zu vertreten, dann kann die Partei nicht untergehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialisten.)

Abg. Kristofics-Binder. Hohes Haus! Es ist gar kein Zweifel, daß nach dem Ernährungssektor die brennendste Frage die der Bekleidung ist. Diese Frage beherrscht aber nicht Österreich allein. Mit der Aufgabe, dieses Problem zu lösen, befassen sich fast alle Regierungen der Welt. Der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau hat in

seinen Ausführungen die Menge der Anfangs-erzeugung und deren Verteilung bekanntgegeben. Die düsteren Aussichten für die Zukunft werde ich mir Ihnen vorzutragen gestatten. Diese brennenden Schmerzen zu lindern, zu welchen auch die außerordentlich große Wohnungsnot gehört, da die alliierten Mächte in Wien zirka 8000 Wohnungen in Anspruch nehmen, muß leider späteren Zeiten vorbehalten bleiben. So leid es mir tut, es muß gesagt werden. Der Schmerzensschrei des Herrn Nationalrates Dr. Migsch ist im ersten Moment sehr effektiv, politisch auf die Unerfahrenen abgestimmt — für die Denkenden aber eine Phrase, die weit über die üblichen Versammlungsreden hinausgeht und daher abwegig ist. Dr. Migsch ist ein unerbittlicher Anhänger der Staats- und Kommunalwirtschaft, einer der eifrigsten Verfechter der Planungs- und Lenkungs- theorie. Für die Wahrheit der lebendigen Wirtschaft ist er blind. Bis jetzt hat sich die Lenkung der Staats- und Kommunalbetriebe nur als Preistreiber erwiesen, siehe Eisenbahn, Post, Tabakregie, Städtische Leichenbestattung und so weiter. Der Krieg und seine Folgen sind der Keim, an dem auch unsere Wirtschaft krankt. Wenn irgendwo etwa eine Unsauberkeit vorkommt, die auch in staatlichen Betrieben möglich ist, so deckt unsere Partei diese Unmoral keineswegs und der Zugriff unseres Kanzlers macht nirgends halt. Der Schleichhandel ist keine österreichische Erscheinung allein, dieser Unfug beherrscht vielmehr die ganze Welt. Nicht die vorhandenen Tatsachen festzustellen, die niemand in Abrede stellen kann und will, sondern die Ursachen dieses Mangels zu ergründen und so rasch als möglich aus der Welt zu schaffen ist und soll unsere vornehmste Aufgabe sein. Die österreichische Textilindustrie kam nach den Kampftagen in den westlichen Bundesländern durch Aufarbeitung der vorhandenen Rohstoffreserven in Betrieb. In der westlichen Zone ist es etwas leichter gegangen, da durch Zufall noch größere Mengen von Rohstoffen vorhanden waren. Vielschwieriger waren die Verhältnisse in Wien, Niederösterreich und Burgenland, wo die sehr bescheidenen Rohstoffreserven zum Teil den harten Kämpfen zum Opfer gefallen waren. In der östlichen Zone wurde die Textilindustrie größtenteils durch Lohn- und Lieferungs- geschäfte mit den Besatzungsmächten in Gang gebracht. Da die heimischen Zellwollmengen in viel zu geringem Ausmaß anfielen, sahen sich die Spinnereien veranlaßt, Lohn- geschäfte mit der Schweiz, Amerika und England abzuschließen, um die Betriebe überhaupt in Gang zu halten. Wären diese Lohn- geschäfte nicht abgeschlossen worden, so

wäre die Textilindustrie im Westen wie im Osten zum größten Teil zum Stillstand gekommen. Ein Vergleich der Kapazität der Textilbetriebe mit der tatsächlich gegebenen Ausnützung muß zu der Erkenntnis führen, daß die Versorgung des Inlandes mit Textil- waren sich nur sehr langsam bessern kann und alle anderslautenden Versprechungen als unverantwortlich und irreführend bezeichnet werden müssen. Es ist dabei zu bedenken, daß außer dem zivilen Konsum der österreichischen Bevölkerung ein ungeheurer technischer Bedarf für andere Zweige unserer Industrie und ein riesiger Bedarf zur Versorgung der Gendarmerie, Polizei, Eisenbahn, Post, Finanzwache, Spitäler, Gemeinde Wien und so weiter gegeben ist. Während vor dem Krieg die österreichischen Baumwollspinnereien über zirka 830.000 Spindeln verfügten, ist im Zuge der kriegesischen Ereignisse die Spindelzahl auf rund 600.000 Spindeln zurückgegangen. Von diesen rund 600.000 Spindeln sind 45 Prozent, also 270.000 Spindeln in Betrieb. Eine weitere Hebung der Produktion ist infolge Mangels an Facharbeitern und der durch die mangelhafte Ernährung hervorgerufenen verminderten Leistungsfähigkeit, ferner durch die Schwierigkeiten, die notwendigen industriellen Hilfsstoffe, wie Speziallederartikel, Maschinenersatzteile, Nadeln, Farben und Chemikalien zu beschaffen, nicht möglich.

Die Baumwollweberei besaß vor dem Kriege zirka 14.000 Webstühle. Der Bedarf der österreichischen Bevölkerung an Baumwoll- waren konnte im Jahre 1937 mit mindestens 80 Millionen Meter angenommen werden, also zirka 11 bis 12 Meter pro Kopf. Die Baumwollweberei ist mit zirka 40 Prozent ihrer Kapazität in Betrieb, wobei dieser Prozentsatz erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1946 erreicht wurde. Selbstverständlich ist, wie schon erwähnt, ein Teil dieser Kapazität für Lohnarbeit des Auslandes eingeschaltet.

Noch ungünstiger als in der Baumwoll- industrie liegen die Verhältnisse in der Wollindustrie. Die Kammgarnspinnerei in Tirol, Vorarlberg und Niederösterreich vermag in normalen Zeiten den Bedarf zu decken, denn die Statistik vom Jahre 1937 zeigt, daß sich die Ein- und Ausfuhr in Kamm- garnen beiläufig die Waage halten. Dagegen ist die Kapazität unserer Streichgarnspinnerei auch in normalen Zeiten zu gering und es müssen Einfuhren an Streichgarnen erfolgen, weil ja die Wollgarne nicht nur in der Wollweberei, sondern auch in anderen Branchen, vor allem in der Strickerei und Wirkerei Verwendung finden. Die Spindelanzahl der Kammgarnspinnerei beträgt 81.000 Spin-

deln, die Spindelanzahl der Streichgarnspinnerei 98.000 Spindeln. Die Kammgarnspinnerei beschäftigt zirka 30 Prozent ihrer Kapazität, also 24.000 Spindeln, die Streichgarnspinnerei ungefähr 50 Prozent, also 49.000 Spindeln. Das Anlernen von Fachkräften für den Wollsektor dauert zirka ein bis zwei Jahre.

Die Wollweberei umfaßt zirka 3.000 Webstühle mit einer Höchstkapazität von 12 Millionen Meter pro Jahr. Die Wollweberei konnte mit höchstens 25 Prozent in Betrieb gehen, wobei der Prozentsatz für die niederösterreichische Zone im Vergleich mit den anderen Zonen wesentlich niedriger zu halten ist. Es wird daher dieser Sektor nur sehr langsam zur Bedarfsdeckung der Bevölkerung beitragen können. Der Bedarf Österreichs betrug zu einer Zeit, da die Anschaffung nicht so dringend war wie jetzt, mindestens 14 Millionen Meter, das ist durchschnittlich 2 Meter pro Kopf.

Besonders schwierig liegen die Verhältnisse bei der Leinenindustrie, weil der einzigen Spinnerei in Oberösterreich der Flachs nur sehr spärlich zufließt, weshalb die Produktionskapazität der Leinenweberei mit 33 Prozent zu bewerten ist. Die Anzahl der Webstühle beträgt nur 1.087 und die der Spindeln 10.000.

Die Seidenindustrie ist zu 40 Prozent ihrer Kapazität beschäftigt und auch hier ist für die Hebung der Produktion die Rohstoff- und Hilfsmaterialfrage die größte Schwierigkeit. Infolge der starken Verringerung der Produktion der St. Pöltner Glanzstoff-Fabriks A. G., die im Zuge der kriegesischen Ereignisse zu einem wesentlichen Teil ihren Maschinenpark verloren hat, ist die Versorgung äußerst schwierig. Die Seidenweberei besitzt 1.200 Webstühle.

Zum letzten Punkt der Interpellation des Herrn Nationalrats Dr. Migsch sei bemerkt, daß ein Übereinkommen dieser Art mit irgendeinem Fachverband der Textilindustrie überhaupt niemals erfolgt ist. Vielmehr ist richtig, daß der Textilindustrie in Wien, Niederösterreich und Burgenland die Auflage erteilt wurde, von der Produktion aus inländischen Rohstoffen, Zellwolle und Kunstseide mindestens 75 Prozent dem Inlandskonsum zur Verfügung zu stellen, und daher höchstens 25 Prozent für den Export zur Verfügung standen. Dr. Migsch behauptet mit Recht, daß diese Quote eine viel zu geringe sei, um die österreichische Wirtschaft in diesem Sektor zu beleben.

Die Textilindustrie und der Handel sind sich bewußt, daß eine Erweiterung des Exportes stattfinden muß, um auch ihr Teil zur Beschaffung jener Devisen, die zur Lebens-

haltung Österreichs unbedingt notwendig sind, beizutragen.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß dabei die Anpassung der Preise und Löhne an die Weltmarktpreise, insbesondere aber der freie Handel die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft maßgeblich beeinflussen wird.

Die Weltmarktpreise sind für unsere Industrie sowie für unseren Handel von ausschlaggebender Bedeutung, und alle jene, die dies nicht erkennen wollen, schädigen wesentlich oder unwissentlich unsere Wirtschaft und geben unsere wenige noch vorhandene Ware der übrigen Welt um einen Bruchteil des Wertes ab.

Wir wollen gerecht sein: nicht die russische Besatzungsarmee allein ist an dem Elend Österreichs schuld, den Ausverkauf Österreichs zum Nachteil der heimischen Bevölkerung zu besorgen, sondern alle vier Besatzungsmächte in gleicher Weise, sowohl was die Rohstoffe als auch die Lebensmittel und Bekleidung betrifft. Bei dem größten Schonungswillen der Alliierten hat jede Armee einen großen Verbrauch; dazu kommt der zivile Anhang.

Die alliierten Mächte beanspruchen zum Beispiel zirka 25 Prozent bis 40 Prozent der anfallenden Produktion für sich zum Inlandstoppreis. Dagegen sind wir gezwungen, Rohmaterialien zum Weltmarktpreis zu importieren.

Man soll nie vergessen, daß Lenkung und Planung, Gesetze und ihre Paragraphen etwas Totes, dagegen die Wirtschaft etwas Lebendiges und ständig Bewegliches ist.

Bei aller Planung und Lenkung wird es noch 3 bis 4 Jahre dauern, bis die notwendigen Bedürfnisse unserer Bevölkerung auf dem Bekleidungssektor auch nur im bescheidensten Ausmaß gedeckt werden können, wenn genügend Rohstoffe anlaufen und der Maschinenpark ergänzt werden kann. Dies trifft aber nicht nur auf Österreich, sondern auch in wesentlich reicheren Ländern inklusive Amerika zu, denn nicht allein am Rohmaterial liegt es, sondern vielmehr an der Erzeugungsmöglichkeit.

Jede andere Behauptung ist unlautere politische Reklame, die aus der Not der Bevölkerung politisches Kapital schlagen will.

Wir halten nicht fest an dem Grundsatz, insbesondere, was politische Werbung anbelangt, daß der Erfolg jedes Mittel heiligt, vielmehr wollen wir bei unseren Wählern schon mit den geheiligten Mitteln Erfolg haben, und das ist vor allem die Wahrheit! (Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. Ing. Waldbrunner: Hohes Haus! Die Beratungen der letzten beiden Tage in diesem Hohen Hause haben uns den vollen Ernst der Lage gezeigt. Die Erfahrungen der letzten Wochen haben wohl auch den letzten Mann draußen wissen lassen, wie schwierig die Situation in Österreich ist, ja in welcher unmöglichen Lage wir uns befinden. Die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers Heisl waren ja wohl auch aus dieser Erkenntnis geboren. Wir wollen nur hoffen, daß diese Erkenntnis über die Spitzen der Regierung hinaus auch allen jenen, die bis jetzt noch kein Verständnis dafür hatten, endlich einmal zum Bewußtsein kommt. Wir wollen nur hoffen, daß diese Erkenntnis nicht eine Stimmung des Augenblicks bleibt, sondern daß daraus in den kommenden Wochen und Monaten auch die nötigen Schlüsse gezogen werden.

Es ist wahrlich nicht leicht, nunmehr einen Ausweg aus dieser wirtschaftlichen Lage zu suchen. Jahre politischer und wirtschaftlicher Knechtung haben uns in diesen Zustand gebracht. Denken wir doch daran, daß dieses Österreich und seine Wirtschaft schon geschwächt in den Hitlerfaschismus eingetreten sind und daß die faschistische Zeit alles versucht hat, um dieses Land mit allen Mitteln zu entgüten. Die ersten Taten waren ja, daß man unseren Reichtum mit Eisenbahnzügen weggeführt hat, um uns mit einer Gulaschkanne etwas dafür zu geben. Wer kennen alle die Zwangswirtschaft, denn wir haben sie erlebt. Sie hat sich nicht nach den Erfordernissen unseres Landes, sondern nach den Erfordernissen eines künstlich konstruierten Reiches und zur Deckung der Kosten eines Krieges gerichtet, der uns diese Zerstörungen hinterlassen hat. Wir alle sehen ja diese Zerstörungen, wenn wir hinausgehen. Wir alle haben ja noch damit zu schaffen. Als dann der bewaffnete Widerstand zu Ende ging, dann kamen die chaotischen Zustände der unmittelbaren Nachkriegszeit. Viele der Güter, die wir heute so notwendig brauchen würden, sind sinnlos verdorben oder vernichtet worden. Knapp darnach hat der Abtransport des Beutegutes eingesetzt. Die ersten Aufgaben unserer Männer waren es ja, die Maschinen abzumontieren und die Waggonen zu beladen. Ich weiß selbst aus dem Werk, aus dem ich gekommen bin, daß dort 1200 Waggonen Maschinen und Einrichtungen wegtransportiert worden sind. (Rufe: Hört! — Ohne Handelsvertrag!) Wir wissen auch, daß damit ebenfalls noch kein Ende war. Die Besatzung, die dann glaubte, sich in alle administrativen und wirtschaftlichen Fragen einmischen zu müssen, forderte dafür Besatzungskosten, die wir heute noch Monat für Monat in einem unglaublichen Ausmaß tragen müssen.

Aber auch damit sind wir noch lange nicht zu Ende. Wir wissen noch gar nicht, was diese Mächte von uns noch an Reparationen fordern wollen. Wir wissen aus den Darlegungen der Herren Minister, daß vorläufig 169 Betriebe allein in der russischen Zone mit Beschlag belegt sind und als Reparationsforderungen beansprucht werden können.

Daß dieses Österreich durch diese Jahre der Entgüterung unglaublich verarmt ist, das dürfte selbstverständlich wohl allen klar sein, und wir Sozialisten haben es ja immer klar und deutlich gesagt, wie arm dieses Österreich geworden ist. Jede andere Darstellung ist zum mindesten eine Leichtfertigkeit oder eine völlige Unwissenheit, wenn man jetzt hinausgeht und etwa erklärt, daß dieses Österreich ja doch reicher wäre, würde man nur seinen Reichtum entsprechend ausnützen. Nein, Österreich ist so arm, wie es noch nie zuvor arm gewesen ist. (Zustimmung.)

Wir können uns selber nicht ernähren. Wir sind darauf angewiesen, daß das Ausland uns Nahrungsmittel liefert. Wir haben Mangel an allen Rohstoffen, denn wir können sie nicht selber hervorbringen. Wir haben aber auch Mangel an Arbeitskräften, denn uns fehlen unsere Kriegsgefangenen. (Zustimmung.) Sie sind ja noch immer nicht zu Hause, um am Wiederaufbau dieses Landes mithelfen zu können.

Es ist wohl selbstverständlich, daß wir unter solchen Umständen die Produktion, von der wir gelebt haben und die Österreich in all den Jahren zwischen 1918 und 1938 erhalten hat, nicht wieder in Gang bringen können. Ohne maschinelle Einrichtungen und ohne Rohstoffe, ohne Arbeiter, beziehungsweise mit den wenigen hungernden Arbeitern, können wir nicht genug erzeugen. Wir haben gesehen, daß die Produktion kaum die Hälfte, in manchen Wirtschaftszweigen sogar nur ein Viertel der Produktion vor dem Jahre 1938 erreicht. So ist die Lage. Wir müssen sie der Welt mit aller Klarheit und Deutlichkeit sagen, und wir Sozialisten haben nie gezögert, dies zu tun. Aber wir dürfen auch nicht verschweigen, daß diese Lage unglaublich verschärft wurde und verschärft wird durch einen unverständlichen Egoismus großer Teile unserer Bevölkerung, der Teile, die jetzt noch wirtschaftlich günstiger dastehen als die große, breite Masse der Industrie- und Stadtbevölkerung. Es ist ein Versuch, die schweren Lasten, die zu tragen sind, einseitig auf diese Industrie- und Stadtbevölkerung abzuwälzen, und wir müssen es aussprechen, daß diese Kreise in diesem Beginnen bestärkt wurden durch Einrichtungen der Selbstverwaltungskörperschaften und nicht selten auch führende Männer in der Zentralverwaltung des Staates.

Die Selbstverwaltungskörperschaften der Handelskammern und Landwirtschaftskammern sind eine einseitige Interessenvertretung gewesen, die alles versucht hat, ihren Interessenten das Tragen der Lasten möglichst fernzuhalten. Unterstützt durch Personalunion und durch verschiedentliche Organisationen haben sie auf die Gesetzgebung und auch auf die Verwaltung so weit Einfluß nehmen können, daß ihnen das bis jetzt zum Teil auch gelungen ist.

Ich mache darauf aufmerksam, daß es der ganzen Bevölkerung klar und deutlich ist, wie sehr die Kluft zwischen der Ernährung der Stadtbevölkerung und der Ernährung der Landbevölkerung heute noch klafft. Die Arbeit, sie ist gleich schwer. Wir leugnen nicht die Schwere der Arbeit des Bauern draußen, aber es ist auch die Schwere der Arbeit des Industriearbeiters nicht zu leugnen. Jeder von uns weiß, daß die Menschen auf dem flachen Land ja doch wesentlich besser leben als der Mann in der Stadt. Der Arbeiter in der Industrie ist darauf angewiesen, zu warten, ob die UNRRA-Ladung jetzt herkommt oder nicht, ob das Schiff ausgeladen wird oder nicht, er hat nur von dieser UNRRA-Ladung zu leben.

Bei dieser schweren Differenz in der Ernährung wirkt sich natürlich auch jede weitere Entbehrung um so ärger aus. Dazu kommt noch, daß durch das Wohnungselend gerade diese Industriebevölkerung und diese Stadtbevölkerung mehr getroffen ist. Wo sind denn die Zerstörungen durch den Krieg, wo sind die Bombenschäden? In der Industrie, in der Stadt. Dort ist es, daß die Leute nunmehr keine Wohnungen haben, daß sie zusammengepfercht sind in Wohnungen, die nur halb bewohnbar sind. Diese Menschen werden natürlich doppelt leiden durch den Mangel an Heizmaterial und an Kleidung, durch einen Mangel, der draußen auf dem flachen Land gar nicht so zur Geltung kommt, wo das Beheizungsproblem ja bei weitem nicht eine so schwierige und kritische Frage darstellt.

Diese Menschen sind auch viel auffälliger und viel schwerer getroffen durch die Teuerung, die eingetreten ist, denn sie müssen alles bezahlen. Sie können ihre Nahrung nicht aus den Erträgen ihrer Felder und ihrer Wirtschaft nehmen, sie müssen die Nahrungsmittel kaufen und sind also durch jede Preiserhöhung wieder schwer benachteiligt gegenüber den anderen Schichten der Bevölkerung.

Es ist also ein wirklich unverständlicher Egoismus, wenn man trachtet, die Lasten, die zu tragen sind, auf diese Menschen, auf diese Massen der Arbeiter abzuwälzen, und es ist diesen Selbstverwaltungskörperschaften, die

darin einen redlichen Teil haben, immer wieder vor Augen zu halten, wohin ihre Praktik führen muß. Sie werden durch die Verwaltung des Staates gerade in den letzten Monaten immer mehr und mehr mit Verwaltungsaufgaben betraut, die weit über die Betreuung ihrer Interessen hinausgehen, die eine Betreuung der Interessen der gesamten Bevölkerung des Landes darstellen, und daher müßte man gerade von ihnen mehr Objektivität und mehr Eingehen auf die Schwere der Zeit verlangen.

Wie sieht es auch in der Zentralverwaltung unseres Landwirtschaftsministeriums aus, das für die Aufbringung der Lebensmittel verantwortlich war und ist? Die Vorschreibungen für die Aufbringung waren uns nie recht klar; wir haben nur einmal gehört, daß die Ablieferung restlos erfüllt wurde, und das andere Mal, daß sie zufriedenstellend vor sich geht. Wir haben aber gesehen, daß auf dem Lande draußen noch immer ein wesentlich besseres Leben ist, als es dem Durchschnitt der Bevölkerung entsprechen müßte.

Wenn nunmehr die Versorgungsausschüsse gegründet werden, dann wollen wir nur hoffen, daß mit aller Aufrichtigkeit und mit aller Ehrlichkeit vorgegangen wird und daß es nicht wiederum ein einseitiges Schonen geben wird, sondern daß hier ein gleichmäßiges Verteilen Platz greift.

Wie sieht es denn in unserer Industrie aus, in unserer Planung? Wir werden angegriffen, daß wir für die Gegebenheiten der Wirtschaft blind sind, daß wir diese Wirtschaft mit der Planung abwürgen, einer Planung und Lenkung, zu der sich jetzt alle bekannt haben. Jetzt, wo es nicht mehr anders geht, als die Produktion und die Verteilung mit den energischsten Mitteln planmäßig in die Wege zu leiten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Ich kann nur sagen, daß es mit dieser Planung nicht weitergeht, daß Beiräte bis heute nicht ins Leben gerufen wurden, gleichgültig, ob gesetzliche Grundlagen vorhanden waren oder nicht.

Das ist ja zum Schluß nur darauf zurückzuführen, daß soundso viele Männer in diesen Planungsstellen als leitende Funktionäre sitzen, die gegen diese Planung waren. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Es wird uns heute gesagt, wie sehr nunmehr an die Belegung dieser Ausschüsse und dieser Beiräte gegangen werden soll, und es hat uns der Herr Bundesminister Dr. Heindl den Leidensweg seiner Gesetzgebung klar und deutlich vor Augen geführt. Ja, ich gebe ihm vollkommen recht, ich bin Zeuge dessen, wie lange es mit diesen Gesetzen gebraucht hat. Aber in der

Zwischenzeit ist ja produziert worden und es ist verteilt worden in einer Weise, die sehr arg die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft erregt hat. Man hätte längst diese Arbeiterschaft zu dieser Verteilung beiziehen können, auch ohne eine gesetzliche Grundlage. (Beifall bei den Sozialisten.)

Wir sind durchaus zuversichtlich, daß es jetzt gemacht werden wird, weil man es ja gar nicht anders kann, weil man es gar nicht mehr verhindern könnte, da wir sonst in ein Chaos hineingingen, das jetzt nicht nur uns in die schwierigste Lage brächte, sondern auch die anderen, die verhindern wollten, daß man mit Überlegung, mit Planung und Lenkung dieser Schwierigkeiten Herr wird.

Wir haben so oft in den vergangenen Tagen von der Willkür gehört, die in Österreich auf so vielen Gebieten herrscht. Sie hat auch auf dem Gebiete des Innenhandels wie dem des Außenhandels geherrscht, und dem muß Einhalt geboten werden. Wir können nicht unsere Güter hinausgehen lassen und wir können nicht zulassen, daß sich einzelne aus diesen Gütern Vorteile schaffen.

Wenn nunmehr die Schnellgerichte denen, die noch immer nicht daran glauben wollen, daß es ernst ist, das klar und deutlich zum Bewußtsein bringen sollen, dann möchte ich nur sagen, diese Schnellgerichte müssen so organisiert werden, daß dort so Recht gesprochen wird, daß auch jenen, die hier noch Schuld auf sich laden, die gerechte Strafe zuteil wird; nicht daß mit einem Schilling bestraft wird, wie das zum wiederholten Male vorgekommen ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.)

Wir haben gehört, wie sehr es notwendig ist, Lohn und Preis in Ordnung zu bringen. Der Herr Bundesminister Dr. Hei n l hat die ganze Schwierigkeit dieses Problems aufgezeigt. Wir müssen aber sagen, daß gerade dieses Amt, das da als Unterabteilung des Wirtschaftlichen Ministerkomitees geschaffen wurde, diesem Problem ja gar nicht wirklich zu Leibe gerückt ist, denn der leitende Bundesminister hat ja einmal für und einmal gegen eine Preisenkung gesprochen. Man hat den Eindruck, man ist sich dort bis heute noch nicht klar, soll man eine gebundene Preiswirtschaft oder eine freie Preiswirtschaft machen.

Wir Sozialisten sind nach wie vor zuversichtlich, daß die Erkenntnis der letzten Zeit nun wirklich zu Taten führt und daß wir die Erfolge dann auch zu spüren bekommen, wir, die wir diese Forderungen seit vielen, vielen Monaten gestellt haben. Es war die Sozialistische Partei, die mit ihrem Aufbauprogramm am 8. Mai dieses Jahres diese For-

derungen herausgestellt hat, es waren unsere Männer, unser Genosse Seitz, unser Dr. Sch ä r f, die hier in diesem Hause den vollen Ernst der Lage in die Welt hinausgerufen haben. Und der Ruf ist draußen gehört worden. Nur viele, viele Menschen im eigenen Land, viele dieser Egoisten, die ich gekennzeichnet habe, haben diesen Ruf nicht hören wollen. (Beifall bei den Sozialisten — Zwischenrufe bei der Österreichischen Volkspartei.) Wir brauchen nicht zu betonen, daß dieses wirtschaftliche Forderungsprogramm der Gewerkschaften voll und ganz unser Programm ist. Wir stehen zu diesen Forderungen und sind bereit, ehrlich und emsig an der Behebung all dieser Schäden zu arbeiten, getreu an diesen Lasten zu tragen, die jetzt dem österreichischen Volk auferlegt wurden. Wir stimmen in den Ruf des Herrn Bundeskanzlers, den wir heute hier im Hause gehört haben, ein: Tun wir alle unsere Pflicht, gehen wir alle zusammen für Österreich!

Aber, meine Herren, alle müssen an diesen Lasten tragen, und wir werden es nicht zulassen, daß diese Lasten weiter einseitig auf die Arbeiterschaft, auf die industrielle und die Stadtbevölkerung abgewälzt werden. Wir werden diese Lasten aber nicht auch noch dadurch erhöhen, daß wir durch wilde Aktionen und ungezügelte Streiks, die zu nichts führen können, die Arbeiterschaft glauben machen, sie könne damit aus diesem Wirrsal herauskommen. Wir lehnen diese Methode ab. Wir warnen aber alle, den Ernst der Situation weiter zu verkennen, und wir mahnen die Bundesregierung, diese Warnung nicht zu überhören. Wir erklären heute schon, daß es nicht mit solchen Beantwortungen abgetan sein kann. Der Herr Bundeskanzler muß trachten, daß seine Ministerien nunmehr die Verwaltungspraxis der vergangenen Monate ablegen und eine energische Wende Platz greift, daß ehrlich und offen mit der Arbeiterschaft, die nunmehr weiter am Aufbau dieses Landes schaffen soll, zusammengearbeitet wird und daß sie überall ehrlich und offen gerade zu den Beratungen jener Männer zugezogen wird, die die Zusagen des Herrn Bundeskanzlers zu verwirklichen haben. Wir mahnen aber auch den Herrn Bundeskanzler und die Herren Bundesminister der wirtschaftlichen Ressorts, den Selbstverwaltungskörperschaften, allen ihren Gefolgsleuten und allen ihren Interessenten nahezulegen, diesen Egoismus abzulegen und nunmehr gleichmäßig an den Folgen der Vergangenheit zu tragen, gleichmäßig am Aufbau dieses Landes mitzuarbeiten und einmütig daran zu gehen, die Schwierigkeiten der kommenden Monate und des kommenden Winters zu meistern. Wenn wir das tun, dann

können wir sagen, daß die ganzen Feiern dieser Tage um das wiedererstandene Österreich, diese Geburtstagsfeiern eines neuen Österreichs, nicht umsonst gewesen sind. Sie haben die Zusammengehörigkeit der gesamten Bevölkerung dokumentiert, sie haben der ganzen Welt gezeigt, wie dieses Land leben will, wie es ehrlich schaffen will und wie es frei sein will. Dies ist aber nur in gemeinsamer Arbeit möglich. An uns Sozialisten soll es nicht liegen und wird es nicht liegen! (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Grubhofer: Hohes Haus! Heute wurde uns hier ein Bild von der Lage in unserem Vaterlande gegeben und viele Herren haben dazu gesprochen. Man könnte auf dies und jenes noch einiges antworten, aber ich bin nicht davon überzeugt, daß dies die Situation noch wesentlich retten könnte. Trotz dieses Bildes, das absolut nicht schön zu nennen ist, bin ich von einem großen Optimismus beiseelt. Ich kann Ihnen auch sagen warum: weil ich nämlich einen großen und tiefen Glauben habe, den Glauben, daß unser Vaterland Österreich bestehen wird. (Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.) Genau so wie ich von meinem eigenen ehrlichen Willen überzeugt bin, genau so glaube ich an das ehrliche Willen unseres Kanzlers und aller Mitglieder in der Regierung. (Beifall bei den Parteigenossen.) Nur dieser Glaube und dieses gegenseitige Vertrauen in diesem Hohen Hause kann uns ein gutes Geleit in das zweite Jahrtausend unseres Österreichs sein.

Lassen Sie mich nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu etwas Besonderem übergehen. Ich möchte als Vertreter des westlichsten aller westlichen Bundesländer Österreichs einige Worte zu Ihnen sprechen. Man hat gerade Vorarlberg schon so manchesmal wegen seiner wirtschaftlichen Verbindungen mit Frankreich und besonders wegen seiner wirtschaftlichen Verbindungen mit der Schweiz angegriffen. Wenn der Herr Abg. Dr. Misch in den Erläuterungen zu seiner dringlichen Anfrage an den Herrn Handelsminister ausgeführt hat, „aus Tirol und Vorarlberg werden heute noch zahlreiche Produkte, insbesondere der Holzproduktion, nach Frankreich exportiert, ohne der österreichischen Volkswirtschaft Devisen zu bringen“, so möchte ich betonen, daß dieser Umstand eben mit der Besatzungsmacht zusammenhängt, die wir in unserem Lande haben. Zugleich möchte ich aber auch betonen, daß das Verhältnis zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung sowie zwischen Besatzungsmacht und der Regierung in unserem Lande ein gutes ist. Wir sind ihr auch zu Dank verpflichtet, da sie uns gleich zu Beginn der

Selbständigkeit Österreichs und damit des Wiedererstehens Vorarlbergs ausgeholfen hat, und zwar besonders mit Weizen, so daß wir unser Brot gesichert hatten und über die erste Zeit hinweggekommen sind. Demgegenüber, Hohes Haus, stehen aber auch Verpflichtungen. Ich brauche hier keine Zahlen zu nennen, denn ich glaube, über alle diese Zahlen sind Sie hinreichend informiert.

Die andere Angelegenheit ist unsere wirtschaftliche Anlehnung an die Schweiz. In dieser Hinsicht haben ja besonders überspitzt zentralistisch eingestellte Kreise Vorarlberg und seine Regierung immer und immer wieder angegriffen.

Der Wirtschaftsverkehr zwischen Vorarlberg und der Schweiz ist durch unsere wirtschaftliche Struktur und durch die Entwicklung bedingt, die uns besonders eng eben mit der Schweiz zusammenführt. In mancher Beziehung und besonders in der Strickerei bildet Vorarlberg mit der Schweiz fast ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Der überwiegende Teil der in der Vorarlberger Industrie vorhandenen Maschinen stammt aus der Schweiz. Natürlich sind auch die Ersatzteile nur in der Schweiz erhältlich. Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Vorarlberg und der Schweiz ist demzufolge viel enger als die irgend eines anderen Bundeslandes. Darüber hinaus kann betont und nachgewiesen werden, daß kein Bundesland Österreichs auf eine so enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einem ausländischen Nachbarstaat angewiesen ist.

Als nach dem Zusammenbruch des Hitlerismus Österreich und damit auch Vorarlberg wieder selbständig wurde, als wir damals von Wien und Innerösterreich für lange Zeit abgeschnitten waren, hat uns die benachbarte Schweiz die Hand gereicht. Hätten wir diese Hand vielleicht abweisen sollen? Ich glaube, wir hätten uns damit ins eigene Fleisch geschnitten. Wir haben diese Hand also ergriffen. Es war die einzige Hilfe, die wir damals auf wirtschaftlichem Gebiete hatten. In jenen Tagen entstand das Wirtschaftsabkommen Vorarlbergs mit der Schweiz, zu jener Zeit entstand auch das Übereinkommen, das die Vorarlberger Textilindustrie mit der Schweizer Textilindustrie abgeschlossen hat, nämlich das Lohn- und Umarbeitungsabkommen. Diese Vereinbarung, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat uns davor gerettet, die Vorarlberger Textilindustrie — und sie ist die tragende Industrie des Landes — stilllegen zu müssen. Dieses Abkommen hat uns davor bewahrt, Arbeitslose zu haben. Durch dieses Abkommen sind wir heute so weit, daß wir eine beträchtliche Basis an Rohstoffen sichergestellt haben, weil die Abgeltung in

ihm so vereinbart ist, daß sie bis zu 70 und 80 Prozent aus Rohmateriallieferungen, wie aus Zellwolle, Baumwolle und Wolle, besteht.

Unsere Textilindustrie ist voll beschäftigt. Wir könnten zum Beispiel in Dornbirn heute sofort 700 bis 1000 Arbeitskräfte einstellen, wenn wir sie nur hätten. In diesem Zusammenhang darf ich darauf verweisen, daß man bei uns in Vorarlberg kein Schlagen stehen vor den Kinos und den Theatern am helllichten Tage sieht. Bei uns in Vorarlberg wird gearbeitet. (Beifall.) Über die Frankenbeträge, die bei diesem Abkommen den weitaus geringsten Teil darstellen, hat nicht der einzelne Textilindustrielle das Verfügungsrecht, sondern sie fließen auf das Clearing-Sperrkonto der Wirtschaftsstelle Vorarlberg-Schweiz bei der Schweizer Kreditbank in Zürich, und darüber, Hohes Haus, das möchte ich betonen, ist die Österreichische Nationalbank im Bilde.

Wenn es Leute gibt, die glauben, Vorarlberg sammle Devisenbeträge in der Schweiz an, um sie dann unsauberen oder unkorrekten Geschäften zuzuführen, dann muß ich ihnen sagen: Ihr kennt die Vorarlberger Art nicht. Über diese Beträge die hier einfließen, verfügt die Vorarlberger Landesregierung, beziehungsweise die Vorarlberger Wirtschaftsstelle Vorarlberg-Schweiz für das gesamte Land und darüber hinaus auch für das ganze Österreich.

Weil wir diese Beträge drüben besitzen, kaufen wir pharmazeutische Produkte aus der Schweiz ein, die zum großen Teil für Wien abgegeben werden. Wir haben Chemikalien und Rohstoffe für Vorarlbergs und auch für Österreichs Industrie eingeführt und sie aus diesem Devisenkonto bezahlt. Durch die Zusammenarbeit mit der Schweiz, besonders durch das Lohn- und Umarbeitungsabkommen, war es aber auch möglich, für den Inlandsbedarf an Textilien zu sorgen, und ich kann Ihnen hier einige konkrete Zahlen nennen: Vorarlberg hat seit Beginn der Verbindungsaufnahme mit Innerösterreich bis zum 4. Oktober 1946 für 13 Millionen Schilling Textilien an die anderen Bundesländer und besonders auch nach Innerösterreich geliefert. Wir haben für 7 Millionen Schilling andere Industrieprodukte an die übrigen Bundesländer Österreichs abgegeben. — Dazu eine Zwischenbemerkung: Die heute vom Herrn Handelsminister zitierten, bei Semperit täglich herauskommenden 150 Autoreifen beziehen ihre Leinwand ebenfalls aus Vorarlberger Textilwerken. — Das sind Zahlen, die den Nutzen dieser wirtschaftlichen Verbindung mit der

benachbarten Schweiz aufzeigen. Sie sprechen, wie ich glaube annehmen zu dürfen, dafür, daß wir bestrebt sein müssen, dieses Abkommen aufrechtzuerhalten und alles daran zu setzen, um es auch aufrechterhalten zu können, denn es dürfte auch dem Hohen Haus bekannt sein, daß die Textilindustrie Süddeutschlands sowie die Textilindustrie Oberitaliens große Konkurrenten sind und sofort bereit wären, uns abzulösen.

Eine andere Angelegenheit, die damit im Zusammenhang steht und wo man Vorarlberg und besonders auch unseren verehrten Herrn Landeshauptmann angegriffen hat, betrifft die Grenzgänger. Wir haben in Vorarlberg zirka 700 Arbeiter, die in der Schweiz ihr Brot verdienen, und diese 700 Arbeiter können nicht dadurch, daß sie eine Vorzugstellung haben, weil sie in der Schweiz arbeiten, die Beträge, die Franken, für sich verwenden. Hier wurde unter Überwachung der französischen Besatzungsmacht und in Übereinstimmung mit allen demokratischen Parteien vereinbart, daß 60 Prozent des Verdienstes dieser Arbeiter in der Schweiz auf das Konto der Wirtschaftsstelle Vorarlberg-Schweiz in Zürich eingeliefert werden, und nur 40 Prozent bleiben den Arbeitern drüben zur Verfügung zum Kauf des Mittagessens und zur Deckung der anderen notwendigen persönlichen Bedürfnisse. Als Vergütung für den 60prozentigen Lohnanteil, der in Franken auf dem Vorarlberger Konto in der Schweiz bleibt, werden in Vorarlberg Schillingbeträge ausbezahlt, und zwar in einer solchen Höhe, wie die gleiche Arbeit in Vorarlberg bezahlt wird. Dazu kommen aber noch die sozialen Lasten, die die Schweiz mit Ausnahme der Unfallversicherung nicht trägt. Vorarlberg trägt diese sozialen Lasten für seine Grenzgänger zur Gänze und zahlt sie in Vorarlbergs Sozialinstitute ein. Aus diesem Grenzgängergeld, das drüben in der Schweiz in Devisen einfließt, zahlen wir das Gas, das die Marktgemeinde Lustenau mit 9000 Einwohnern und die Stadtgemeinde Dornbirn mit 20.000 Einwohnern aus der Schweiz bezieht.

Die Wirtschaftsstelle Vorarlberg-Schweiz ist eine Einrichtung, die unter hundertprozentiger Kontrolle steht. Kein Groschen und kein Rappen wird da irgendwie unrechtmäßig oder profitgierig verwendet. Der Verwaltungsausschuß ist demokratisch zusammengesetzt und überwacht die Wirtschaftsstelle genau, und es ist auch bisher keine Klage laut geworden.

Ich kann noch von anderen Lieferungen sprechen, die Vorarlberg nach Innerösterreich geleistet hat. Mein Freund Rainer

hat heute schon davon gesprochen: Es sind viereinhalb Millionen Schilling ausgewiesen, die wir an Vieh und anderen tierischen Produkten bereitgestellt haben.

Einen weiteren Angriffspunkt bilden immer wieder unsere Stromlieferungen aus unseren Vorarlberger Illwerken nach Belgien, Frankreich und Deutschland. Ja, wenn man hier sagen würde, Vorarlberg liefert Butter nach Belgien und Frankreich, dann wäre der Angriff berechtigt, denn wenn wir diese Butter hätten, wäre auch eine Eisenbahn vorhanden und ein Zug, in dem wir sie verladen und nach Wien führen könnten. Beim Strom ist es aber ganz anders. Beim Strom haben wir keine Schiene nach Wien, eine solche Stromschiene nach Wien kostet drei Jahre Arbeit und 100 Millionen Schilling und sie wäre auch nicht ganz rentabel, denn in ein paar Jahren ist die Stromkrise in Innerösterreich überwunden, weil große Werke in Salzburg und an der Donau zusammenarbeiten werden und weil auch genügend Kohle vorhanden sein wird, um die kalorischen Werke zu betreiben. Wenn wir jetzt die Energien nach Belgien und Frankreich hinausliefern und es dafür Devisen gibt, dann möchte ich dazu betonen, daß die Kohle, die aus Belgien und dem Saargebiet 1945/1946 nach Vorarlberg und Österreich gekommen ist, im Zusammenhang mit diesem Stromexport steht.

Man könnte die Liste unserer Lieferungen nach den anderen Bundesländern noch fortsetzen. Vorarlberg hat alle Lieferungen nach Wien und Innerösterreich ausgeführt in dem Bewußtsein seiner Pflicht und Schuldigkeit. Wir haben damit keine Propaganda gemacht, und vielleicht trifft uns jetzt die Strafe des Vorwurfes berechtigt, weil wir zu bescheiden waren.

Wir haben die engen Wirtschaftsbeziehungen zu der benachbarten Schweiz nicht aus

überspitztem Föderalismus angeknüpft, sondern sie der wirtschaftlichen Struktur des Landes angepaßt, und um in erster Linie die Verdienstmöglichkeit für unsere Arbeiterschaft zu sichern.

Wir sind Föderalisten und werden jederzeit gegen einen überspitzten Zentralismus kämpfen, wir sind aber ebenso, wenn es darauf ankommt, treue Anhänger dieses österreichischen Bundesstaates! (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Hohes Haus! Wir wissen auch ganz genau, was Demokratie heißt. Für die Demokratie hatten wir große Lehrer, und ich verweise da nur auf einen unserer besten, auf unseren unvergeßlichen Jodok Fink. Wir sind ein arbeitsames Volk in Vorarlberg und wir wollen gar nichts anderes, als daß wir leben können, und dafür haben wir gesorgt. Wir haben Arbeit und jetzt brauchen wir noch die Freiheit. Arbeit und Freiheit, beides für unser Vaterland, für unser Österreich! (Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

*

Die Rednerliste ist erschöpft.

Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am 13. November 1946 stattfinden.

Der Hauptausschuß tritt am 31. Oktober, 10 Uhr, zusammen,

der Justizausschuß Dienstag, den 5. November, um 14 Uhr, und

der Ausschuß für Energiewirtschaft am 13. November nach der Haussitzung.

Der Finanz- und Budgetausschuß beginnt die Budgetdebatte am 12. November um 11 Uhr.

Die Sitzung wird geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 05 Minuten.